

Berichte und Jahresabschluss 2013

Berichte und Jahresabschluss 2013

Lagebericht der Bremer Landesbank	3
1. Grundlagen des Instituts	3
2. Wirtschaftsbericht.....	7
3. Nachtragsbericht	34
4. Prognose- und Chancenbericht.....	35
5. Risikobericht.....	38
6. Disclaimer – Vorbehalt bei Zukunftsaussagen.....	90
Bericht des Aufsichtsrates	91
Bericht der Trägerversammlung	92
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2013	93
Gewinn- und Verlustrechnung	96
Anhang	97
1. Allgemeine Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und den Grundlagen für die Währungsumrechnung in Euro	97
2. Erläuterung der einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.....	106
3. Sonstige Angaben	113
4. Organe der Bremer Landesbank.....	131
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	135
Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	136
Erläuterung der Bremer Landesbank zum Corporate Governance Kodex	138
Impressum.....	143

Lagebericht der Bremer Landesbank

1. Grundlagen des Instituts

1.1 Ziele und Strategien

Die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – ist eine von der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen errichtete rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist öffentliche Kredit- und Pfandbriefanstalt und mündelsicher. Die Bremer Landesbank ist mit Niederlassungen an den beiden Oberzentren der Metropolregion Nordwest vertreten, in Oldenburg mit rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, in Bremen mit fast 800. Die Nordwest-Region ist ihr staatsvertraglich anerkanntes Geschäftsgebiet.

Träger der Bremer Landesbank sind die NORD/LB mit 54,8343 %, das Land Bremen mit 41,2 % und der Sparkassenverband Niedersachsen mit 3,9657 %.

Als ein wichtiges Unternehmen der NORD/LB-Gruppe wird sie in deren Konzernabschluss einbezogen und voll konsolidiert. Gleichzeitig erstellt die Bremer Landesbank einen eigenen Teilkonzernabschluss nach den Vorschriften der internationalen Rechnungslegung.

Die Bremer Landesbank hat ihre strategischen Ziele in einem kundenorientierten Geschäftsmodell mit folgenden vier Strategischen Geschäftsfeldern sowie den ihnen zugeordneten elf Strategischen Geschäftseinheiten (SGE) verankert:

- **Firmenkunden**

Strategisches Ziel des Geschäftsfeldes Firmenkunden ist die Festigung der Bremer Landesbank als führende Geschäfts- und Regionalbank in Nordwestdeutschland. Das Geschäftsfeld gliedert sich in die Strategischen Geschäftseinheiten Corporates und Gewerbekunden.

- **Privatkunden**

Strategischer Hauptfokus des Geschäftsfeldes Privatkunden ist die Positionierung als der führende Anbieter von Finanzdienstleistungen im Nordwesten für gehobene Privatkunden. Das Geschäftsfeld Privatkunden gliedert sich in die Strategischen Geschäftseinheiten Private Banking und Privatkundenbetreuung auf.

- **Spezialfinanzierungen**

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen ist ausgerichtet auf die langfristig orientierte Objektfinanzierung für grundsätzlich mittelständisch strukturierte regionale wie überregionale Kundengruppen unter Einbeziehung von kurzfristigen Bauzeitfinanzierungen. Die Objekte sind grundsätzlich fungibel und verfügen über nachhaltige Einnahmepotenziale. Es ist das Ziel, das vorhandene und ständig aktualisierte Branchen-Know-how zur Bindung von mittelständischen

Zielkunden zu nutzen. Zu diesen zählen Schiffskunden, inländische Leasing- und Factoringgesellschaften, Betreibergesellschaften und bedeutende Anlagenhersteller aus dem Bereich Erneuerbare Energien sowie die Eigentümer und Betreiber von Pflegeeinrichtungen, die in den jeweiligen SGEen betreut werden.

- **Financial Markets**

Im Geschäftsfeld Financial Markets sind die Strategischen Geschäftseinheiten Kommunen, Sparkassen und Institutionelle Kunden gebündelt. Strategisches Ziel ist die Festigung der regionalen Marktführerschaft in den betreffenden Märkten. Darüber hinaus ist Financial Markets mit dem Vertrieb von Handelsprodukten für Kunden anderer Geschäftsfelder (Produkt-SGE Sales Corporates) beauftragt. Außerdem werden Handels- und Treasury-Geschäfte betrieben.

Die Bremer Landesbank fungiert als Landesbank des Bundeslandes Bremen, ist das Spitzeninstitut der Sparkassen ihres Geschäftsgebietes in Niedersachsen und Bremen und darüber hinaus eine regional ausgerichtete Geschäftsbank mit überregionalem Spezialgeschäft.

- Die Strategie der Bremer Landesbank entspricht ihrem Geschäftsmodell.
- Regionale Geschäftsbank mit überregionalem Spezialgeschäft, Landesbank und Sparkassen-zentralbank.
- Besonderer Fokus liegt dabei auf der problemlösungsorientierten Beratung anspruchsvoller Kunden und der Förderung der Entwicklung des Wirtschaftsraumes Nordwest.

Die Steuerung der Geschäftsfelder erfolgt rentabilitätsorientiert. Für jedes Geschäftsfeld sind auf Basis geschäftsfeldbezogener Strategien Profitabilitätsziele festgelegt. Daneben kommen einer nachhaltig hohen Kapitalquote und einem entsprechend hohen Risikodeckungsgrad in der geschäftspolitischen Ausrichtung der Bank eine risikopolitisch wichtige Bedeutung zu.

Die Kreditpolitik ist daher in allen vier Geschäftsfeldern konservativ bzw. risikoavers ausgelegt und dokumentiert sich in der konkreten Ausgestaltung der konzernintern abgestimmten Risikostrategie und der Finanzierungsgrundsätze.

Insgesamt gewährleistet das Geschäftsmodell der Bank durch die Konzentration auf das Kerngeschäft mit einer Vielzahl von Branchen in der Region Nordwest bei gleichzeitig selektiver Nutzung überregionaler Marktchancen ein ausgewogenes Rendite-Risiko-Verhältnis.

Inhaltlich orientiert sich das Geschäftsmodell der Bremer Landesbank seit jeher am Leitsatz der Nachhaltigkeit. Als Regionalbank mit einer traditionell sehr starken Bindung mit ihrer Heimatregion Nordwestdeutschland und den oft über Generationen hinweg andauernden Kundenbeziehungen basiert unsere strategische Positionierung maßgeblich auf Beständigkeit und Zuverlässigkeit verbunden mit einem langfristigen Kundenbeziehungs-Ansatz.

Für die Region, die Menschen, die Kunden und die Mitarbeiter ist die Bremer Landesbank ein langfristig denkender, verlässlicher Partner. Ziel ist es, durch vorausschauendes Agieren und eine

institutserhaltende und langfristige Geschäftsstrategie einen dauerhaften Unternehmenserfolg der Bank und eine solide Gewinnerzielung und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Aus diesem Grund vereinigt die Bremer Landesbank in ihrem Verständnis von Nachhaltigkeit die Dimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales als integrale Bestandteile.

Zur Sicherstellung eines nachhaltig stabilen Geschäftsmodells verfolgt die Bremer Landesbank einen Portfolioansatz, in dessen Rahmen die Ertragsstruktur der Bank über alle Strategischen Geschäftseinheiten laufend überprüft und optimiert wird.

Kapitalmarkt- und Entscheidungskompetenzen vor Ort heben die Bremer Landesbank im regionalen Wettbewerb hervor. Die Erfolge als regionale Geschäftsbank und als Landesbank im öffentlich-rechtlichen Sektor bestätigen die strategische Ausrichtung und ihre erfolgreiche Positionierung.

1.2 Gesamtbanksteuerung

Die risikoorientierte Rentabilitäts- und Produktivitätssteuerung der Bremer Landesbank obliegt dem Vorstand. Ziel dieser Steuerung ist die kurz- und mittelfristige Optimierung ihrer Rentabilität und Effizienz bei größtmöglicher Erlös- und Kostentransparenz. Die Gesamtbanksteuerung der Bremer Landesbank ist damit wert- und risikoorientiert ausgerichtet; neben der Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen werden den Entscheidungsträgern wesentliche steuerungsrelevante Informationen bereitgestellt. Zentrale Steuerungsinstrumente der Bank bilden die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV), die nach Geschäftsfeldern und Kostenstellen strukturierte Deckungsbeitragsrechnung, der Kostenarten- und der Monatsreport sowie der Risikotragfähigkeits-Bericht (RTF). Maßgebliche Größen der Rentabilitätssteuerung auf Gesamtbankebene sind die Eigenkapitalrentabilität (Return on Equity = RoE)¹ und die Cost-Income-Ratio (CIR)².

Die Gesamtbanksteuerung wird damit zur Verbindung folgender Steuerungskreisläufe:

- Handelsrechtliche Größen wie z. B. der laufende Abgleich zwischen Deckungsbeitragsrechnung und GuV
- Aufsichtsrechtliche Größen wie z. B. die Überwachung und Steuerung der Risk-Weighted Assets
- Wert- und risikoorientierte Größen wie z. B. der Ansatz der Eigenkapitalkosten und des Expected Loss

Ausgangspunkt des Steuerungskreislaufs in der Bremer Landesbank ist der Strategie-Review durch den Vorstand und die zweite Führungsebene im Frühjahr eines jeden Jahres. Neben der Überprüfung der strategischen Ausrichtung der Bank werden im Rahmen eines Strategieworkshops künftige Handlungsfelder für die Gesamtbank und die Geschäftsfelder herausgestellt (im Rahmen

¹ RoE: Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit abzgl. aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne/ Nachhaltiges Kapital (Bestandteile: Stammkapital; Kapitalrücklage; Gewinnrücklagen).

² CIR: Verwaltungsaufwand inkl. Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen/operatives Ergebnis ohne Verwaltungsaufwendungen.

des Beteiligungscontrollings sind zudem die wesentlichen Tochtergesellschaften in den Planungs- und Steuerungsprozess des Konzerns einbezogen).

Aus den Ergebnissen des Strategieworkshops leiten sich die Top-down-Vorgaben für die Geschäftsfelder ab. Der sich anschließende Prozess der mittelfristigen Planung mit einem Fünfjahreshorizont findet seinen Abschluss in der Planungsklausur im Herbst eines jeden Jahres. Die finalen quantitativen Planwerte sind wesentliche Eingangsgrößen für den bankweiten Zielvereinbarungsprozess.

Dieser in sich geschlossene und etablierte Prozess der Unternehmenssteuerung, dessen integraler Bestandteil das Management von Chancen und Risiken inklusive des Monitorings von Zielerreichungsgraden ist, wird fortlaufend konzeptionell weiterentwickelt, das eingesetzte Instrumentarium kontinuierlich verfeinert.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

2.1.1 Wirtschaftliche Lage und Finanzmärkte

Das Wachstum der Weltwirtschaft 2013 stellte sich laut Berechnungen des IWF auf 2,9 % nach 3,2 % für 2012 ein.

Die Defizitkrise der Eurozone wies für 2013 grundsätzlich eine abnehmende Tendenz auf. Kurzfristige Belastungen im ersten Halbjahr 2013 durch die Parlamentswahlen in Italien, die Zypernkrise und kritische innenpolitische Konstellationen in den Reformländern der Eurozone verschoben die Erholung zu wesentlichen Teilen in das zweite Halbjahr 2013. Trotz dieses Aufholprozesses ergab sich für das Gesamtjahr eine Kontraktion in Höhe von -0,4 % des BIP nach -0,6 % in 2012.

Die deutsche Wirtschaft verzeichnete durch die tragfähige positive Konjunkturentwicklung in 2013 ein Wachstum in Höhe von 0,4 % nach zuvor 0,9 %. Aufgrund von Aufhol- und Nachholeffekten erwartet die Deutsche Bundesbank für 2014 ein Wachstum in Höhe von 1,7 %.

Die Voraussetzungen für die Entwicklung der Weltwirtschaft sind 2014 positiver als 2013. Die politischen Risiken, die die Konjunkturdynamik 2013 belasteten, sind deutlich minimiert. Der US-Haushaltsstreit ist beigelegt. Die Defizitkrise der Eurozone ist merklich rückläufig.

Das Zinsniveau bleibt gemäß Verlautbarungen der Zentralbanken bis mindestens Ende 2014 in den wesentlichen Industrienationen niedrig. Die EZB senkte die Leitzinsen auf ein neues historisches Tiefstniveau von 0,25 %. Die EZB hält sich alle Optionen offen, bei einsetzenden Problemen angemessen unterstützend zu agieren.

Der DAX festigte sich im Verlauf des Jahres 2013 um 25 % auf 9.552 Punkte. Ein freundlicher Jahresstart 2014 folgte.

Der Euro bewährte sich 2013 gegenüber den Hauptwährungen. Hinsichtlich der konjunkturellen Stabilisierung der europäischen Reformländer ist Bewegung innerhalb überschaubarer Bandbreiten im hohen Maße wahrscheinlich.

2.1.2 Region

Bremen und das Umfeld sind von unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen geprägt. Aus dieser Abweichung ergeben sich für die unterschiedlichen Regionen Bremen, Oldenburg und Ostfriesland/Papenburg in Teilen divergierende Bewertungen und Betrachtungen bezüglich einzelner Branchen.

Gegenüber 2013 wird sowohl die aktuelle als auch die zukünftige Konjunkturlage 2014 in allen drei Bezirken positiver bewertet. Die Konjunkturklimaindices der drei IHKs weisen im vierten Quartal 2013 zum Teil deutliche Anstiege aus und oszillieren auf den höchsten Niveaus seit Mitte 2012.

Die bremische Wirtschaft konnte im zweiten Halbjahr 2013 Boden gut machen. Die Beschäftigungsentwicklung war positiv. In der Industrie ergab sich ein durchwachsendes Bild. Leicht sinkende Umsatzerlöse im Ernährungsgewerbe, dem Fahrzeugbau und im Kunststoffsektor standen stabile Entwicklungen in der Fischverarbeitung, der chemischen Industrie und im Textilsektor gegenüber. Positive Beiträge lieferten der Maschinenbau und Teile der Elektroindustrie. Die Baubranche zeigte eine befriedigende Performance. Grundstücks- und Wohnungswirtschaft setzten positive Impulse. Der Dienstleistungssektor expandierte von Medien- über IT-Wirtschaft bis hin zum Tourismus. Die Hafen- und Logistikwirtschaft konnte die Schwäche der ersten neun Monate nicht voll aufholen.

Verbesserte Exportaussichten, eine stabile Arbeitsmarktsituation und eine höhere Investitionsbereitschaft kennzeichnen die Erwartungen und Planungen der Unternehmen in 2014. Positive Erwartungen sind in den Sektoren Verkehrs- und Logistikbranche und der Dienstleistungsbranche ausgeprägt. Die Baubranche und die Industrie liefern dagegen lediglich verhalten positive Einschätzungen.

Die Wirtschaft hat sich im Oldenburger Land im Jahr 2013 sukzessive erholt. Der regionale Konjunkturklimaindex legte im vierten Quartal 2013 um sechs auf 118 Punkte zu. Bis auf das Transport- und Logistikgewerbe ist die Zuversicht in allen Branchen von Industrie über Baugewerbe, Einzel- und Großhandel als auch im Dienstleistungsgewerbe für 2014 ausgeprägt.

Die regionale Gesamtkonjunktur im Bezirk Ostfriesland und Papenburg behauptete sich im Jahr 2013 laut IHK-Bericht auf hohem Niveau. Der Konjunkturindex legte vom dritten auf das vierte Quartal 2013 von 110 auf 119 Punkte zu.

Bis auf den Großhandel dominieren positive Konjunkturerwartungen die aktuelle Umfrage. Insbesondere die Industrie und der Sektor Außenhandel zeigen sich für 2014 optimistisch, während sich die Verkehrswirtschaft verhalten zuversichtlich äußert.

2.1.3 Branche

Laut der Deutschen Bundesbank³ ist das deutsche Bankensystem seit Längerem von einer strukturellen Ertragsschwäche geprägt, die sich insbesondere im Rückgang der Zinsspanne zeigt. Ursächlich hierfür ist hiernach ein intensiver Wettbewerb, der den Aufbau von Kapitalpolstern aus einbehaltenen Gewinnen erschwert. Zudem haben sich auf einzelnen sektoralen Kreditmärkten beachtliche Risiken aufgebaut. Besonders betroffen von Ausfallrisiken sind Schiffskredite, Kredite für ausländische Gewerbeimmobilien und Altlasten in Form von Verbriefungen. Wichtig für das

³ Deutsche Bundesbank Finanzstabilitätsbericht 2013

deutsche Bankensystem ist darüber hinaus, dass sich im Niedrigzinsumfeld keine übermäßigen Risiken aus der Kreditvergabe für Wohnimmobilien in Deutschland aufbauen.

Die Bremer Landesbank konnte sich bisher im von der Deutschen Bundesbank gezeichneten schwierigen Umfeld für Banken gut behaupten und blieb trotz hoher Risikoversorge im Schifffahrtssektor profitabel. Zu den von der Deutschen Bundesbank aufgezählten Risiken kommt aus Sicht der Bank die Möglichkeit einer nicht im erforderlichen Umfang koordinierten Regulatorik hinzu, die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Institute entfalten könnte. Die Institute müssen erhebliche Investitionen tätigen, um den in rascher Folge mit kurzen Umsetzungsfristen versehenen Anforderungen der Aufsicht zu genügen. Die dafür erforderliche Ressourcenbindung ist nicht unerheblich.

Der Wettbewerb im Kreditgewerbe wird weiter zunehmen. Speziell der in der Vergangenheit oftmals untergewichtete Mittelstand ist mittlerweile in den Fokus der Großbanken geraten. Mit Blick auf Wettbewerbsvorteile, wie ortsansässige Beratung, kurze Entscheidungswege und Kapitalmarktkompetenz vor Ort, Expertise im Auslandsgeschäft und eine umfangreiche Produkt- und Leistungspalette, ist die Bremer Landesbank zuversichtlich, sich im Wettbewerb um dieses risikoarme und ertragreiche Geschäft nicht nur zu behaupten, sondern ihre Marktanteile durchaus noch weiter ausbauen zu können.

2.1.4 Märkte

Nordwesten

Die einzelnen Branchen der Wirtschaft im Nordwesten zeigen eine unterschiedliche Entwicklung. Insgesamt gesehen ist die konjunkturelle Lage gut und die künftigen Aussichten werden positiv beurteilt. Investitionsbereitschaft ist vorhanden, aber vor dem Hintergrund der jüngeren Vergangenheit eher von hanseatischer Vorsicht geprägt, sodass der Finanzierungsbedarf der Unternehmen in der Region sich lediglich in überschaubarem Umfang ausweitet.

Leicht steigende Beschäftigung und Einkommen sorgen für eine grundsätzlich positive Perspektivenbeurteilung bei den privaten Haushalten, die sich in stärkerem Konsum ausdrückt. Die vermögende Privatkundenklientel wird jedoch stark umworben und sucht aufgrund des niedrigen Zinsniveaus nach alternativen Anlagemöglichkeiten.

Schiffe

Auch das Jahr 2013 war erneut ein herausforderndes Jahr für die Schiffsbranche. Der chinesische Markt blieb leicht hinter den ursprünglichen Wachstumserwartungen zurück und die Konjunktur in Europa konnte keine Impulse geben. Hinzu kam das unsichere Umfeld in der Mittelmeerperipherie.

Die fortwährende Krise in der maritimen Industrie blieb nicht ohne Folgen. Insbesondere im Container-Sektor waren zunehmende Konsolidierungsbestrebungen erkennbar. In dem durch Überkapazitäten, einer zunehmenden Zahl von Indienststellungen neuer Großcontainerschiffe,

daraus resultierenden Kaskadeneffekten und anhaltenden Druck auf den Chartermarkt geprägten Sektor mussten die Beteiligten erneut ein schwieriges Jahr bewältigen.

Der Tanker-Sektor zeigte zum Jahresende leichte Erholungstendenzen.

Im Schüttgut-Sektor verdreifachte sich der Baltic Dry Index nach verhaltenem Jahresbeginn. Von den kleineren Bulker-Segmenten ging temporär wegen einer guten Erntesaison Unterstützung aus. Durch steigende Orderbuchzahlen leicht anziehende Neubaupreise ließen Hoffnungen auf eine Bodenbildung keimen.

Leasing

Trotz im Jahresverlauf länger anhaltender Verunsicherung der deutschen Unternehmen in Bezug auf Neuinvestitionen konnte die deutsche Leasing-Wirtschaft ihr Neugeschäft im Jahr 2013 stabil halten und den Marktanteil an den Ausrüstungsinvestitionen sogar noch ausbauen.

Erneuerbare Energien

Im Jahr 2013 hat sich bei den Erneuerbaren Energien insbesondere der Markt für die Windenergie insgesamt positiv entwickelt. Onshore wurden deutlich mehr Anlagen als in den Vorjahren errichtet. Damit war 2013 nach 2002 das Jahr mit der zweithöchsten Zubauzahl. Bei der Offshore-Windenergie ist für 2014 mit höheren Inbetriebnahmezahlen zu rechnen.

Die Anzahl der Neuanlagen im Segment „Biogas“ lag in 2013 – i. W. durch die Änderung des EEG in 2012 – weiterhin auf niedrigem Niveau, die voraussichtlichen Änderungen ab 01. August 2014 werden den Ausbau weiter einschränken.

Ähnliches gilt für das Segment „Photovoltaik“, welches seit 30. September 2012 durch fortlaufende Kürzungen der Einspeisevergütung und Reduzierungen der Installationszahlen gekennzeichnet ist.

Sozialimmobilien

Das Marktumfeld des Segmentes Sozialimmobilien ist infolge der in den vergangenen Jahren neu geschaffenen Kapazitäten geprägt durch eine verstärkte Wettbewerbssituation. In neue Projekte wird aufgrund des schwierigeren Umfeldes derzeit lediglich verhalten investiert. Durch Übernahmen bestehender Betriebe nimmt der Konzentrationsprozess in der Branche zu. Gleichzeitig bewirkt dies eine Fortsetzung der Professionalisierung. Die politischen Diskussionen über das Thema Pflege führen zur Schaffung alternativer Angebote wie z. B. ambulant betreuten Wohngemeinschaften oder dem Wohnen mit Service. Darüber hinaus ist ein Trend zum sog. Aufteilergeschäft – dem Vertrieb von Teileigentum an Investoren - zu verzeichnen.

2.1.5 Auswirkungen auf die Bremer Landesbank

Die vorstehend beschriebenen Entwicklungen haben unter Berücksichtigung der Globalisierung der Weltwirtschaft Einflüsse auf die geschäftliche Entwicklung der Bank:

- Die Entwicklung der Weltwirtschaft beeinflusst die globalen Warenströme und damit das Transportvolumen im Schifffahrtsbereich mit entsprechender Wirkung auf Charterraten und Marktpreise.
- Die Stabilität der Eurozone – insbesondere der hoch verschuldeten Staaten im Süden Europas – hat Auswirkungen auf den Kurs des Euro gegenüber anderen Währungen und damit einerseits auf die Exportchancen der Wirtschaft und andererseits auf die Bewertung von Wertpapieren und Credit Default Swaps.
- Die Binnen- und regionale Konjunktur hat Auswirkungen auf die mittelständische Firmenkundschaft und deren Finanzierungsbedarf und damit auch auf das Kreditgeschäft der Bremer Landesbank.
- Das Zinsniveau beeinflusst einerseits zwar die erzielbaren Margen im Kreditgeschäft, andererseits aber in Verbindung mit den erwarteten wirtschaftlichen Entwicklungen auch den Finanzierungsbedarf von Unternehmen und Privatpersonen im Geschäftsgebiet.
- Die Entwicklung der Aktienindizes – insbesondere des DAX – hat Auswirkungen auf das Verhalten von Privatkunden bei der Investition in Wertpapiere, Aktien und alternative Investments und damit auch auf das Provisionsergebnis der BLB.

2.2 Geschäftsverlauf

Das Berichtsjahr war trotz weiter solider Erträge geprägt von der sehr schwierigen Situation auf den Schifffahrtsmärkten. Die seitens der globalen Konjunktur notwendigen Impulse, um den Schiffssektor aus dem Krisenmodus zu holen, blieben weitestgehend aus. Darüber hinaus übten weiterhin hohe Ablieferungen von Schiffsneubauten durch das zunehmende Angebot unverändert Druck auf die Charterraten und Schiffspreise aus. Die demzufolge weiterhin andauernde und in 2013 nochmals stärker ausgeprägte Krise hat daher noch einmal das Geschäftsergebnis der Bank deutlich beeinflusst.

Das Ergebnis der Bank wurde durch Immobilientransaktionen, mit denen bestehende Reserven in Grundstücken und Gebäuden in Höhe von rund 50 Mio. € realisiert wurden, maßgeblich beeinflusst.

Im Vorjahr angefallene einmalige Sondererträge in Höhe von 51 Mio. €, die – in Verbindung mit der Wandlung der stillen Einlagen in hartes Kernkapital – aus der Auflösung von Zinssicherungsgeschäften resultierten, entfielen im Jahr 2013.

Das unter den vorgefundenen Rahmenbedingungen zufriedenstellende Ergebnis des Geschäftsjahres 2013 erlaubt es der Bremer Landesbank dennoch, die haftenden Eigenmittel durch die Bildung versteuerter Reserven zu stärken. Eine Ausschüttung an die Träger ist wegen Zusagen der NORD/LB gegenüber der EU in Verbindung mit der Wandlung der stillen Einlagen in hartes Kernkapital für das Jahr 2013 nicht möglich. Es ist vorgesehen, den Jahresüberschuss – ebenso wie den vorgetragenen Gewinn des Jahres 2012 – in die Gewinnrücklagen einzustellen. Eine Inanspruchnahme staatlicher Unterstützungsleistungen ist für die Bremer Landesbank weiterhin nicht notwendig.

Im Folgenden wird über die geschäftliche Entwicklung der Bremer Landesbank im Jahr 2013 detailliert berichtet.

2.3 Lage des Instituts

2.3.1 Ertragslage

Die Ertragslage der Bank hat sich im Jahr 2013 insgesamt zufriedenstellend entwickelt.

Zinsergebnis

Unter Zinsergebnis versteht die Bank den Saldo aus Zinserträgen und -aufwendungen inklusive der laufenden Erträge aus Wertpapieren des Nichthandelsbestandes, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen sowie der Erträge aus Gewinnabführungsverträgen.

Für das Zinsergebnis hatte die Bank prognostiziert, dass es sich in den kommenden Jahren nach Wegfall der Sondereffekte auf reduziertem Niveau bewegen würde.

Das Zinsergebnis verringerte sich um 12 % von 463 Mio. € auf 408 Mio. €. Die aus dem operativen Geschäft mit Kunden der Bank erzielten Beiträge verblieben auf unverändert hohem Niveau. Ursächlich für den Rückgang des Zinsergebnisses sind im Vorjahr angefallene einmalige Sondererträge in Höhe von 51 Mio. €, die – in Verbindung mit der Wandlung der stillen Einlagen in hartes Kernkapital – aus der Auflösung von Zinssicherungsgeschäften resultierten.

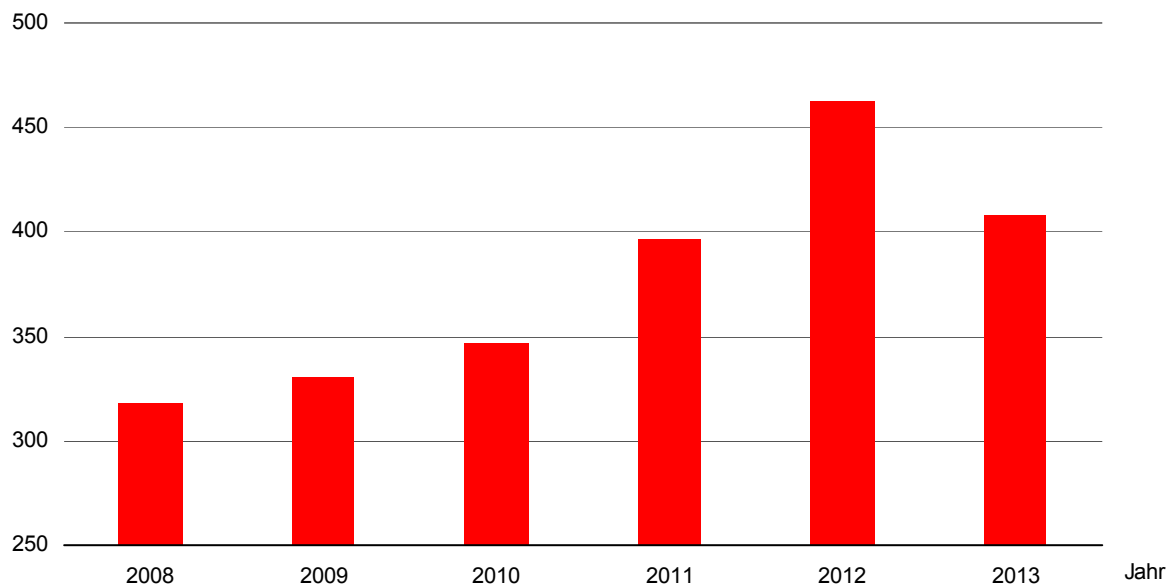
Das Zinsergebnis stützend wirkten darüber hinaus hohe, leicht über Vorjahresniveau befindliche Gewinnabführungen von Tochtergesellschaften in Höhe von rund 30 Mio. € (Vorjahr: rund 26 Mio. €). Diese wurden durch eine Immobilientransaktion, mit der bestehende Reserven in Grundstücken und Gebäuden in Höhe von rund 26 Mio. € realisiert wurden, maßgeblich beeinflusst.

Wesentlicher Treiber im kundenorientierten Geschäft war erneut das Segment Spezialfinanzierungen, während die Geschäfte mit der regionalen Firmenkundschaft sich auf hohem Niveau stabilisierten. Die Belastung des Zinsergebnisses aus der gezielten Liquiditätsbevorratung reduzierte sich erwartungsgemäß.

Im kommenden Jahr wird sich das Zinsergebnis aufgrund von sich wieder auf Normalniveau reduzierenden Gewinnabführungen von Tochtergesellschaften auf leicht niedrigerem Niveau bewegen.

Jahresvergleich Zinsergebnis:

Mio. €



Provisionsergebnis

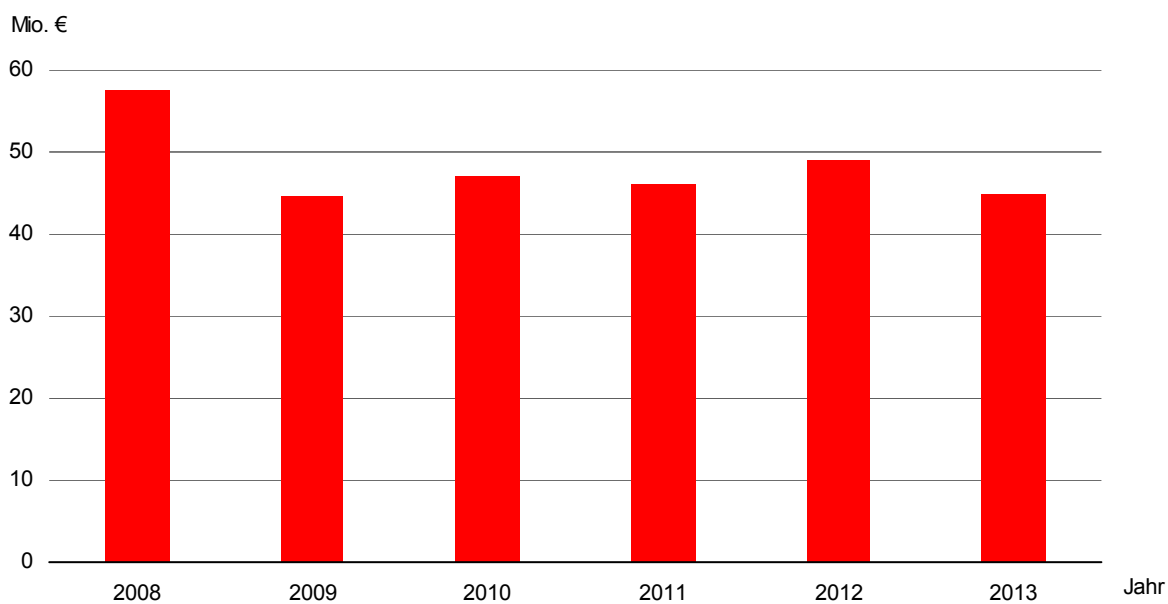
In der Prognose hatte die Bank eine Stabilisierung des Provisionsergebnisses auf dem 2012 erreichten Niveau unterstellt.

Das Provisionsergebnis ist von 49 Mio. € auf 45 Mio. € gesunken und hat sich – mit Ausnahme der rückläufigen Strukturierungsentgelte für Schiffsfinanzierungen – trotz des schwierigen Umfeldes stabil fortentwickelt.

Während sich die Avalprovisionen im Kreditgeschäft auf konstant gutem Niveau knapp behaupten konnten, haben sich die Konzeptionsgebühren für die Finanzierung alternativer Energiequellen weiterhin sehr positiv entwickelt. Leicht rückläufig waren Gebühren im Bereich der Kontoführung und im Auslandsgeschäft. Hingegen konnten die Ergebnisbeiträge aus Wertpapiergeschäft (inkl. Vermögensverwaltung) sowie aus Vermittlungstätigkeit gesteigert werden. Andere Ergebnisbeiträge, z. B. aus dem Zahlungsverkehr und dem Treuhandgeschäft, entwickelten sich relativ stabil oder leicht ansteigend.

Im Jahr 2014 sollte sich das Provisionsergebnis auf dem 2013 erreichten Niveau stabilisieren.

Jahresvergleich Provisionsergebnis:



Nettoertrag des Handelsbestandes

Für das Handelsergebnis hatte die Bank für die Jahre 2013 und 2014 unverändert gute Chancen gesehen, erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren.

Der Nettoertrag des Handelsbestandes des Jahres 2013 in Höhe von 11 Mio. € ist gegenüber dem Vorjahreswert von 10 Mio. € um rund 1 Mio. € angestiegen.

Das Handelsgeschäft der Bremer Landesbank ist kundeninduziert oder dient zur Absicherung von im traditionellen Bankgeschäft eingegangenen Zinsänderungs- und Fremdwährungsrisiken. Unter diesen selbst gegebenen Rahmenbedingungen konnte die Bank auch im vergangenen Jahr erfolgreich auf den Geld- und Kapitalmärkten agieren. Der Nettoertrag des Handelsbestandes ist insgesamt deutlich positiv.

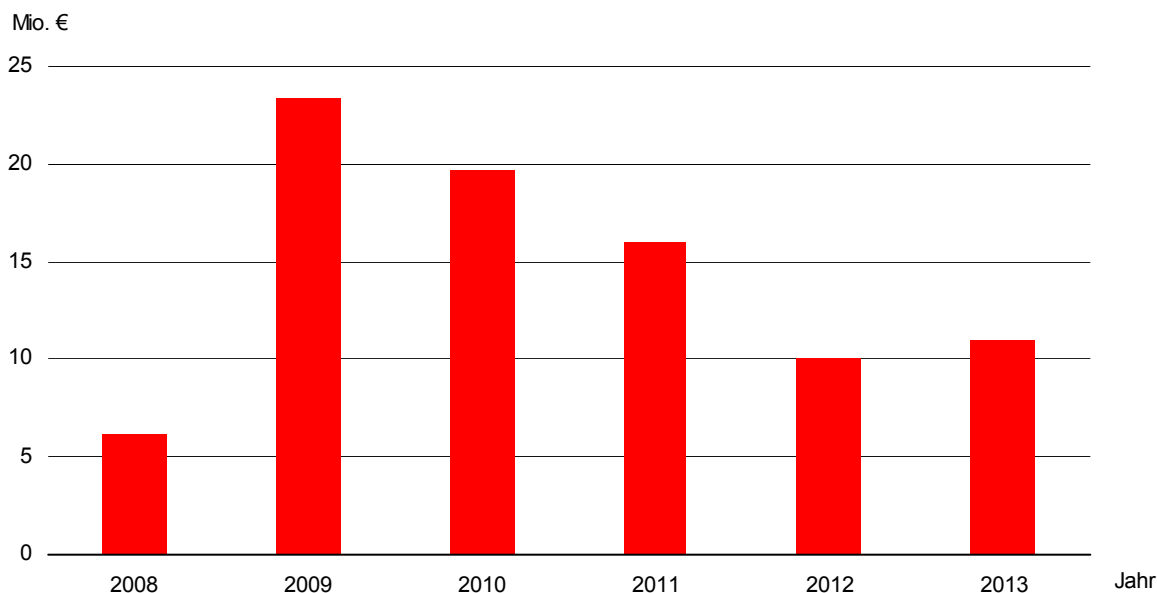
Während das Bewertungsergebnis und das laufende Ergebnis aufgrund der niedrigen kurzfristigen Zinsen negative Ergebnisbeiträge lieferten, hat sich das Realisierungsergebnis – insbesondere aus Zinsderivaten – positiv entwickelt.

Produktbezogen konnten die Teilbereiche Devisen und Derivate positive Ergebnisbeiträge liefern, während das Ergebnis aus Aktien und Renten aufgrund von zurückgekauften Eigenemissionen negative Resultate beisteuerte.

Der Risikoabschlag bzw. -zuschlag und der für Ausschüttungen gesperrte sogenannte Risikopuffer haben das Nettoergebnis des Handelsbestandes im Jahr 2013 um insgesamt 3 Mio. € reduziert (Vorjahr: + 3 Mio. €).

Das Nettoergebnis des Handelsbestandes ist aufgrund der kurzfristigen Natur der Geschäfte und der Marktschwankungen volatil und entsprechend schwer zu prognostizieren. In ihren Planungen geht die Bank jedoch unverändert von guten Chancen aus, auch in 2014 ähnlich erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren wie im vergangenen Jahr.

Jahresvergleich Nettoertrag des Handelsbestandes:



Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen

Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen in Höhe von rund 7 Mio. € hat sich gegenüber 2012 (-11 Mio. €) um 18 Mio. € verbessert. Nachfolgend beschriebene Sonder-effekte hatten erhebliche Auswirkungen auf das sonstige betriebliche Ergebnis.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beliefen sich insgesamt auf 30 Mio. € nach 22 Mio. € im Vorjahr. In den Pensionsrückstellungen enthaltene Zinseffekte in Höhe von rund 13 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €) bewegen sich auf Vorjahresniveau. Darüber hinaus wird hier der Aufwand aus der Bankenabgabe in Höhe von 4 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €) ausgewiesen. Zinseffekte aus anderen Personal- und sonstigen Rückstellungen in Höhe von 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) finden sich ebenfalls in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wieder. Darüber hinaus ist im Geschäftsjahr 2013 ein einmaliger Aufwand für die Umsetzung von mittelfristig wirksamen Kosteneinsparungsmaßnahmen in Höhe von 9 Mio. € enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind von 11 Mio. € auf 37 Mio. € gestiegen. Hierin enthalten sind insgesamt auf Vorjahresniveau angefallene Erträge aus der Auflösung von Personal- und anderen Rückstellungen sowie Grundstückserträge, Umsatzsteuererstattungen und Kosten-erstattungen von Kunden. Maßgeblich wurde die Position im Geschäftsjahr 2013 durch einmalige Erträge aus einer Immobilientransaktion in Höhe von 24 Mio. € beeinflusst.

Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen lässt sich nur schwer planen. Die Bank geht von weiterhin spürbaren Zinseffekten im Bereich der Pensionsrückstellungen aus und rechnet im Prognosezeitraum wegen geringer ausfallender Sondereffekte mit einem deutlich geringeren sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Verwaltungsaufwendungen

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen sind von 185 Mio. € um 2 Mio. € bzw. 1 % auf 187 Mio. € angestiegen.

Im Jahresabschluss 2012 wurde für das Jahr 2013 ein deutlicher Rückgang der Personalaufwendungen erwartet.

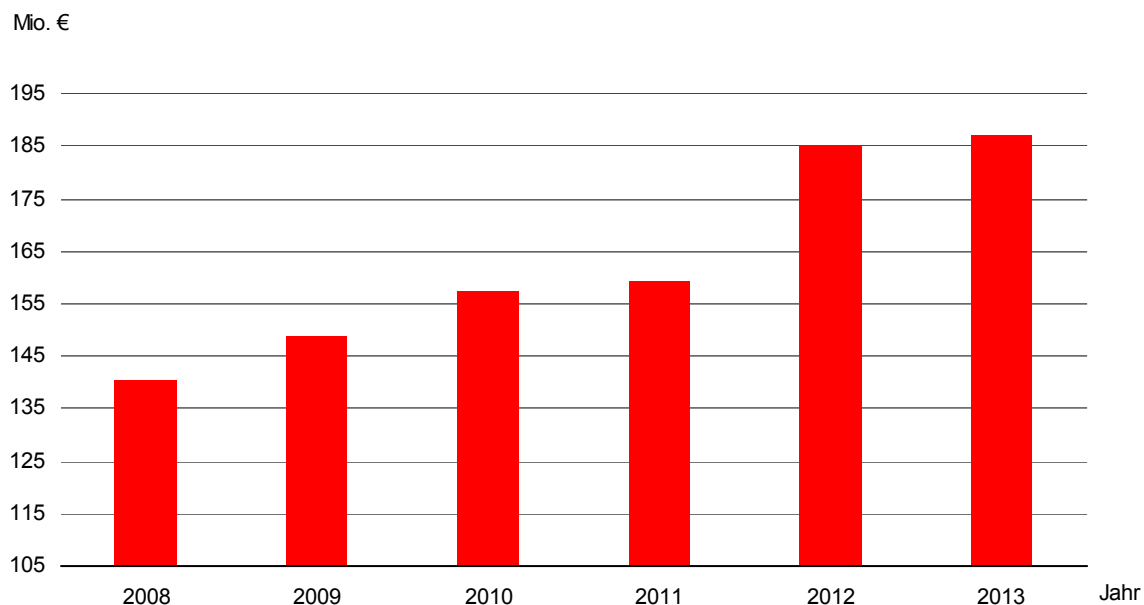
Die Personalaufwendungen betragen im Jahr 2013 rund 105 Mio. € und sind damit erneut um 2 % bzw. rund 2 Mio. € angestiegen. Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter und Sozialabgaben sind aufgrund des im Vorjahr erzielten Tarifabschlusses für das Bankgewerbe wie erwartet angestiegen. Signifikante Abweichungen zum geplanten Rückgang der Personalaufwendungen sind primär auf zinsbedingt im Vorjahresvergleich höhere Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen zurückzuführen.

Für die anderen Verwaltungsaufwendungen wurde im Rahmen des letzten Jahresabschlusses in den kommenden Jahren eine sukzessive Konsolidierung des Kostenniveaus prognostiziert.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind mit 82 Mio. € nahezu konstant geblieben. Steigerungen gab es insbesondere im Bereich der Informationstechnologie, bei den projektbedingten Aufwendungen sowie den Gebäudekosten, denen jedoch kompensatorische Effekte bei den Beratungsaufwendungen und dem Umlagevolumen in etwa gleicher Größenordnung gegenüberstanden. Insgesamt entwickelten sich die anderen Verwaltungsaufwendungen dennoch über dem geplanten Niveau.

Für das Jahr 2014 wird ein weiterer leichter Anstieg der Personalaufwendungen erwartet, da der geltende Tarifvertrag im Sommer ausläuft und sich der Rechnungszins für Pensionsrückstellungen weiter reduzieren wird. Für die anderen Verwaltungsaufwendungen erwartet die Bank im kommenden Jahr einen spürbaren Rückgang.

Jahresvergleich Verwaltungsaufwendungen:



Abschreibungen und Wertberichtigungen

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen betragen unverändert 5 Mio. €.

Das Bewertungsergebnis im Kredit- und Wertpapiergeschäft und aus den Beteiligungen der Bremer Landesbank beläuft sich auf einen Aufwandssaldo von 179 Mio. €.

Im Lagebericht des Jahres 2012 hatte die Bank für die Risikovorsorge bei nicht einsetzender Markterholung in der Handelsschifffahrt ein annäherndes Erreichen des Niveaus des Jahres 2012 unterstellt.

Die negativen Auswirkungen der anhaltenden Krise an den Schifffahrtsmärkten wirkten sich im Jahr 2013 deutlich stärker als erwartet auf die Risikovorsorge der Bank aus. Das weiterhin bestehende Überangebot an Schiffstonnage führte zu anhaltend niedrigen Charraten. Rückläufige Wachstumsraten in China und die sich nur langsam erholende Konjunktur in großen Teilen der Welt trafen in 2013 auf einen erneuten Tonnagezulauf. Im fünften Jahr der Krise konnten erneut zahlreiche Reedereien ihre Schiffe nicht mehr stützen. Die Bank hat das Finanzierungsportfolio im Sinne eines konsequenten Risikomanagements fortlaufend analysiert und die Risikovorsorge stringent über die ursprünglichen Planwerte hinaus dotiert. Diese gingen von einer Bodenbildung auf den Märkten aus.

Nennenswerte Wertkorrekturen auf den Eigenbestand an Wertpapieren waren im vergangenen Jahr nicht zu verzeichnen. Lediglich aus dem Verkauf der aus einem Credit Event erhaltenen Anleihe der IRBC (ehemals Anglo Irish) entstand der Bank ein realisierter Verlust in Höhe von rund 4 Mio. €.

Aus Anpassungen von Beteiligungsbuchwerten ergaben sich im Jahr 2013 wie auch im Vorjahr keine nennenswerten Ergebnisbeiträge.

Der Risikovorsorgebedarf im Jahr 2014 wird nach den Einschätzungen der Bank weiterhin durch die erheblichen Schwierigkeiten an den Schifffahrtsmärkten geprägt sein. Die allseits erhoffte Erholung wird sich nur langsam einstellen. Seit 2010 wird die Höhe der Risikovorsorge in der Bremer Landesbank insbesondere durch die Entwicklungen in der Handelsschifffahrt bestimmt. Sofern in 2014 in diesem Bereich keine Markterholung einsetzt, dürfte sich die Risikovorsorge erneut auf einem hohen Niveau bewegen, jedoch aller Voraussicht nach das Niveau des Jahres 2013 unterschreiten. Abweichungen von den im Schifffahrtsbereich unterstellten Bewertungsparametern (z. B. eine weitere Verzögerung der Markterholung) können erhebliche Auswirkungen auf die Höhe der Risikovorsorge bewirken.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB, der aufsichtsrechtlich dem Kernkapital zuzurechnen ist, beläuft sich auf 536 Mio. €. Im Geschäftsjahr 2013 wurden dem Fonds 46 Mio. € zugeführt.

Zusätzlich wurden nach den Vorschriften des BilMoG 10 % der Nettoerträge des Handelsbestandes in Höhe von 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) in einen separaten, ausschüttungsgesperrten Unterposten nach § 340g HGB eingestellt.

Insgesamt beträgt der Fonds nun 542 Mio. €.

Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit des Jahres 2013 beträgt 54 Mio. € nach 73 Mio. € im Vorjahr, was einen Rückgang von 26 % darstellt. Dieser ist im Wesentlichen auf den Rückgang des im Vorjahr durch Sondererträge (Wandlung der stillen Einlagen) geprägten Zinsüberschusses zurückzuführen.

Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis beträgt im Jahr 2013 rund -6 Mio. € (Vorjahr: -6 Mio. €). Für das Jahr 2013 sind lediglich die BilMoG-Umstellungseffekte aus Pensionsrückstellungen in dieser Position zu erfassen.

Steueraufwand

Der Steueraufwand der Bremer Landesbank hat sich aufgrund der im Vergleich zum Vorjahr ermäßigten Ertragslage und dem damit geringeren zu versteuernden Einkommen auf 12 Mio. € (Vorjahr: 15 Mio. €) verringert.

Zinsaufwand für stille Einlagen

Aufgrund der im Jahr 2012 vorgenommenen Umwandlung der stillen Einlagen in Stammkapital und Kapitalrücklagen ist im Geschäftsjahr 2013 hierfür kein Zinsaufwand mehr entstanden (Vorjahr: 21 Mio. €).

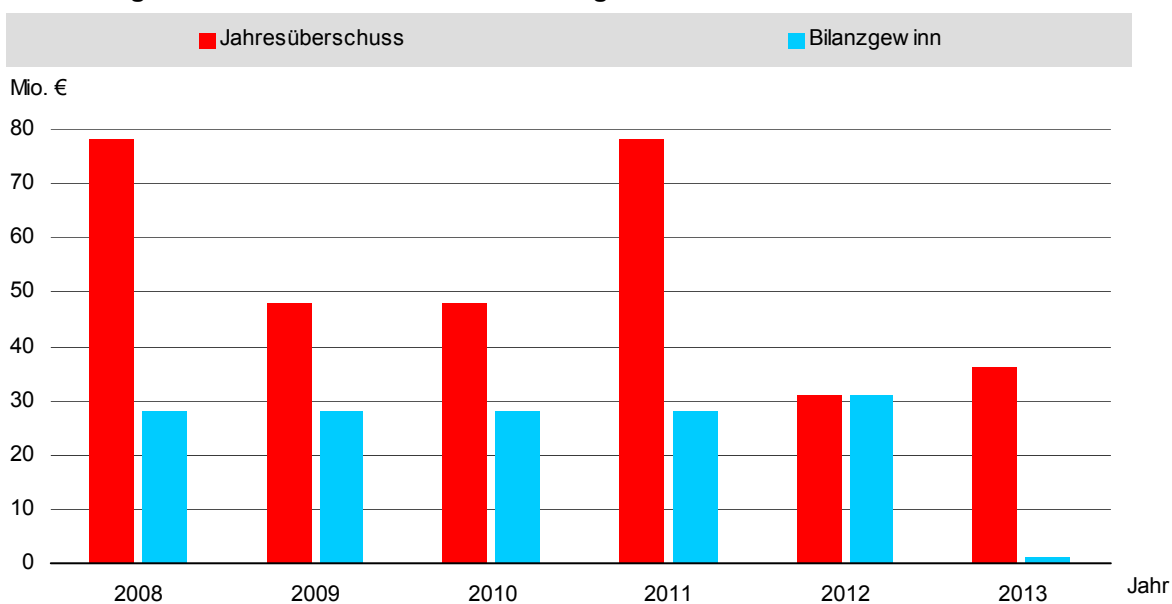
Jahresüberschuss und Gewinnverwendung

Für den Jahresüberschuss 2013 und 2014 hatte die Bank einen ansteigenden Jahresüberschuss prognostiziert.

Der Jahresüberschuss beträgt 36 Mio. € nach 31 Mio. € Ende 2012. Die Bank wird ihren Trägern vorschlagen, die haftenden Eigenmittel weiter zu stärken. Neben der Bildung von versteuerten Reserven soll dies durch Einstellung des Jahresüberschusses (36 Mio. €) und des aus 2012 bestehenden Gewinnvortrages (31 Mio. €) in die Gewinnrücklagen erreicht werden. Eine Ausschüttung an die Träger ist wegen Zusagen der NORD/LB gegenüber der EU in Verbindung mit der in 2012 erfolgten Wandlung der stillen Einlagen in hartes Kernkapital für das Jahr 2013 nicht möglich.

Nach den Einschätzungen der Bank wird der Jahresüberschuss im Jahr 2014 leicht ansteigen. Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen angemessener Dividendenhöhe und weiterer Kapitalstärkung wird angestrebt.

Jahresvergleich Jahresüberschuss und Bilanzgewinn:



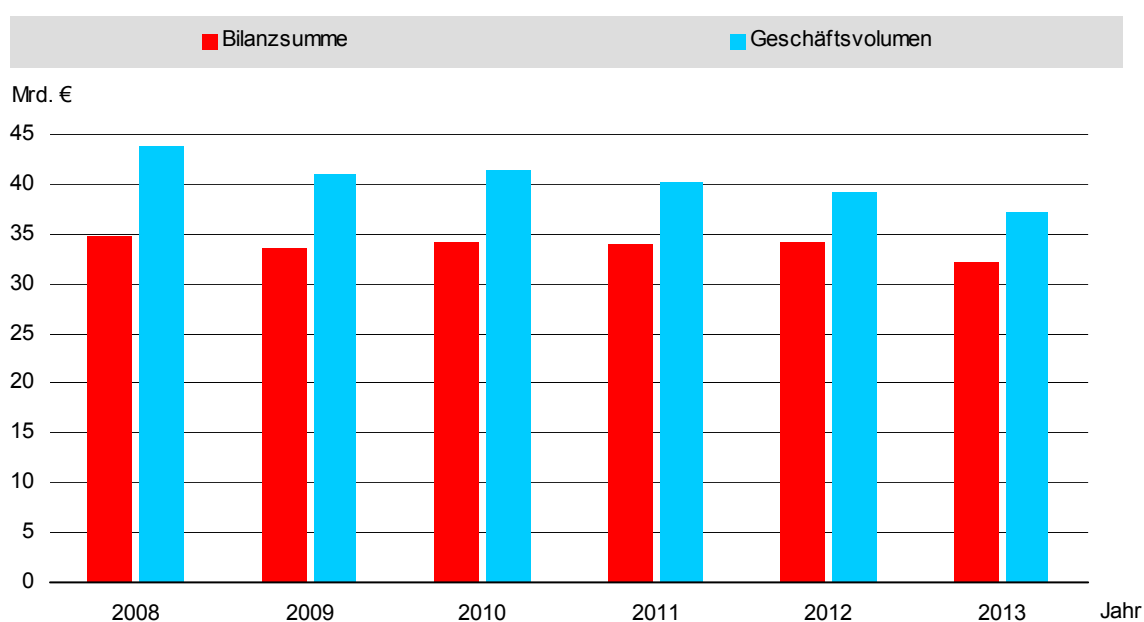
2.3.2 Finanz- und Vermögenslage

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bank konzentrierte sich wie in den Vorjahren verstärkt auf ertragsstarke Geschäfte. Die Interbankengeschäfte stabilisierten sich auf niedrigem Niveau, der Eigenbestand an Wertpapieren reduzierte sich sukzessive. Die Kundenforderungen gingen aufgrund von über dem Neugeschäft liegenden Fälligkeiten zurück.

Im Ergebnis reduzierte sich die Bilanzsumme auf 32,2 Mrd. € (Vorjahr: 34,1 Mrd. €). Das Geschäftsvolumen sank auch aufgrund leicht reduzierter Eventualverbindlichkeiten um 2,0 Mrd. € oder 5 % auf 37,2 Mrd. €.

Jahresvergleich Bilanzsumme und Geschäftsvolumen:



Forderungen an Kreditinstitute

Als Konsequenz aus der Krise an den Finanz- und Kapitalmärkten im Zusammenhang mit der verschlechterten Bonität einiger Staaten hatte die Bank in den Vorjahren das Interbankengeschäft signifikant reduziert und im Geschäftsjahr 2013 auf diesem Niveau stabilisiert. Im Kommunalkreditgeschäft, welches durch die Geschäftstätigkeit mit den angeschlossenen Sparkassen geprägt ist, konnte ein Zuwachs von 9 % erzielt werden, sodass sich die Forderungen an Kreditinstitute insgesamt um 0,4 Mrd. € auf nun 4,2 Mrd. € erhöhten.

Forderungen an Kunden

Die Kundenforderungen gingen aufgrund von über dem Neugeschäft liegenden Fälligkeiten um rund 1,0 Mrd. € auf 22,3 Mrd. € zurück. Der Anteil der Forderungen an Kunden an der Bilanzsumme beträgt 69,1 % (Vorjahr: 68,3 %). Eine differenzierte Betrachtung der Bilanzposition findet sich in den Erläuterungen zur Entwicklung der Geschäftsfelder.

Schuldverschreibungen und Aktien

Den Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren hat die Bank im Berichtsjahr sukzessive um 0,8 Mrd. € auf 4,9 Mrd. € reduziert. Die Konzentration lag dabei auf börsennotierten Titeln öffentlicher Emittenten mit vergleichsweise geringem Risiko. Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren spielt mit 18 Mio. € nach 17 Mio. € im Vorjahr nur eine untergeordnete Rolle.

Handelsbestand

Seit dem Jahr 2010 bilanzieren Kreditinstitute ihre Handelsbestände zu Zeitwerten. Der Handelsbestand der Bremer Landesbank mit positiven Marktwerten beträgt zum Bilanzstichtag 146 Mio. € (Vorjahr: 527 Mio. €). Im Handelsbestand geführte, zur Absicherung von im Bankbuch eingegangenen Zins- und Fremdwährungsrisiken dienende langfristige derivative Geschäfte werden in der Regel durch Gegengeschäfte geschlossen und nicht terminiert. Deshalb steigt der Handelsbestand eines Kreditinstitutes sukzessive an. Der im Jahr 2013 zu verzeichnende deutliche Rückgang des Handelsbestandes resultiert aus einer erfolgsneutralen Bereinigung von derivativen Geschäften mehrerer Kreditinstitute mithilfe eines externen Dienstleisters.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Traditionell kommt die Bremer Landesbank ihren öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen und den Verpflichtungen im Verbund auch über das Beteiligungsportfolio nach. Insbesondere sei hier die Förderung der Wirtschaft über Beteiligungen an Bürgschaftsbanken (z. B. Bürgschaftsbank Bremen, Niedersächsische Bürgschaftsbank), Spezialkreditinstituten (z. B. Deutsche Factoring Bank) sowie Wirtschaftsförderungsgesellschaften genannt.

Der regionale Bezug wird insbesondere durch die Beteiligung der Bank an mehreren Wohnungsbaugesellschaften, die teilweise dem im Anhang aufgelisteten Anteilsbesitz entnommen werden können, deutlich.

Wesentliche Beteiligungstransaktionen wurden im Jahr 2013 nicht durchgeführt; der Bestand zum Jahresende beträgt 19 Mio. € nach 20 Mio. € im Vorjahr.

Primär zielt das Beteiligungsgeschäft auf den strategischen und operativen Nutzen und erst sekundär auf das Ertragspotenzial ab. Im Rahmen der strategischen Fokussierung der Bremer Landesbank wird daher von einer stagnierenden bis rückläufigen Entwicklung des

Beteiligungsvolumens ausgegangen. Neue Beteiligungen kommen künftig nur in Betracht, wenn sie einen deutlichen Mehrwert für die Bank, respektive die Region, generieren.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen erhöhten sich durch die treuhänderische Übertragung des Immobilienbestandes der Bank auf ein neu gegründetes Tochterunternehmen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Bank refinanziert sich auch über Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Diese haben sich im Geschäftsjahr um 0,9 Mrd. € auf 10,9 Mrd. € (Vorjahr: 11,8 Mrd. €) verringert. Während sich das Volumen der im Umlauf befindlichen Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspapiere insgesamt nur leicht verringerte, gingen die Verbindlichkeiten aus dem Interbankensektor und – in etwas verminderter Intensität – die Anlagen angeschlossener Sparkassen zurück, wobei die sich diese Effekte vor allem auf den täglich fälligen Bereich konzentrierten.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Refinanzierung der Bank über Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stellte sich mit 9,9 Mrd. € (nach 10,3 Mrd. € im Jahr 2012) nur leicht unter Vorjahresniveau dar. Dabei stiegen die Einlagen im täglich fälligen Bereich auf 3,2 Mrd. € (Vorjahr: 3,1 Mrd. €) an, während in den anderen Laufzeitbändern leichte Rückgänge zu verzeichnen waren. Die begebenen öffentlichen Namenspapiere reduzierten sich in geringfügigem Umfang auf 2,5 Mrd. € (Vorjahr: 2,7 Mrd. €). Der Bestand an Spareinlagen konnte erfreulicherweise auf 218 Mio. € ausgebaut werden (Vorjahr: 194 Mio. €).

Verbriefte Verbindlichkeiten

Die verbrieften Verbindlichkeiten als eine der wesentlichen Finanzierungsquellen der Bank sind mit 8,0 Mrd. € gegenüber dem Vorjahresbestand von 8,4 Mrd. € um 5 % gesunken. Eine differenzierte Darstellung der Refinanzierung der Bank über die verschiedenen Emissionsprogramme findet sich in den Erläuterungen zum Geschäftsfeld Financial Markets und im Abschnitt Finanzierungsmaßnahmen.

Handelsbestand

Seit dem Jahr 2010 bilanzieren Kreditinstitute ihre Handelsbestände zu Zeitwerten. Der Handelsbestand der Bremer Landesbank mit negativen Marktwerten beträgt zum Bilanzstichtag 40 Mio. € (Vorjahr: 358 Mio. €).

Rückstellungen

Die Rückstellungen der Bremer Landesbank bewegen sich zum Jahresende 2013 mit 294 Mio. € deutlich über dem Niveau des Vorjahres (268 Mio. €).

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, die auf aktuarischen Gutachten basieren, haben sich um 24 Mio. € auf insgesamt 218 Mio. € erhöht. Beeinflusst wird diese Entwicklung im Wesentlichen von einem – durch die lang anhaltende Niedrigzinsphase – reduzierten Diskontierungszinssatz.

Aufgrund der im Geschäftsjahr 2010 geänderten Bewertung der Pensionsrückstellungen durch das BilMoG ist es zu einem Anstieg der Pensionsrückstellungen bei der Bremer Landesbank gekommen, der eine aufwandswirksame Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von insgesamt 93 Mio. € erforderlich macht. Der aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen resultierende Zuführungsbetrag ist bis spätestens zum 31. Dezember 2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünftel anzusammeln (Art. 67 Abs. 1 EGHGB). Dementsprechend wurde den Pensionsrückstellungen im Geschäftsjahr 2013 ein Betrag in Höhe von einem Fünftel des per 1. Januar 2010 festgestellten Unterschiedsbetrages (6 Mio. €) zugeführt.

Weitere Angaben zu den Pensionsrückstellungen ergeben sich aus dem Anhang.

Die Steuerrückstellungen bewegen sich mit 16 Mio. € auf Vorjahresniveau (16 Mio. €). Die anderen Rückstellungen stiegen 2013 um 2 Mio. € auf 60 Mio. €. Wesentliche Bestandteile der anderen Rückstellungen stehen im Zusammenhang mit Personalaufwendungen wie z. B. Vorruhestandsverpflichtungen (18 Mio. €) und Abschlussvergütung (8 Mio. €). Die ebenfalls hierin enthaltenen Rückstellungen im Kreditgeschäft erhöhten sich von 18 Mio. € auf 20 Mio. €.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Verbindlichkeiten belaufen sich zum Jahresultimo auf 750 Mio. € (Vorjahr: 700 Mio. €). Zum Ersatz für mittelfristig bestehende Fälligkeiten und zur Stärkung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel wurden im Laufe des Jahres 2013 insgesamt 50 Mio. € Nachrangmittel aufgenommen.

Eigenkapital

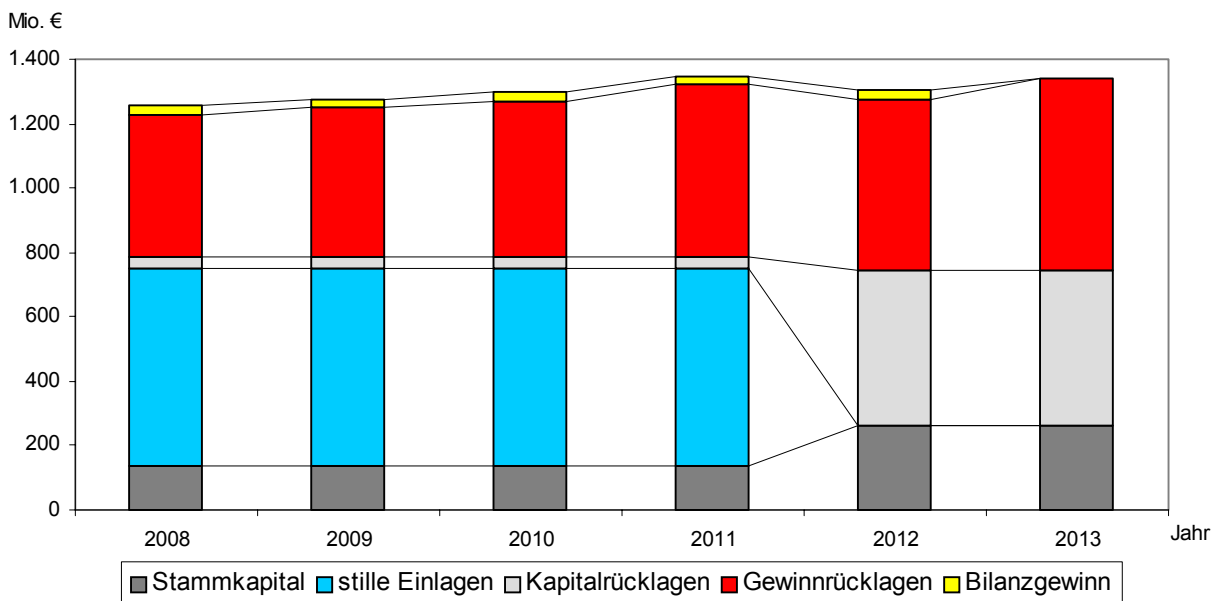
Das bilanzielle Eigenkapital beträgt 1.343 Mio. € nach 1.307 Mio. € im Vorjahr. Hiervon entfallen unverändert 265 Mio. € auf das Stammkapital sowie 478 Mio. € auf die Kapitalrücklagen. Die Gewinnrücklagen betragen nach der vorgesehenen Einstellung des Jahresüberschusses (36 Mio. €) und des Gewinnvortrages (31 Mio. €) 600 Mio. €. Eine Ausschüttung an die Träger ist wegen Zusagen der NORD/LB gegenüber der EU in Verbindung mit der in 2012 erfolgten Wandlung der stillen Einlagen in hartes Kernkapital für das Jahr 2013 nicht möglich.

Die Bank hat sich darüber hinaus dafür entschieden, die haftenden Eigenmittel durch Bildung von versteuerten Reserven in Höhe von 46 Mio. € zu stärken.

Die Kernkapitalquote belief sich zum Jahresende unter Berücksichtigung der Gewinnverwendung und der im Jahresabschluss gebildeten Wertberichtigungen auf 9,5 % (Vorjahr: 8,8 %). Eine

Inanspruchnahme staatlicher Unterstützungsleistungen ist für die Bremer Landesbank weiterhin nicht notwendig.

Jahresvergleich Eigenkapitalbestandteile:



Eventualverbindlichkeiten

Der Bestand an Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen beläuft sich auf 3,0 Mrd. € (Vorjahr: 3,4 Mrd. €).

Während die Eventualverbindlichkeiten aus dem traditionellen außerbilanziellen Geschäft nahezu unverändert geblieben sind, ist der Bestand an Credit Default Swaps (CDS), bei denen die Bremer Landesbank als Sicherungsgeber auftritt, aufgrund von Fälligkeiten und gezielten Positionsaufösungen zurückgegangen. Mit diesem sogenannten Kreditersatzgeschäft hat die Bremer Landesbank freie Eigenkapitalspielräume zur Erzielung von Provisionseinnahmen und zur Diversifikation ihres Kreditportfolios, insbesondere mit Blick auf Regionen/Länder und Ratingklassen, genutzt. Grundsätzlich hat die Bank nur Sicherung für Adressen mit einwandfreiem finanziellen Hintergrund und auf der Basis von anerkannten Standardverträgen gegeben. Aufgrund der seit dem Jahr 2007 aufgetretenen Schwierigkeiten auf den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten und der damit verbundenen Ausweitung der Credit Spreads hat die Bank ihr Neugeschäft in diesem Bereich bis auf vereinzelte, selektive Positionsaufösungen bzw. -sicherungen eingestellt.

Mitte 2013 hat die ISDA (International Swaps and Derivatives Association) einen Credit Event Restructuring für das spanische Institut Bankia erklärt. Die Bremer Landesbank hat verschiedene CDS auf das Unternehmen im Volumen von insgesamt 80 Mio. € als Sicherungsgeber im Bestand. Sogenannte Credit Event Notices, mit denen eine Inanspruchnahme durch Lieferung von Wertpapieren angezeigt wird, wurden der Bank bislang nicht übermittelt.

Hinsichtlich des bereits in den Jahresfinanzberichten 2011 und 2012 beschriebenen Credit Events der irischen Bank Permanent TSB (vorher Irish Life and Permanent) sind keine Veränderungen eingetreten. Für die bestehenden CDS-Kontrakte in Höhe von 45 Mio. € wurden der Bank nach wie vor keine Credit Event Notices zugestellt.

Weitere Credit Events, bei denen die Bank z. B. durch Lieferung des Referenzaktivums als Sicherungsgeber in Anspruch genommen worden wäre, sind nicht aufgetreten.

Andere Verpflichtungen

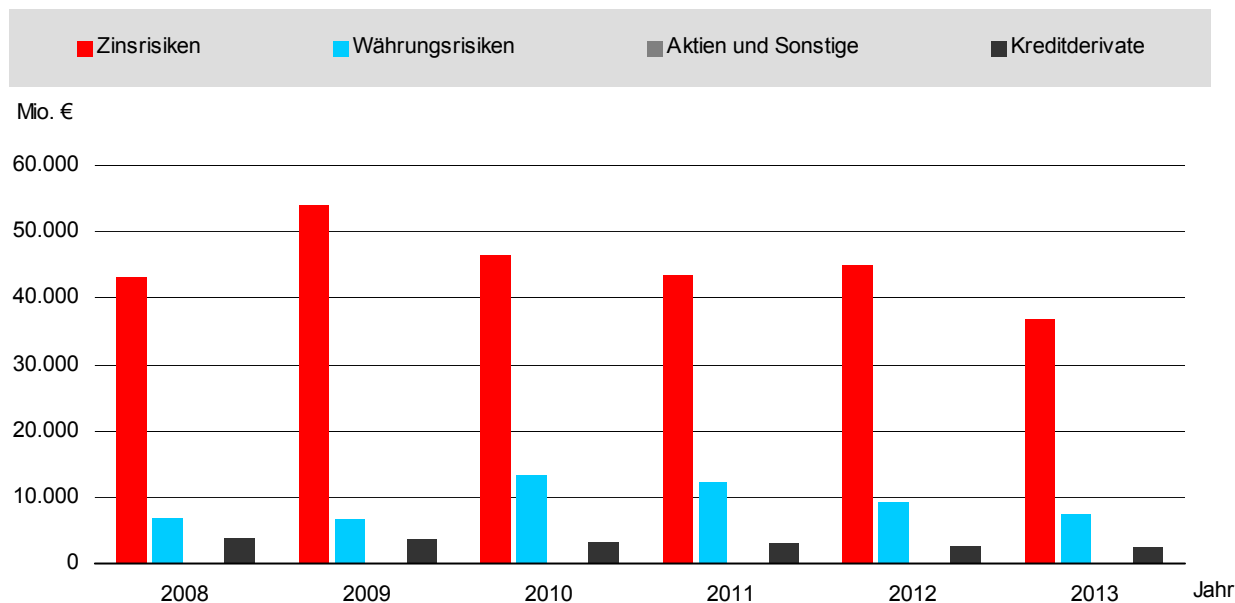
Nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 1,9 Mrd. € nach 1,8 Mrd. € im Vorjahr.

Außerbilanzielle Finanzierungsinstrumente

Derivative Geschäfte werden in der Bremer Landesbank im Wesentlichen zur Steuerung und Absicherung von Zins- und Fremdwährungsrisiken eingesetzt. Das Nominalvolumen zum Jahresende 2013 betrug 46,6 Mrd. € nach 57,1 Mrd. € im Vorjahr und damit das etwa 1,4-Fache (Vorjahr: 1,7-Fache) der Bilanzsumme. Im Vergleich zu anderen Instituten der Branche wird in der Bremer Landesbank in nur relativ geringem Umfang auf solche Geschäfte zurückgegriffen. Kontrahenten sind fast ausschließlich Banken mit Sitz in Ländern, die der OECD angehören, sodass grundsätzlich von einem einwandfreien finanziellen Hintergrund ausgegangen werden kann. Für Detailinformationen zu den Volumina sowie der Fristen- und Kontrahentengliederung wird auf die Darstellung im Anhang des Jahresabschlusses der Bremer Landesbank verwiesen.

Derivatevolumen

Jahresvergleich Derivatevolumen:



2.3.3 Zusätzliche Erläuterungen

Leistungsindikatoren

Der Return on Equity (RoE) für das Geschäftsjahr 2013 nach der im Abschnitt Gesamtbanksteuerung definierten Bewertungsformel beträgt unverändert 4 %. Das niedrige Niveau ist auf das infolge der deutlich angestiegenen Risikovorsorge gesunkene Betriebsergebnis zurückzuführen. Zusätzlich wirkt die durch die Wandlung der stillen Einlagen erhöhte Kapitalbasis reduzierend auf die Kennzahl.

Die Cost-Income-Ratio (CIR) bewegt sich mit 40,8 % nach 37 % im Jahr 2012 auf leicht erhöhtem Niveau und bleibt damit stetig im allgemein als gut angesehenen Bereich um 40 %. Der Anstieg der CIR beruht im Wesentlichen auf im Jahr 2012 die operativen Erträge erhöhende Einmaleffekte, die im Jahr 2013 entfielen.

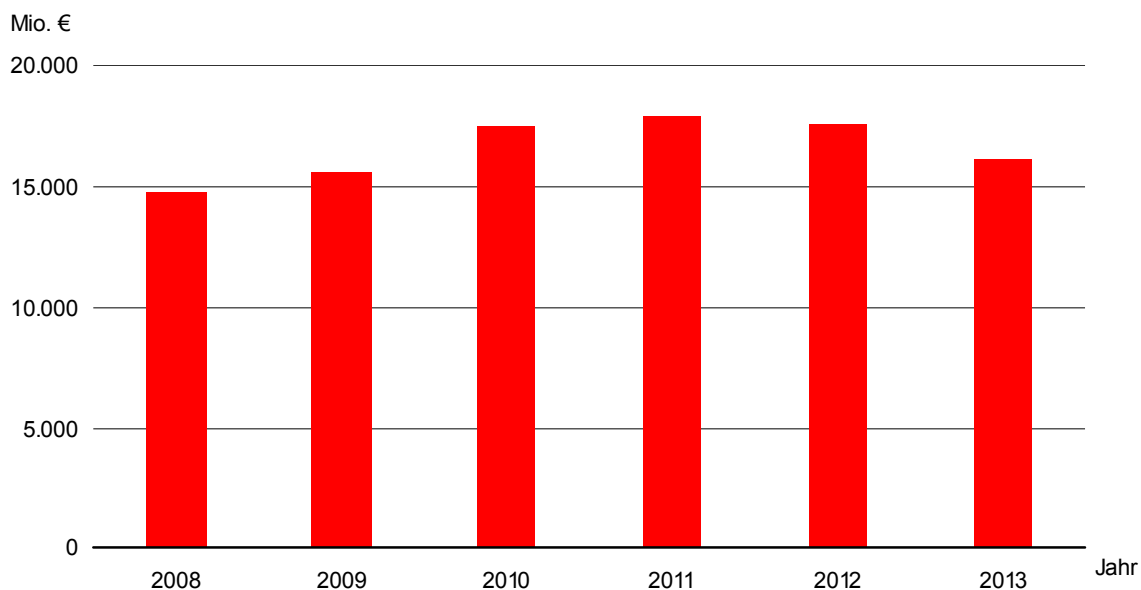
Die Risikoquote (definiert als das Verhältnis zwischen den Risikovorsorgeaufwendungen für das Kreditgeschäft ohne Veränderungen der Vorsorge für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB und den Risikoaktiva) zum 31. Dezember 2013 beträgt 1,24 % (Vorjahr: 1,07 %). Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus den deutlich höheren Aufwendungen für die Risikovorsorge im Bereich Schiffsfinanzierungen.

Die Eigenmittelanforderungen nach der Solvabilitätsverordnung (SolV) betragen insgesamt rund 1,3 Mrd. € (Vorjahr: rund 1,4 Mrd. €), was Risikoaktiva in Höhe von rund 16,1 Mrd. € (Vorjahr: rund 17,6 Mrd. €) entspricht. Die Gesamtkennziffer beläuft sich auf 10,9 % nach 11,4 % zum Ende des Vorjahres. Die Bank hat zum 30. September 2013 einen geprüften Zwischenabschluss nach § 10 Abs. 3 KWG aufgestellt und somit die bis dahin bereits gebildeten Wertberichtigungen auf IRBA-Engagements im Wertberichtigungsvergleich Shortfall reduzierend berücksichtigen können.

Die Risikotragfähigkeit ist zum 31. Dezember 2013 mit einem Auslastungsgrad von rund 58 % gegeben. Sie liegt damit deutlich über dem Niveau des Vorjahres von rund 20 %. Grund für den Anstieg ist zum einen eine zunehmende Belastung der Risikotragfähigkeit aus der fortdauernden Schifffahrtskrise. Dies spiegelt sich in einem Rückgang des Risikokapitals und einem Anstieg der Risikopotenziale aus Kreditrisiken wider.

Anrechnungspflichtige Positionen/Risikoaktiva

Jahresvergleich Anrechnungspflichtige Positionen/Risikoaktiva:



Finanzierungsmaßnahmen

Im Jahr 2013 sind die begebenen Inhaber- und Namensschuldverschreibungen erneut die wichtigste überjährige Refinanzierungsquelle der Bank.

Der Bruttoabsatz im Emissionsgeschäft der Bremer Landesbank einschließlich aufgenommener Schulscheindarlehen betrug 1,5 Mrd. € (ohne ECP-Programm und EIB-Darlehen) gegenüber 2,5 Mrd. € im Jahr 2012.

Das Volumen der im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen betrug zum Jahresende 2013 16,2 Mrd. € (Vorjahr: 17,0 Mrd. €).

Das ausstehende Gesamtvolumen aufgenommener Refinanzierungsdarlehen bei der Europäischen Investitionsbank (EIB-Darlehen) betrug per 31. Dezember 2013 rund 0,7 Mrd. € (Vorjahr: 0,8 Mrd. €).

Im Rahmen der unterjährigen Refinanzierung und Liquiditätssteuerung nutzte die Bremer Landesbank auch in 2013 neben dem Interbanken- und dem Repo-Markt laufend die verschiedenen Instrumente der Europäischen Zentralbank.

Das European-Commercial-Paper-Programm (ECP-Programm) wurde im Jahr 2013 in den Währungen EUR und USD genutzt. Per 31. Dezember 2013 beträgt das ausstehende Volumen 60 Mio. € Gegenwert (Vorjahr: 181 Mio. €).

Für weitergehende Erläuterungen wird auf die Abschnitte Risikobericht und Entwicklung der Geschäftsfelder verwiesen.

Investitionstätigkeit

Die Bremer Landesbank tätigt erhebliche Investitionen in die Modernisierung und Umgestaltung ihrer Gebäude. Am Standort Bremen wurde im Jahr 2013 das Gebäude am Domshof bis auf die denkmalgeschützte Fassade des Stammhauses abgetragen. Im Jahr 2014 wird mit dem Neubau begonnen. Das Investitionsvolumen bewegt sich im höheren zweistelligen Millionenbereich.

Personal und Nachhaltigkeit

Die Nähe zu den Märkten und den Menschen, die in der Region arbeiten und leben, ist für die Bremer Landesbank Anspruch und Verpflichtung zugleich. Dies dokumentiert sich z. B. in ihrem sozialen und gesellschaftlichen Engagement, in der Unterstützung des Förderpreises NordWest Award, aber auch darin, dass die Bremer Landesbank mit ihren durchschnittlich 1.084 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Vorjahr: 1.067) zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor des Landes Bremen und der Nordwest-Region zählt. Sie bietet attraktive Arbeitsplätze, was sich auch in der im Branchenvergleich niedrigen Fluktuationsrate von 1,1 % (Vorjahr: 1,5 %) und einer vergleichsweise hohen durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von 16,3 Jahren (Vorjahr: 16,2 Jahre) widerspiegelt.

Als führende Regionalbank im Nordwesten hat es sich die Bremer Landesbank vorgenommen, auch in Sachen Familienfreundlichkeit mit gutem Beispiel voranzugehen und für ihre Beschäftigten eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erreichen. Dafür wurde sie von der berufundfamilie gemeinnützige GmbH in Berlin mit dem Zertifikat zum audit berufundfamilie ausgezeichnet. So ermöglicht es die Bank ihren Mitarbeitern seit 2012, unter bestimmten Voraussetzungen bis zu 25% ihrer Arbeitszeit zu Hause zu erbringen. Die in 2013 abgeschlossenen Kooperationsverträge für Krippen-Belegrechte in Bremen und Oldenburg sind eine weitere konkrete Maßnahme, die die Bremer Landesbank in diesem Zusammenhang umgesetzt hat.

Die vorstehenden Sachverhalte beschreiben bereits einen kleinen Teil des Bestrebens der Bremer Landesbank, ihr Handeln in allen Bereichen nachhaltig in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht zu gestalten. Seit Veröffentlichung des Nachhaltigkeitsstatus 2011 hat die Bank ihre Tätigkeiten zum Thema Nachhaltigkeit ausgeweitet. So wurden im Jahr 2013 die Nachhaltigkeitsstrategie der Bank sowie im Rahmen des Nachhaltigkeitsprogramms unterstützende Maßnahmen zur stärkeren Nachhaltigkeitspositionierung vom Gesamtvorstand verabschiedet. Ergänzend beschloss der Vorstand 2013 neben den bereits eingeführten Richtlinien „Ausschluss Pornografie“ und „Ausschluss von Waffen- und Rüstungsgeschäften“ die Einführung der folgenden Richtlinien: „Richtlinie zu ESG-Anforderungen bei Projektfinanzierungen“, „Richtlinie zum verantwortungsvollen Marketing“, „Richtlinie zum Umgang mit Interessensgruppen“, „Richtlinie Wasserkraft“, „Richtlinie zum Klimawandel“, „Richtlinie zum Umgang mit steuerrechtlichen Anforderungen“ sowie „Richtlinie zu Menschenrechten und Arbeitsnormen“. Des Weiteren zeichnete die Bank die „Charta der Vielfalt“. Ferner ist die Bremer Landesbank ständiger Teilnehmer am „Steuerungskreis Nachhaltigkeit“ des NORD/LB-Konzerns.

2.3.4 Entwicklung der Geschäftsfelder

Eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Kundensegmente des gewerblichen Kreditgeschäftes zeigt eine unterschiedliche Entwicklung.

Geschäftsfeld Firmenkunden

Das Geschäftsfeld Firmenkunden, ausgerichtet auf das Geschäft mit den Unternehmen in der Nordwest-Region, steht seinen Kunden als zuverlässiger und innovativer Partner bei Finanzdienstleistungen zur Verfügung.

Im Jahr 2013 wurden die Vertriebsaktivitäten auf hohem Niveau weitergeführt. Die Ergebnisentwicklung im Jahr 2013 verlief insgesamt zufriedenstellend und erfüllte die Erwartungen. Das Kreditgeschäft war wiederum der Motor der Entwicklung, deutliche Volumensteigerungen konnten beim Einsatz öffentlicher Kreditprogramme erreicht werden. Trotz gestiegenem Kreditvolumen lagen die Risikokosten im Rahmen der kalkulierten Werte.

Im Passivgeschäft sind aufgrund des extrem niedrigen Zinsniveaus im Bereich Tages-/Termingelder Volumentrübkänge zu verzeichnen. Durch die erfreuliche Ausweitung der Geschäftsgiroeinlagen konnte das Passiv-Volumen insgesamt auf einem zufriedenstellenden Niveau gehalten werden.

Das Dienstleistungsgeschäft bleibt hinter den guten Vorjahreswerten zurück, bedingt durch ein etwas verhaltenes Auslands- und Garantiegeschäft.

Insgesamt ist es dauerhaft das Ziel des Geschäftsfeldes Firmenkunden, die führende Bank im Firmenkundengeschäft der Region zu sein und dies durch kontinuierlich steigende Marktanteile zu unterlegen.

Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen

Das Spezialfinanzierungsgeschäft der Bremer Landesbank umfasst die SGE Schiffe, Erneuerbare Energien mit den Teilsegmenten Windkraft, Photovoltaik und Biogas, Leasing und Sozialimmobilien.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der Bremer Landesbank hat sich unter Würdigung der weiterhin herausfordernden Schifffahrtskrise auch in 2013 insgesamt positiv entwickelt und übertrifft die Ertragserwartungen. Die Wachstumsdynamik verläuft seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise moderater, wobei aber vor allem die Erneuerbaren Energien durch Nutzung der vorhandenen Geschäftspotenziale einen zunehmenden Portfolioanteil ausweisen und zukünftige Ertragsrückgänge in den Schiffsfinanzierungen teilweise kompensieren können. Die Risikovorsorge des Geschäftsfeldes bewegt sich aufgrund der nach wie vor angespannten Situation in der Schifffahrt auf hohem Niveau.

Im Segment Schiffe wirkten sich die negativen Auswirkungen der anhaltenden Krise an den Schifffahrtsmärkten im Jahr 2013 deutlich stärker als erwartet auf die Risikovorsorge der Bank aus. Das weiterhin bestehende Überangebot an Schiffstonnage führte zu anhaltend niedrigen Charterraten. Rückläufige Wachstumsraten in China und die sich nur langsam erholende Konjunktur in großen Teilen der Welt trafen in 2013 auf einen erneuten Tonnagezulauf. Im fünften Jahr der Krise konnten erneut zahlreiche Reedereien ihre Schiffe nicht mehr stützen. Die Bank hat das Finanzierungsportfolio im Sinne eines konsequenten Risikomanagements fortlaufend analysiert und die Risikovorsorge stringent über die ursprünglichen Planwerte hinaus dotiert. Diese gingen von einer Bodenbildung auf den Märkten aus. Neugeschäft wird nur sehr selektiv vor dem Hintergrund des Krisenmanagements vorgenommen.

Im Segment der Erneuerbaren Energien war erneut das Teilsegment Windkraft Onshore in Deutschland inkl. des zunehmenden Repowering der Haupttreiber für das lebhafte Neugeschäft. Hier wurde die starke Marktposition bestätigt. Die Photovoltaik-Finanzierungen verzeichneten in der zweiten Jahreshälfte die erwartete Neugeschäftsabschwächung aufgrund erfolgter Anpassung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) in 2012, konnten jedoch die Prognosen übertreffen. Innerhalb der Nord/LB-Gruppe nimmt die Bremer Landesbank die Kompetenzcenter-Funktion für Biogas und Photovoltaik in Deutschland wahr.

Bei der Refinanzierung von Mobilien-Leasinggesellschaften konnte die Bremer Landesbank ihre Position als führender Finanzierer mittelständischer Leasinggesellschaften in 2013 nach eigener Marktbeobachtung behaupten. Während das Neugeschäft moderat unterhalb der Planung verlief, konnte die Ertragsprognose übertroffen werden. Unsere Kompetenzcenter-Funktion innerhalb der Nord/LB-Gruppe und unsere breite Kundenbasis bieten hier weitere Wachstumspotenziale – auch als verlässlicher Partner für banknahe Leasinggesellschaften. Die Refinanzierung von Factoringgesellschaften rundet das Portfolio ab.

Der deutliche Schwerpunkt des Segmentes Sozialimmobilien der Bremer Landesbank liegt in der Finanzierung von Pflegeheimen, für die die Bank ebenfalls die Kompetenzcenter-Funktion im Nord/LB-Konzern übernommen hat. Nach verhaltenem Neugeschäft im ersten Halbjahr zog das Kreditgeschäft im weiteren Jahresverlauf an und konnte die Prognose erreichen. Die Erträge entwickelten sich entsprechend erfreulich und liegen im Plan. Die demografische Entwicklung und der wachsende stationäre Pflegebedarf unterstreichen die strategische Bedeutung und das Potenzial des Segmentes.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der Bremer Landesbank sieht sich mit seinen jeweiligen Segmenten bei nachhaltiger Ausrichtung auf langjährige, verlässliche Kundenbeziehungen im überwiegend mittelständischen Bereich weiterhin gut positioniert und ermöglicht moderates Wachstum. Dabei verschiebt sich das Engagement sukzessive zugunsten der Erneuerbaren Energien und zulasten der Schifffahrt, was zu einer weiteren Verbesserung der Portfoliobalance führt.

Geschäftsfeld Financial Markets

Das Geschäftsfeld Financial Markets der Bremer Landesbank stellt den Zugang zu den nationalen und internationalen Finanzmärkten für die privaten und institutionellen Kundengruppen sowie für das Eigengeschäft der Bank bereit. Die über- und unterjährigen Refinanzierungsmaßnahmen der Bremer Landesbank werden ebenfalls im Geschäftsfeld Financial Markets durchgeführt. Mit dem über das Kunden- und Kontrahentenportfolio generierten Geschäftsvolumen trägt das Geschäftsfeld Financial Markets der Bremer Landesbank wesentlich zu bilanzrelevanten Positionen des Konzerns bei.

Im Rahmen der unterjährigen Refinanzierung und Liquiditätssteuerung nutzte die Bremer Landesbank auch in 2013 neben dem Interbanken- und dem Repo-Markt laufend die verschiedenen Instrumente der Europäischen Zentralbank. Das operative Geld- und Kapitalmarktgeschäft wurde in einem Marktumfeld durchgeführt, das in 2013 erneut durch die länder- und institutionenübergreifenden Bemühungen zur Begrenzung der Folgen der andauernden Euro-Krise auf die Finanz- und Realmärkte gekennzeichnet war. Ab Jahresmitte war eine Beruhigung der Lage mit mittel- bis langfristig positiv einzuschätzenden realwirtschaftlichen Signalen zu beobachten. Insgesamt konnten die operativen Aktivitäten des Geschäftsfeldes Financial Markets der Bremer Landesbank erfolgreich zur Erzielung des erreichten Segmentergebnisses eingesetzt werden.

Das Geschäftsfeld gliedert sich in die Strategischen Geschäftseinheiten: Kommunen, Sparkassen und Institutionelle Kunden.

Kommunen

Ein weiterer Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten im Verbund bleibt die Refinanzierung der öffentlichen Hand. Neben den eigenen Finanzierungsangeboten gegenüber Gebietskörperschaften bildete die Unterstützung der Verbundsparkassen bei deren Finanzierung der öffentlichen Hand einen weiteren Teil der Vertriebsaktivitäten.

Sparkassen

Das im Geschäftsfeld Financial Markets ebenfalls betriebene Verbundgeschäft der Bremer Landesbank wurde in 2013 mit der ganzheitlichen Betreuung der verbundenen Sparkassen mit Erfolg fortgesetzt. In einem nicht leichten wirtschaftlichen Umfeld mit ausgeprägten Wettbewerbsstrukturen ist es erneut gelungen, das Ergebnisniveau zu halten.

Im Konsortialgeschäft mit Firmenkunden der verbundenen Sparkassen standen neben dem klassischen Finanzierungsgeschäft erneut das Zins- und Währungsmanagement sowie das dokumentäre Auslandsgeschäft im vertrieblichen Fokus.

Daneben hat die Bremer Landesbank die Verbundsparkassen an ihrem erfolgreichen Spezial- und Projektfinanzierungsgeschäft durch Syndizierungen teilhaben lassen.

Institutionelle Kunden

Die Sales-Einheiten des Geschäftsfeldes verzeichneten in 2013 einen anhaltend intensiven Beratungs- und Betreuungsbedarf in Geld-, Devisen- und Derivateprodukten bei konjunkturell bedingt verhaltenen Umsätzen.

Geschäftsfeld Privatkunden

Der Einfluss der globalen Finanzmarktkrise auf das Privatkundengeschäft bleibt weiterhin stark spürbar. Das sehr erfolgreiche Jahr an den Kapitalmärkten mit neuen Höchstständen in den Indizes wurde von den privaten Investoren nur verhalten genutzt. Verunsicherung und Vorsicht bleiben prägend für das Kundenverhalten. Angesichts der nur langsam abflauenden Staatsschuldenkrise verharrt das Zinsniveau perspektivisch auf niedrigem Niveau. In der Folge besteht ein erhöhter Informationsbedarf bei den Kunden, dem die Bremer Landesbank mit ihrem professionellen Kundenmanagement aktiv begegnet.

Das Bedürfnis der Kunden nach professioneller Begleitung zeigt sich auch in einem erneuten deutlichen Anstieg der „Assets under Management“. Das von unserem Asset- und Portfoliomanagement als Kompetenzcenter gesteuerte Vermögensverwaltungsportfolio überzeugte mit dem hier konzipierten und umgesetzten SIP®-Investmentprozess. Die Ergebnisse dieses SIP®-Investmentprozesses kommen insbesondere in den Vermögensverwaltungen, der SIP®-Fondsfamilie sowie im Beratungsprozess zum Tragen.

Ein wesentlicher Baustein für die positiven Ergebnisse ist die konsequente Umsetzung des ganzheitlichen Beratungsansatzes. Dieser wird im Private Banking durch einen streng definierten und permanent qualitätsgesicherten Beratungsprozess gewährleistet und mittels unseres finanzplanerischen Vermögenskonzeptes methodisch unterstützt.

Neben der privaten Lebenssituation werden im Rahmen der ganzheitlichen Beratung auch die geschäftlichen Aspekte bei Unternehmern betrachtet. Hier kooperiert das Geschäftsfeld Privatkunden sehr eng mit den anderen Marktbereichen der Bank. Dadurch konnte der als „Unternehmerbanking“ umschriebene Beratungsansatz für Unternehmer erfolgreich ausgebaut und die bestehenden Kundenbeziehungen zur Bremer Landesbank gefestigt werden.

Fokus im Aktivgeschäft sind die Aktivitäten für individuelle Investoren und Freiberufler. Für diese Kundengruppen werden hochwertige, maßgeschneiderte Lösungen im Sinne der definierten Leistungsfelder angeboten.

2.3.5 Gesamtaussage

Die beträchtlichen Schwierigkeiten an den Schiffahrtsmärkten hatten im Jahr 2013 deutlichen Einfluss auf das handelsrechtliche Ergebnis der Bremer Landesbank. Die Auswirkungen konnte die Bank jedoch aufgrund ihrer operativ guten Erträge verkraften. Das unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen erzielte Ergebnis des Jahres 2013 betrachtet die Bank als zufriedenstellend. Damit wird die Ausrichtung der Bremer Landesbank als Regionalbank – mit überregionalem Spezialfinanzierungsgeschäft – im und für den Nordwesten bestätigt. In enger Zusammenarbeit mit den Sparkassen und den Verbundpartnern hat sie sich nachhaltig als führende Bank in der Region positioniert und etabliert und ist nach wie vor größter Partner der mittelständischen Wirtschaft im Nordwesten. Mit ihrem tragfähigen Geschäftsmodell hat die Bremer Landesbank sich gut positioniert, um ihre geschäftliche Entwicklung im Jahr 2014 unter weiterhin schwierigen Rahmenbedingungen zielgerichtet weiter voranzutreiben.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Lage der Bank nach Abschluss des Geschäftsjahres 2013 sind bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses nicht eingetreten.

4. Prognose- und Chancenbericht

4.1 Chancen

Die schwierige konjunkturelle Lage an den Schifffahrtsmärkten hat im Jahr 2013 deutlichen Einfluss auf das Ergebnis der Bremer Landesbank gehabt. Dieser wird aller Voraussicht nach auch im kommenden Jahr spürbar bleiben. Sollte die Markterholung schneller als allgemein erwartet einsetzen, ergeben sich Chancen auf ein verbessertes Ergebnis der Bank.

Unterstützende Impulse im Geschäft werden von den diversen Konjunkturmaßnahmen der öffentlichen Hand, aber auch von der Geschäftsausweitung in Zukunftsbranchen erwartet. Die Anerkennung des Nordwestens als Metropolregion kann der regionalen Wirtschaft, insbesondere dem Mittelstand, zu weiterem Wachstum verhelfen, ebenso wie umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen entlang von Straße, Schiene und Wasserwegen sowie Großprojekte, wie z. B. in der Hafenwirtschaft.

Der Wettbewerb im Kreditgewerbe wird weiter zunehmen. Speziell der in der Vergangenheit oftmals untergewichtete Mittelstand ist mittlerweile in den Fokus der Großbanken geraten. Mit Blick auf Wettbewerbsvorteile wie ortsansässige Beratung, kurze Entscheidungswege und Kapitalmarkt-kompetenz vor Ort, Expertise im Auslandsgeschäft und eine umfangreiche Produkt- und Leistungs-palette ist die Bremer Landesbank dennoch zuversichtlich, sich im Wettbewerb um dieses risikoarme und ertragreiche Geschäft nicht nur zu behaupten, sondern ihre Marktanteile durchaus noch weiter ausbauen zu können.

Die nachhaltig gestärkte Kooperation mit den verbundenen Sparkassen und Landesbanken, kurze Entscheidungswege und hohe Reaktionsgeschwindigkeit bilden Erfolg versprechende Rahmenbedingungen für eine weitere solide Entwicklung des Ergebnisses in den Kerngeschäftsfeldern.

Mit ihrem tragfähigen Geschäftsmodell hat die Bremer Landesbank sich gut positioniert, um ihre geschäftliche Entwicklung im Jahr 2014 unter weiterhin schwierigen Rahmenbedingungen zielgerichtet weiter voranzutreiben.

4.2 Prognose

Wesentliche Annahmen der Prognose

Die Planung basiert auf der konzerneinheitlichen „Mittelfristprognose 2018“. Grundlegende Annahmen bilden ein Rahmenwerk für: weltwirtschaftliche Entwicklung, reales Welthandelsvolumen, Rohölpreis, BIP-Wachstum in den USA, Wachstumsdynamik in den Emerging Markets und US-Dollar-Entwicklung. Von diesem Rahmenwerk werden die Makroprognosen für Deutschland, Euroland und die wesentlichen Auslandsmärkte abgeleitet.

Die detaillierte Prognose für Zinsen und Spreads umfasst einzelne Finanzinstrumente in differenzierten Laufzeitbändern. Die Prognose für Wechselkurse wird für die wesentlichen, relevanten Wechselkurse vorgenommen.

Die Entwicklung zentraler Produktgruppen wird für unter anderem Kredite an inländische Nichtbanken, Unternehmen und Selbstständige abgeschätzt.

Für die Risikovorsorge im Schiffsbereich wird gegenüber den Vorjahren von einer langsamer einsetzenden Erholung der Charterraten ausgegangen. Das Niveau der Boomjahre wird mittelfristig nicht mehr erreicht werden.

Im Bereich der Sachaufwendungen erfolgt eine Prognose für die Preisentwicklung zentraler Kostenblöcke wie EDV, Mieten etc.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Nach den Einschätzungen der Bank wird der Jahresüberschuss im Jahr 2014 leicht ansteigen. Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen angemessener Dividendenhöhe und weiterer Kapitalstärkung wird angestrebt.

Eine Inanspruchnahme staatlicher Unterstützungsmaßnahmen wird nach den Planungen der Bank weiterhin nicht erforderlich sein.

Im kommenden Jahr wird sich das Zinsergebnis aufgrund von sich wieder auf Normalniveau reduzierenden Gewinnabführungen von Tochtergesellschaften auf leicht niedrigerem Niveau bewegen.

Im Jahr 2014 sollte sich das Provisionsergebnis auf dem 2013 erreichten Niveau stabilisieren.

Das Nettoergebnis des Handelsbestandes ist aufgrund der kurzfristigen Natur der Geschäfte und der Marktschwankungen volatil und entsprechend schwer zu prognostizieren. In ihren Planungen geht die Bank jedoch unverändert von guten Chancen aus, auch in 2014 ähnlich erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren wie im vergangenen Jahr.

Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen lässt sich nur schwer planen. Die Bank geht von weiterhin spürbaren Zinseffekten im Bereich der Pensionsrückstellungen aus und rechnet im Prognosezeitraum wegen geringer ausfallender Sondereffekte mit einem deutlich geringeren sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Für das Jahr 2014 wird ein weiterer leichter Anstieg der Personalaufwendungen erwartet, da der geltende Tarifvertrag im Sommer ausläuft und sich der Rechnungszins für Pensionsrückstellungen weiter reduzieren wird. Für die anderen Verwaltungsaufwendungen erwartet die Bank im kommenden Jahr einen spürbaren Rückgang.

Der Risikovorsorgebedarf im Jahr 2014 wird nach den Einschätzungen der Bank weiterhin durch die erheblichen Schwierigkeiten an den Schifffahrtsmärkten geprägt sein. Die allseits erhoffte Erholung

wird sich nur langsam einstellen. Seit 2010 wird die Höhe der Risikovorsorge in der Bremer Landesbank insbesondere durch die Entwicklungen in der Handelsschifffahrt bestimmt. Sofern in 2014 in diesem Bereich keine Markterholung einsetzt, dürfte sich die Risikovorsorge erneut auf einem hohen Niveau bewegen, jedoch aller Voraussicht nach das Niveau des Jahres 2013 unterschreiten. Abweichungen von den im Schifffahrtsbereich unterstellten Bewertungsparametern (z. B. eine weitere Verzögerung der Markterholung) können erhebliche Auswirkungen auf die Höhe der Risikovorsorge bewirken.

Leistungsindikatoren

Es wird erwartet, dass der Return on Equity nach dem unter den vorgefundenen Rahmenbedingungen zufriedenstellenden Ergebnis des Jahres 2013 in der Prognoseperiode wieder leicht ansteigen wird. Die Cost-Income-Ratio wird sich im Jahr 2014 auf etwas höherem Niveau als im Jahr 2013 bewegen. Die Risikoquote wird im Prognosezeitraum voraussichtlich leicht absinken. Nach den Planungen der Bank werden die Risikoaktiva im Prognosezeitraum spürbar ansteigen. Für die Risikotragfähigkeit wird unter Berücksichtigung der geplanten Maßnahmen zum Jahresende 2014 weiterhin ein grüner Ampelstatus im Going-Concern-Szenario erwartet.

4.3 Gesamtaussage

Die Schwierigkeiten an den Schifffahrtsmärkten hatten im Jahr 2013 deutlichen Einfluss auf das handelsrechtliche Ergebnis der Bremer Landesbank. Die Auswirkungen konnte die Bank jedoch aufgrund ihrer operativ guten Erträge verkraften. Die Bank geht davon aus, dass die operativen Erträge auch im Jahr 2014 stabil bleiben werden.

5. Risikobericht

5.1 Steuerungssysteme

5.1.1 Generelles Risikomanagement

Risikomanagement – Grundlagen und Anwendungsbereich

Als Risiko definiert die Bremer Landesbank aus betriebswirtschaftlicher Sicht die Möglichkeit direkter oder indirekter finanzieller Verluste aufgrund unerwarteter negativer Abweichungen der tatsächlichen von den prognostizierten Ergebnissen der Geschäftstätigkeit.

Die Bank führt mindestens einmal jährlich bzw. anlassbezogen einen bereichsübergreifenden Prozess zur Herleitung eines Gesamtrisikoprofils nach den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) AT 2.2 bzw. AT 4.5 durch. Das Gesamtrisikoprofil bildet die für die Bank relevanten Risikoarten ab. Ergänzend erfolgt eine weitere Differenzierung zwischen wesentlichen und nicht wesentlichen Risiken. Wesentlich sind in diesem Zusammenhang alle relevanten Risikoarten, welche die Kapitalausstattung, die Ertragslage, die Liquiditätslage oder das Erreichen von strategischen Zielen der Bank wesentlich beeinträchtigen können.

Als für die Bank wesentliche Risiken gelten Adressrisiken (Kredit- und Beteiligungsrisiken), Marktrisiken, Liquiditätsrisiken und operationelle Risiken. Als relevant gelten daneben Geschäfts- und strategische Risiken inkl. Verbundrisiko, Reputationsrisiken, Syndizierungsrisiken, Modellrisiken und Immobilienrisiken.

Die Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung des Risikomanagementprozesses werden Kreditinstituten bzw. Kreditinstitutsgruppen auf der Grundlage von § 25a des KWG durch die MaRisk vorgegeben. Demnach umfasst eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation unter anderem die Festlegung von Strategien auf der Grundlage von Verfahren zur Ermittlung und Sicherstellung der Risikotragfähigkeit, die sowohl die Risiken als auch das zu deren Abdeckung vorhandene Kapital beinhalten.

Das Risikomanagementsystem der Bremer Landesbank umfasst ausschließlich die Risiken.

Risikomanagement – Strategien

Die Risikopolitischen Grundsätze der Bremer Landesbank entsprechen denen der NORD/LB-Gruppe. Die Handbücher, Methodenhandbücher und Fachkonzepte der NORD/LB-Gruppe werden durch institutsspezifische Dokumente der Bremer Landesbank konkretisiert oder ergänzt.

Die Bremer Landesbank lebt eine offene Risikokultur und fördert damit den bewussten Umgang mit Risiken. Die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten sind in der Bank klar geregelt. Die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement einschließlich der anzuwendenden Methoden und Verfahren zur Risikomessung, -steuerung und -überwachung trägt der Gesamtvorstand.

Der Vorstand hat eine nachhaltige Geschäftsstrategie sowie eine dazu konsistente Risikostrategie festgelegt. Diese orientiert sich an den Vorgaben der MaRisk und an der Risikostrategie für die NORD/LB-Gruppe. In der Strategie spiegelt sich die nachhaltige Risikopolitik des Geschäftsmodells der Bremer Landesbank wider. Sie dient als Leitlinie für die Bremer Landesbank und enthält Aussagen zu den risikopolitischen Grundsätzen und der Organisation des Risikosteuerungsprozesses der wesentlichen Risikoarten. Die Risikostrategie wird mindestens jährlich überprüft, dem Aufsichtsrat der Bremer Landesbank zur Kenntnis gegeben und mit ihm erörtert.

Risikomanagement – Struktur und Organisation

Der Vorstand hat ein Risikomanagementsystem eingerichtet, das die gesetzlichen Anforderungen erfüllt und den internen betriebswirtschaftlichen Anforderungen gerecht wird. Das Risikomanagementsystem beinhaltet die Gesamtheit aller organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zur Risikoerkennung und zum Umgang mit den Risiken aus dem Bankgeschäft. Der Risikomanagementprozess unterliegt einer stetigen Überprüfung und Weiterentwicklung hinsichtlich der Aufbau- und Ablauforganisation, der Methodik der Risikoquantifizierung sowie der Aktualität relevanter Parameter.

Im Rahmen des Prozessschrittes Risikoidentifikation (Risikoinventur) werden die für die Bank relevanten Risikoarten mindestens jährlich sowie anlassbezogen identifiziert und auf ihre Wesentlichkeit analysiert. Die wesentlichen Risiken durchlaufen danach die weiteren Prozessschritte Risikobewertung, Risikoreporting sowie Risikosteuerung und Überwachung. Die Prozessschritte werden laufend in einem von der Risikoart abhängenden Rhythmus durchgeführt. Die Instrumentarien zur Risikosteuerung werden sowohl durch betriebsorganisatorische Maßnahmen als auch durch die Anpassung von Risikomess- und Risikosteuerungsparametern laufend verfeinert.

Das bankweit veröffentlichte Risikohandbuch hat die Funktion eines Klammerdokuments und verbindet die drei Dimensionen Strategien, Methoden und Prozesse. Es trägt zu einem einheitlichen Risikoverständnis innerhalb der Bank bei, ist Basis für die Weiterentwicklung des Risikobewusstseins und schafft die notwendige Transparenz. Konkretisierungen und Details werden in risikoartenspezifischen Risikohandbüchern, Rahmendokumenten und Arbeitsanweisungen geregelt und durch Vorstandsbeschlüsse ergänzt. Im Rahmen der Anforderungen an die schriftlich fixierte Ordnung werden die Dokumente des Risikomanagementsystems regelmäßig aktualisiert.

Die Bank hat risikoartenspezifische Frühwarnindikatoren eingerichtet, die dazu beitragen, latente Risiken frühzeitig zu identifizieren und zu analysieren und an die zuständigen Entscheidungsträger weiterzuleiten.

Grundsätzlich sind der Vorstand und die am Risikomanagementsystem beteiligten Organisationseinheiten in gruppenweite Gremien einbezogen, um die Vorgaben der Risikostrategie der NORD/LB-Gruppe einzuhalten. Gruppenweite methodische Standards werden so gewährleistet und weiterentwickelt bzw. abweichende institutsspezifische Regelungen abgestimmt.

Das Risikocontrolling ist auf Gesamtbankebene dafür verantwortlich, die verschiedenen Risiken zu identifizieren, messbar zu machen, zu bewerten und darüber zu informieren. Die Gruppen Marktrisiko/Bewertungsmethoden, Aufsicht/Liquiditätsrisiko und Risikotragfähigkeit/Kreditrisiko entwickeln in Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe die Methoden, implementieren die notwendigen Systeme, überwachen den gesamten Risikomanagementprozess und berichten über die Risiken. Die Risikosteuerung erfolgt in den vier Geschäftsfeldern und dem Bereich Marktfolge Finanzierungen innerhalb vorgegebener Rahmenbedingungen.

Die Interne Revision prüft risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des gesamten Risikomanagements und des internen Kontrollsystems sowie die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftstätigkeit. Unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit und unter Vermeidung von Interessenkonflikten begleitet sie wesentliche Projekte und wird beratend tätig.

Die Bankorganisation verantwortet das Interne Kontrollsystem (IKS) der Bank als Teil der prozess- und risikoorientierten Aufbau- und Ablauforganisation und fördert somit die Prozesssicherheit, die Optimierung der Geschäftsabläufe und das Risikobewusstsein im Unternehmen. Das Interne Kontrollsystem ist in der Bremer Landesbank einheitlich strukturiert. Das hierzu eingeführte IKS-Rahmenwerk, welches sich am Rahmenwerk des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission (COSO) für interne Kontrollen orientiert, beinhaltet eine spezifische Ablauf- und Aufbauorganisation. Durch die Anwendung standardisierter Methoden und Verfahren soll ein bankweit angemessenes sowie wirksames IKS sichergestellt und eine nachhaltige Optimierung angestrebt werden.

Der Bereich Compliance fungiert als zentrale Beratungs- und Überwachungsstelle zur Einhaltung der Anforderungen an die Bank, unter anderem in den Themenbereichen Wertpapier-Compliance, Geldwäscheprävention, Finanzsanktionen und Verhinderung sonstiger strafbarer Handlungen und Outsourcing nach MaRisk. Er berichtet direkt an den Vorstand.

Der Neue-Produkte-Prozess regelt den Umgang mit neuen Produkten, neuen Märkten, neuen Vertriebswegen und neuen Dienstleistungen. Wesentliches Ziel des Neue-Produkte-Prozesses ist es, dass alle Auswirkungen der neuen Geschäftsaktivität auf das Risikoprofil und das Risikomanagement im Vorfeld der Geschäftsaufnahme aufgezeigt, analysiert und bewertet werden. Die Aufnahme der neuen Geschäftsaktivität wird abschließend durch den Vorstand beschlossen.

Das Risikoberichtssystem gewährleistet die frühzeitige Risikoerkennung und stellt dem Vorstand die für die Risikosteuerung nötigen Informationen, auf Anforderung auch weitere Analysen und Zwischenberichte zur Verfügung und unterstützt die dezentrale Risikosteuerung in den Geschäftsfeldern.

Mit dem monatlichen Bericht über die Risikotragfähigkeit erfolgt die Überwachung der in der Risikostrategie verabschiedeten Risikokapitalallokation und der Risk Weighted Assets (RWA)-Obergrenzen. Der Vorstand erhält im Rahmen der Risikoerberichterstattung regelmäßig und anlassbezogen weitere risikoartenspezifische Berichte.

Dem Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss (künftig: Risikoausschuss), einem Ausschuss des Aufsichtsrates, wird fünfmal pro Jahr über die Risikosituation berichtet.

Weiterführende Aussagen zur Organisation des Risikomanagements sowie zu den einzelnen Berichten finden sich in den folgenden Teilabschnitten je Risikoart.

Risikomanagement – Risikotragfähigkeitsmodell

Die Bremer Landesbank hat in einem mehrstufigen Prozess das Gesamtrisikoprofil ermittelt. Es bildet die für die Bank relevanten Risiken ab und unterscheidet zwischen wesentlichen und nicht wesentlichen Risikoarten. Wesentlich sind in diesem Zusammenhang alle Risikoarten, die die Kapitalausstattung, die Ertragslage, die Liquiditätslage oder das Erreichen von strategischen Zielen wesentlich beeinträchtigen können. Das Gesamtrisikoprofil der Bremer Landesbank wird jährlich sowie anlassbezogen überprüft (Risikoinventur) und bei Bedarf angepasst.

Risiko/Subrisiko (Risikouniversum)			relevant	wesentlich		
Adressrisiken	Kreditrisiken	Klassisches Kreditrisiko		x	x	
		Adressrisiko des Handels	Ausfallrisiko im Handel			
			Wiedereindeckungsrisiko			
			Settlementrisiko			Vorleistungsrisiko
						Abwicklungsrisiko
	Emittentenrisiko					
Beteiligungsrisiken			x	x		
Marktpreisrisiken	Zinsrisiken	Allgemeines Zinsrisiko		x	x	
		Besonderes Zinsrisiko				
	Währungsrisiken					
	Aktienkursrisiken					
	Fondspreisrisiken					
	Volatilitätsrisiken					
	Credit-Spread-Risiken					
Rohwarenrisiken		—	—			
Liquiditätsrisiken	Klassisches Liquiditätsrisiko		x	x		
	Refinanzierungsrisiko					
	Marktliquiditätsrisiko					
Operationelles Risiko	Operationelle Risiken		x	x		
	Rechtsrisiko					
	Reputationsrisiko als Folgerisiko					
	Compliance-Risiko					
	Outsourcing-Risiko					
	Fraud-Risiko					
Veritätsrisiko						
Weitere Risiken	Geschäfts- und strategische Risiken inkl. Verbundrisiken		x	—		
	Reputationsrisiken		x	—		
	Syndizierungsrisiken		x	—		
	Modellrisiken		x	—		
	Immobilienrisiken		—	—		
	Pensionsrisiken		—	—		
	Versicherungstechnische Risiken		—	—		
	Restwertrisiken		—	—		
Kollektivrisiken		—	—			

Die aus den wesentlichen Risiken der Bremer Landesbank resultierenden Risikopotenziale müssen durch das Risikodeckungskapital laufend abgedeckt sein. Die Überwachung erfolgt auf Grundlage des Risikotragfähigkeitsmodells (RTF-Modell).

Das RTF-Modell besteht aus drei Säulen:

- Die erste Säule stellt die Going-Concern-Sicht dar und geht von der Unternehmensfortführung auf Basis des bestehenden Geschäftsmodells aus, auch dann, wenn alle zur Verfügung stehenden Deckungsmassen aufgezehrt worden sind. Diese Säule ist maßgeblich für die Beurteilung der Risikotragfähigkeit gemäß den MaRisk. Die Risikomessung basiert auf einem definierten Konfidenzniveau von 90 % und stellt die gesamten ökonomisch ermittelten Risikopotenziale dem Risikokapital gegenüber. Das Risikokapital wird im Zuge einer Engpassbetrachtung aus den freien Eigenmitteln gemäß Solvabilitätsverordnung (SolV) zu festgelegten Mindestquoten (Gesamtkapital und Kernkapital) ermittelt und bezüglich verschiedener Aspekte angepasst. Der Fokus liegt auf dieser ersten Säule.
- Die zweite Säule wurde als Gone-Concern-Sicht (Liquidationsszenario) ausgestaltet. Sie wird als Nebenbedingung weitergeführt. In der Gone-Concern-Säule wird bei der Ermittlung des Risikopotenzials auf ein höheres Konfidenzniveau von 99,9 % abgestellt. Die Risikomessung reflektiert schwerwiegende Ereignisse, welche in dieser Höhe statistisch circa alle 1.000 Jahre auftreten. Kapitaleseitig werden sämtliche Eigenkapital- und eigenkapitalnahen Bestandteile und stille Lasten einbezogen. Eine Berücksichtigung von unterjährig risikokapitalwirksamen Effekten wird durchgeführt. Bei Verzehr des zur Abdeckung der Risiken benötigten Kapitals wäre eine Fortführung der Bank unter ansonsten unveränderten Annahmen grundsätzlich nicht mehr möglich.
- In der dritten Säule, der Regulatorik, wird die Risikotragfähigkeit auf Basis der regulatorischen Vorgaben geprüft. Kapitaleseitig wird auf alle aufsichtsrechtlichen Kapitalbestandteile abgestellt. Diese Sichtweise ist als strenge Nebenbedingung einzuhalten.

Stressbetrachtungen ergänzen alle drei Säulen. Die Stresstests basieren auf den Geschäfts- und Risikoschwerpunkten der Bremer Landesbank. Alle Stressszenarien sind risikoartenübergreifend ausgestaltet und haben eine Risikokapital- und eine Risikopotenzialwirkung. In 2013 erfolgten eine Weiterentwicklung der bestehenden Stressszenarien und eine Einbindung inverser Stressbetrachtungen in die Stresstestlandschaft der Bremer Landesbank. Für 2014 sind eine laufende Weiterentwicklung und eine Einbindung der Ergebnisse in die bestehende Reportinglandschaft geplant.

Die Ermittlung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt auch Risikokonzentrationen, sowohl innerhalb einer Risikoart als auch über Risikoarten hinweg. Konzentrationen innerhalb einer Risikoart betreffen maßgeblich Kreditrisiken als bedeutendste Risikoart der Bremer Landesbank. Diese werden über das interne Kreditrisikomodell in das RTF-Modell integriert. Risikoartenübergreifende Konzentrationen werden mit den gezielten Stresstests regelmäßig überwacht und berichtet.

Die sich aus der Geschäftsstrategie ergebenden Konzentrationsschwerpunkte in den Branchen Handelsschifffahrt, Energie und den sich abbauenden Altbeständen bei Kreditinstituten werden zur Vermeidung von Risikokonzentrationen strategisch limitiert.

Die Bremer Landesbank strebt eine hohe Diversifikation des Geschäftsportfolios durch Aussteuerung mit Assetklassen an, die unterschiedlichen Marktzyklen unterliegen. Hierbei zielt sie langfristig auf einen Geschäftsmix ab, der ein Gleichgewicht des großvolumigen Spezialfinanzierungsgeschäfts mit Schiffs- und Energiekunden auf der einen Seite und granularem Geschäft aus den Aktivitäten mit Privat- und Firmenkunden auf der anderen Seite sicherstellt. Durch diesen Mix sollen die Bildung von Klumpenrisiken begrenzt und das Portfolio insgesamt weniger zyklusanfällig werden.

Die Risikoneigung der Bank wird nach Abzug eines Puffers durch den Vorstand der Bank in der Risikostrategie festgelegt. Es sind operative Limite für jede Risikoart festgelegt. Parallel erfolgt die Kapitalallokation auf die Geschäftsfelder der Bank in Form von Obergrenzen für die risikogewichteten Aktiva. Die genannten Kennzahlen und Limite werden im Rahmen der monatlichen Berichterstattung überwacht.

Die RTF-Berichterstattung wurde in 2013 um eine laufende Prognose auf den Jahresultimo sowie auf das Ende des Folgejahres erweitert. Hierdurch erfolgte eine zeitnahe Überwachung der Auswirkungen, der aktiven Steuerung der Risikotragfähigkeit auf den Auslastungsgrad und die regulatorischen Gesamtkennziffern.

5.1.2 Kreditrisiko – Management

Kreditrisiko – Strategie

Für die Bank stellen das Kreditgeschäft und somit das Management von Kreditrisiken eine Kernkompetenz dar, die es gilt, permanent weiterzuentwickeln und auszubauen. Das Selbstverständnis der Bank ist auch künftig, sich gegenüber den Kunden als zuverlässige Regionalbank mit überregionalem Spezialgeschäft zu positionieren.

Um den besonderen Erfordernissen jedes Geschäftsfeldes gerecht zu werden, hat die Bank für jedes Marktsegment Finanzierungsgrundsätze festgelegt, die für den zuständigen Marktbereich verbindliche Leitplanken für das Kreditneugeschäft darstellen. Der Fokus im Kreditneugeschäft liegt eindeutig auf Abschlüssen mit Kunden von guter Bonität. Für das Credit-Investment-Portfolio besteht ein Neugeschäftsverbot. Im Segment Schiffe beschränken sich die Neuabschlüsse auf Finanzierungen im Rahmen der Restrukturierung bestehender Kreditengagements.

Kreditrisiko – Struktur und Organisation

Das Adressrisiko (inklusive Länderrisiko) umfasst das Kreditrisiko und das Beteiligungsrisiko. Neben das originäre Adressrisiko tritt bei grenzüberschreitenden Transaktionen das Länderrisiko (Transferrisiko). Es beinhaltet die Gefahr, dass trotz Fähigkeit und Willigkeit der Gegenpartei, den

Zahlungsansprüchen nachzukommen, ein Verlust aufgrund übergeordneter staatlicher Hemmnisse entsteht.

Das Kreditrisiko untergliedert sich in das klassische Kreditrisiko und in das Adressrisiko des Handels.

- Das klassische Kreditrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Kreditschuldners ein Verlust eintritt.
- Das Adressrisiko des Handels bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Schuldners bzw. eines Vertragspartners bei Handelsgeschäften ein Verlust eintritt. Es gliedert sich in das Ausfallrisiko im Handel, das Wiedereindeckungs-, das Settlement- und das Emittentenrisiko.
 - Das Ausfallrisiko im Handel bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Schuldners ein Verlust eintritt. Es entspricht dem klassischen Kreditrisiko und bezieht sich auf Geldhandelsgeschäfte der Bereiche Geldmarkt bzw. Treasury.
 - Das Wiedereindeckungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass in einer schwebenden Transaktion mit positivem Barwert der Vertragspartner ausfällt und diese Transaktion mit Verlust wieder eingedeckt werden muss.
 - Das Settlement-Risiko untergliedert sich in das Vorleistungs- und das Abwicklungsrisiko. Das Vorleistungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass bei Erfüllung eines Geschäftes nach erbrachter eigener (Vor-)Leistung keine Gegenleistung durch den Vertragspartner erfolgt bzw. bei gegenseitiger Aufrechnung der Leistungen die Ausgleichszahlung nicht erbracht wird. Das Vorleistungsrisiko kann ausgeschlossen werden, wenn der Gegenwert vom Vertragspartner vorab valutengerecht angeschafft wird bzw. Zug um Zug anzuschaffen ist oder wenn entsprechende Deckung besteht. Das Abwicklungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Transaktionen zum vertraglich vereinbarten Erfüllungszeitpunkt oder nach dessen Ablauf beidseitig nicht abgewickelt werden können.
 - Das Emittentenrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder aufgrund der Bonitätsverschlechterung eines Emittenten oder eines Referenzschuldners (Kreditderivate) ein Verlust eintritt.

Die Aufbauorganisation der Bremer Landesbank gewährleistet für das Kreditgeschäft eine funktionale Trennung der Marktbereiche von der Marktfolge bzw. dem Risikocontrolling bis auf Vorstandsebene. Die Aufgaben der unabhängigen Marktfolge werden vom Bereich Marktfolge Finanzierungen, die Aufgaben der unabhängigen Überwachung der Risiken auf Portfolioebene und das unabhängige Berichtswesen der OE Risikotragfähigkeit/Kreditrisiko im Bereich Gesamtbanksteuerung wahrgenommen.

Das von der Bank gewählte Modell zur Funktionstrennung im Kreditentscheidungsprozess trägt ihrer strategischen Ausrichtung als Regionalbank mit überregionalem Spezialfinanzierungsgeschäft

Rechnung, indem die Kreditentscheidung sowohl eine qualitativ hochwertige Risikoanalyse im Rahmen des Marktquotums als auch ein Zweitvotum der Marktfolge voraussetzt, welche damit die unabhängige und einheitliche Qualitätssicherungsfunktion für die Risikobeurteilung im Kreditgeschäft übernimmt. Die Marktfolge ist neben der Erstellung des Zweitvotums für die Überprüfung und Festsetzung des Ratings, die Überprüfung von Sicherheitenwerten, die Bearbeitung und Betreuung der Sanierungs-/Abwicklungsfälle und der Risikovorsorge sowie die Gestaltung der Prozesse und Regelwerke des Kreditgeschäftes der Bank zuständig. Der Bereich Marktfolge überwacht unabhängig von den Marktbereichen die Risiken auf Einzelkreditnehmerebene bzw. der Teilportfolioebene. Ferner obliegen dem Bereich die Optimierung und Qualitätssicherung des gesamten Kreditprozesses (Markt, Marktfolge) sowie die zentrale Zuständigkeit für die Regularien und die Meldungen gemäß §§ 13 und 14 KWG.

Ab bestimmten Größenordnungen werden Entscheidungen durch den Vorstand, den Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss (AAKA, künftig: Risikoausschuss) bzw. dessen Vorsitzenden getroffen. Dem AAKA ist durch den Aufsichtsrat die Aufgabe übertragen, in regelmäßig stattfindenden Sitzungen insbesondere den Vorstand in der laufenden Geschäftsführung nach den Weisungen des Aufsichtsrates zu überwachen und die Sitzungen des Aufsichtsrates vorzubereiten.

Basis der operativen Tätigkeiten im Kreditgeschäft sind die in den Organisationsrichtlinien der Bank enthaltenen Arbeitsanweisungen und internen Richtlinien, insbesondere die Kredit-, Zuständigkeits-, Votierungs-, Sicherheiten- und Ratingrichtlinien, welche die wesentlichen Grundsätze der Kreditvergabe enthalten.

Die gesamte Methodenhoheit (Rating, Scoring, Risikomodellierung) ist im Risikocontrolling gebündelt.

Kreditrisiko – Sicherheiten

Für die Bemessung der Adressausfallrisiken sind neben der Bonität der Kreditnehmer bzw. der Kontrahenten auch die zur Verfügung gestellten banküblichen Sicherheiten und andere Risikominderungstechniken von wesentlicher Bedeutung. Die Bank nimmt daher zur Reduzierung des Adressausfallrisikos in- und ausländische Sicherheiten in Form von Gegenständen und Rechten (Beleihungsobjekten) herein. Bei der Hereinnahme von Sicherheiten wird auf die Verhältnismäßigkeit von Kosten und Nutzen der Besicherung geachtet.

Die Sicherheiten werden sowohl zum Zeitpunkt der Kreditgewährung als auch in der laufenden (mindestens jährlichen) Überwachung danach beurteilt, ob sie nach der voraussehbaren wirtschaftlichen Entwicklung während der (Rest-)Laufzeit des Kredites zu dem angenommenen Wert als verwertbar erscheinen. Es wird daher in jedem Einzelfall geprüft, ob der Wertansatz nach der besonderen Art der Sicherheit und nach ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Verwertbarkeit unter Würdigung der Person des Kreditnehmers und der Art des Kredites gerechtfertigt erscheint. Sofern sich bewertungsrelevante Einflussfaktoren geändert haben, wird die Bewertung entsprechend angepasst.

In den Kreditrichtlinien und Beleihungsgrundsätzen der Bank ist festgelegt, welche grundsätzlichen Arten von Sicherheiten und Beleihungsobjekten Verwendung finden sollen und bis zu welchem Anteil des Beleihungswertes (Beleihungsgrenze) ein Beleihungsobjekt maximal beliehen werden kann. Als Kreditsicherheiten werden insbesondere Bürgschaften, bürgschaftsähnliche Kreditsicherheiten, Sicherungsabtretungen von Forderungen und anderen Rechten, Pfandrechte an Forderungen und anderen Rechten, Grund- und Registerpfandrechte sowie Sicherungsübereignungen von beweglichen Sachen hereingenommen. Darüber hinaus können weitere Sicherheiten mit dem Kreditnehmer kontrahiert werden, die jedoch den Blankoanteil des Engagements nicht reduzieren.

Zur Berechnung der Kreditrisikominderung werden die relevanten Sicherheiten vollständig im Collateral-Management-System (CMS) erfasst. Die realistische Einschätzung der Sicherheiten-erlöse bzw. der Verlustquote bei Ausfall sowie der ausfallgefährdeten Beträge ermöglicht zusammen mit der Ausfallwahrscheinlichkeit eine detaillierte Quantifizierung der Verlustpotenziale aus den einzelnen Kreditengagements.

Der juristische Bestand der Sicherheiten wird in einem speziellen System zur Verwaltung von Sicherheiten gepflegt. Dieses bildet zugleich die Basis für die Anrechnung von Sicherheiten bei der Ermittlung der Eigenkapitalunterlegung sowie der aufsichtsrechtlichen Meldungen.

Um die juristische Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit der Sicherheiten zu gewährleisten, werden im Wesentlichen Standardverträge verwendet. Daneben werden externe Rechtsgutachten eingeholt bzw. die Vertragserstellung an autorisierte Rechtsanwaltskanzleien vergeben. Gleichzeitig wird ein permanentes Monitoring der relevanten Rechtsordnungen durchgeführt. Bei ausländischen Sicherheiten erfolgt dies auf Basis von Monitoringverfahren internationaler Anwaltskanzleien.

Kreditrisiko – Steuerung und Überwachung

Zur Steuerung der Risiken auf Einzelgeschäftsebene wird für jeden Kreditnehmer ein spezifisches Limit festgelegt. Die wesentlichen Parameter zur Ableitung dieses Limits sind die Bonität des Schuldners, ausgedrückt durch eine Ratingnote, sowie die ihm zur Verfügung stehenden freien Mittel zur Bedienung des Kapitaldienstes.

Die Risikobewertung der Engagements erfolgt mittels Ratingverfahren und im Rahmen definierter Kreditprozesse. Im Bestandsgeschäft wird – ausgehend von den Ergebnissen turnusmäßig oder anlassbezogen durchgeführter Ratingverfahren – ein Handlungsbedarf in den operativen Bereichen identifiziert. Wesentliche Rating- bzw. Bonitätsverschlechterungen lösen je nach Rating-/Bonitätsstufe und Engagementhöhe die Erstellung eines Sachstandsberichts oder einer Kreditüberwachungsvorlage aus.

Die Bank stellt weiterhin sicher, dass Engagements mit höherer Ausfallwahrscheinlichkeit in gesonderten Organisationseinheiten von besonders qualifizierten Mitarbeitern betreut werden. Höhere Engagementrisiken führen gemäß Kreditregularien zu Zwangsläufigkeiten in der Bearbeitung und Steuerung. Diese Engagements sind in wesentlich kürzeren Zeitintervallen (halbjährlich oder anlassbezogen bei Negativinformationen) vorzutragen. In Abhängigkeit von Ratingklasse und

Engagementhöhe reicht der Genehmigungsprozess bis in den Gesamtvorstand. Grundsätzlich gilt folgende Zuordnung:

1. Engagements ab Ratingklasse 9 sind „intensiv“ zu betreuen. Zu analysieren sind die Ursachen für die Situationsverschlechterung und die Engagementstrategie unter Kosten-Nutzen-Aspekten. Gegebenenfalls werden die Sicherheiten verstärkt, die Konditionen angepasst und die Berichterstattungspflichten des Kunden intensiviert. Die Betreuungszuständigkeit liegt weiterhin in der Markteinheit, die Bearbeitung verbleibt in der bisher bearbeitungszuständigen Marktfolgeeinheit. Die neu zu erstellende Engagementstrategie ist mit der Organisationseinheit Marktfolge Sanierung (OE MF Sanierung) abzustimmen.
2. Ab der Ratingklasse 12 erfolgt eine Übertragung der Betreuungs- und Bearbeitungszuständigkeit in die im Bereich Marktfolge Finanzierungen angesiedelte OE MF Sanierung. Dort erfolgt eine Überprüfung auf Sanierungsfähigkeit und -würdigkeit gegebenenfalls unter Einbeziehung externer Berater. Eine Neufestsetzung der Engagementstrategie ist unter Kosten-Nutzen-Aspekten vorgeschrieben. Gegebenenfalls erfolgt eine Absicherung des Sanierungskredites durch weitere adäquate Sicherheiten, eine Anpassung der Konditionen sowie eine Entscheidung über die Kündigung der Geschäftsverbindung.
3. Werden akute Ausfallrisiken erkannt, wird ein Prozess initiiert, der die zeitnahe Bildung, DV-Erfassung und Kommunikation einer Einzelwertberichtigung einheitlich in der Bank sicherstellt. Diese Engagements sind grundsätzlich neu zu bewerten, wobei der Ausfallgrund „EWB-Bildung“ zu erfassen ist. Aus der Einstufung ergeben sich die bereits aufgeführten Zwangsläufigkeiten. Bei erheblichem Risikovorsorgeneu-/mehrbedarf (ab 1 Mio. € im laufenden Jahr) wird über den Dezernenten Marktfolge der Gesamtvorstand unverzüglich informiert.
4. Gekündigte Engagements werden durch die OE Abwicklung bearbeitet; bei Kündigung des Engagements, Insolvenz oder Ähnlichem ist ein neues Rating zu erstellen, wobei der jeweilige Ausfallgrund zu erfassen ist.

Zur Identifizierung und Überwachung von Risikokonzentrationen auf Ebene der Kreditnehmereinheiten hat die Bank ein LEM-Limitmodell (LEM = Large Exposure Management) im Einsatz. Die Limitierung erfolgt dabei auf Basis wirtschaftlicher Verbünde, die mindestens Kreditnehmereinheiten nach § 19 Abs. 2 KWG, gegebenenfalls ergänzt um indirekte Obligos, umfassen. Das Modell erlaubt eine Bewertung des Risikokonzentrationsgehalts eines Engagements unter Berücksichtigung des Risikodeckungskapitals der Bank und der Risikopräferenzen der Geschäftsleitung sowie unter Berücksichtigung der Bonität des Kreditnehmers und der Besicherung der Forderung.

Das Limitmodell definiert für jedes Large Exposure Grenzen, anhand derer ein Engagement als unauffällig (Weiß-Bereich), risikokonzentrationsbehaftet (Grau-Bereich) oder stark risikokonzentrationsbehaftet (Schwarz-Bereich) klassifiziert wird. Ziel ist es, Engagements im Schwarz-Bereich zu reduzieren und im Grau-Bereich ein ausgewogenes Verhältnis von Risiko und Ertrag zu erhalten. Damit ist ein Schutz vor zu hohen Konzentrationen auf Adressebene gewährleistet.

Die Steuerung von Risiken auf Portfolioebene erfolgt im Wesentlichen auf Basis von Risikoaktivitäts-Obergrenzen für Geschäftsfelder sowie auf Basis von Länder- und Branchenlimiten. Die Obergrenzen werden aus der Risikotragfähigkeit der Bremer Landesbank abgeleitet.

Kreditrisiko – Verbriefungen

Die Bank ist zuletzt 2004 im Rahmen von Verbriefungstransaktionen als Investor aufgetreten und verfügt per Jahresresultimo über keinen Bestand mehr. Verbriefungen des eigenen Kreditgeschäftes hat die Bank – abgesehen vom traditionellen Pfandbriefgeschäft und von Kommunalobligationen – nicht vorgenommen.

Kreditrisiko – Bewertung

Grundlage zur individuellen Beurteilung des Adressausfallrisikos auf Kundenebene sind die in der Sparkassenfinanzgruppe entwickelten Ratingverfahren, die auf die jeweiligen Kundensegmente individuell zugeschnitten und bankaufsichtlich zugelassen sind. Neben den wirtschaftlichen Verhältnissen werden in Abhängigkeit von der Kundengruppe auch die Marktverhältnisse, die Produktqualität, die Wettbewerbssituation, das Management sowie Cashflow- und zukunftsbezogene Daten analysiert und beurteilt.

Mithilfe dieser Ratingverfahren wird die Ausfallwahrscheinlichkeit von Kreditnehmern und Kontrahenten ermittelt und einer entsprechenden Ratingklasse zugeordnet. Die Bremer Landesbank verwendet die Masterskala des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV).

Initiative Finanzstandort Deutschland	DSGV-Masterskala	Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit	Kundenklasse
Sehr gut bis gut	1 (AAAA)	0.00 %	Normalbetreuung
	1 (AAA)	0.01 %	
	1 (AA+)	0.02 %	
	1 (AA)	0.03 %	
	1 (AA-)	0.04 %	
	1 (A+)	0.05 %	
	1 (A)	0.07 %	
	1 (A-)	0.09 %	
	2	0.12 %	
	3	0.17 %	
Gut/zufriedenstellend	5	0.39 %	Intensivbetreuung
	6	0.59 %	
Noch gut/befriedigend	7	0.88 %	Intensivbetreuung
	8	1.32 %	
Erhöhtes Risiko	9	1.98 %	Intensivbetreuung
	10	2.96 %	
Hohes Risiko	11	4.44 %	Intensivbetreuung
	12	6.67 %	
Sehr hohes Risiko	13	10.00 %	Sanierung
	14	15.00 %	
	15	20.00 %	
	15B	30.00 %	
	15C	45.00 %	
Default (=Non-Performing Loans)	16	100.00 %	Abwicklung
	17	100.00 %	
	18	100.00 %	

Die Ratingverfahren stellen ein Instrument des aktiven Risikomanagements dar. Die Prognosequalität der Ratingverfahren jeder einzelnen Ratingkomponente und deren Zusammenwirken wird regelmäßig von den Ratingdienstleistern durch Backtesting und Validierung auf Basis der Datenpools geprüft. Diese Qualitätskontrollen bestätigen nicht nur die Einhaltung von Mindeststandards, sondern geben auch Impulse für Weiterentwicklungen.

Die Validierung der Ratingverfahren erfolgt über die beiden zentralen Ratingdienstleister der Sparkassenfinanzgruppe, die „Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH“ (S Rating), eine Tochtergesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), und die „Rating Service Unit GmbH & Co. KG“ (RSU), eine zusammen mit anderen Landesbanken gegründete Gesellschaft. Beide Ratingdienstleister gewährleisten ein internes Rating im Sinne der Solvabilitätsverordnung. Auf Basis eines strukturierten Prozesses wird die Bankenaufsicht regelmäßig über Änderungen und Weiterentwicklungen bei den Ratingverfahren und sonstigen IRBA-Systemen informiert.

Die Daten der Bremer Landesbank werden bei den beiden Ratingdienstleistern gepoolt. Aufgabe der Bremer Landesbank ist es jeweils, die Angemessenheit der auf Poolebene validierten Ratingmodule für das bankinterne Portfolio nachzuweisen (Repräsentativitätsnachweis).

Die Bank hat die Anforderungen der Solvabilitätsverordnung umgesetzt und unterlegt seit 2008 ihre Ausfallrisiken auf Basis des auf internen Ratings basierenden Ansatzes (Basis-IRBA) mit Eigenkapital.

Bei den Ratingsystemen der RSU engagiert sich die Bank bei der Weiterentwicklung der Methodik. Die Schwerpunkte liegen hier bei den Schiffs-, Projekt- und Leasingfinanzierungen, bei denen die Bank über eine besondere Expertise verfügt. Bei den Ratingsystemen der S-Rating engagiert sich die Bank in der Qualitätssicherung der Kommunikation der erarbeiteten Ergebnisse innerhalb der Sparkassenfinanzgruppe.

Zur Ermittlung der Länder- und Transferrisiken nutzt die Bremer Landesbank das volkswirtschaftliche Know-how der NORD/LB.

Die Module Banken, Corporates, Länder- und Transferrisiko, Leasing sowie das DSGV-StandardRating und das DSGV-KundenkompaktRating basieren auf Scorecard-Verfahren. Im Rahmen von Scorecard-Ansätzen werden Merkmale und Faktoren identifiziert, die die Fähigkeit aufweisen, zwischen guten und schlechten Kreditnehmern zu differenzieren. Voraussetzung für die Anwendung eines Scorecard-Ansatzes ist eine ausreichende Anzahl an relativ homogenen Kreditnehmern.

Da diese Voraussetzung bei Spezialfinanzierungen häufig nicht gegeben ist, kommt hier vorwiegend die Simulationstechnik zum Einsatz. So wird die Bewertung der Finanzierungen von Projekten, Schiffen und nationalen Immobilien mithilfe von Cashflow-Simulationsmodellen durchgeführt. Primäre Quelle für die Rückführung der Verbindlichkeit sind die Einkünfte aus dem

finanzierten Objekt. Das Kreditrisiko wird insofern durch die Schwankung der Einkünfte und Ausgaben des Objekts bestimmt. Im Simulationsverfahren wird der Cashflow des Objekts in verschiedenen Szenarien nachgebildet, die hinsichtlich der makroökonomischen und industrie-spezifischen Gegebenheiten variieren und die zukünftige Entwicklung von Faktoren wie z. B. Mieten und Charterraten simulieren. Unter der Vielzahl der Szenarien lassen sich im Anschluss diejenigen identifizieren, in denen der Kreditnehmer als ausgefallen gelten muss.

Im Rahmen der Ratingmodule werden sowohl bei den Scorecard- als auch bei den Simulations-verfahren neben den quantitativen auch qualitative Faktoren berücksichtigt. Im Anschluss sind noch Überschreibungsmöglichkeiten vorgesehen, Ratingverbesserungen sind jedoch nur begrenzt möglich. Zudem werden Warnsignale und der Konzernhintergrund einbezogen. Erst die Berücksichtigung dieser Aspekte führt dann zum endgültigen Ratingergebnis.

Im Jahr 2014 wird sich die Zusammenarbeit mit der NORD/LB, den in der RSU zusammen-geschlossenen Landesbanken und dem DSGV bei der Weiterentwicklung der Ratingverfahren fortsetzen. Ein Schwerpunkt wird die Aufarbeitung der segmentspezifischen Auswirkungen der Finanzmarkt- bzw. Schifffahrtskrise sein.

Die vollständige Bewertung des Kreditnehmers bzw. der Transaktion bildet die Grundlage für die Kreditgewährung, die Kreditrisikosteuerung und die risikoadjustierte Kreditbepreisung des erwarteten Verlustes. Eine wesentliche Rolle spielt hierbei die sich in den Ratingergebnissen widerspiegelnde Ausfallwahrscheinlichkeit der Kreditnehmer bzw. der Transaktionen. Über die Ausfall-wahrscheinlichkeit hinaus sind jedoch auch die Verlustquote, die Laufzeit, der ausfallgefährdete Betrag sowie weitere transaktionsspezifische Risiken (unter anderem Währung, Produkt) von zentraler Bedeutung.

Im Kontext der Kreditrisikosteuerung spielt der Begriff des Kreditexposures eine maßgebliche Rolle. Diese Zahl spiegelt den Gegenwert aller kreditrisikobehafteten Transaktionen mit einem Kontrahenten wider. Basis für die Berechnung des Kreditexposures sind die Inanspruchnahmen (bei Garantien der Nominalwert, bei Wertpapieren der Buchwert) und die Kreditäquivalente aus Derivaten (inklusive Add-on und unter Berücksichtigung von Netting). Unwiderrufliche und widerrufliche Kreditzusagen werden transaktionsspezifisch in das Kreditexposure eingerechnet, während Sicherheiten unberücksichtigt bleiben.

Die Quantifizierung des Ausfallrisikos (Kreditrisiko und Beteiligungsrisiko) erfolgt mit den Risiko-kennzahlen Erwarteter Verlust und Unerwarteter Verlust. Der Erwartete Verlust wird auf Basis einjähriger Ausfallwahrscheinlichkeiten (PD) unter Berücksichtigung von Verlustquoten ermittelt. Die Risikoprämie, die zur Abdeckung des Erwarteten Verlustes vereinnahmt werden muss, wird mit der Software CPC (Credit Pricing Calculator) berechnet.

Im Gegensatz zum Erwarteten Verlust besteht das eigentliche Risikopotenzial für die Bank in dem Unerwarteten Verlust risikobehafteter Geschäfte, d. h. in der Gefahr, dass tatsächlich eintretende Verluste höher ausfallen als erwartet.

Der Unerwartete Verlust wird für unterschiedliche Konfidenzniveaus und einen Zeithorizont von einem Jahr quantifiziert. Die Bank hat diesbezüglich 2009 ein konzernerweitliches ökonomisches Kreditrisikomodell eingeführt und 2013 erneut validiert und überarbeitet. Das Modell dient der Schätzung der Eintrittswahrscheinlichkeiten von Unerwarteten Verlusten (Unexpected Loss) unter Berücksichtigung von Portfolioeffekten (Konzentrations- und Diversifikationseffekte aufgrund von Korrelationen im Portfolio). Ziel ist die Überwachung und Begrenzung von Kreditrisiken auf Portfolioebene, insbesondere unter Einbeziehung von Adress- und Branchenkonzentrationen. Das Kreditrisikomodell wird stetig weiterentwickelt.

Kreditrisiko – Berichterstattung

Dem Vorstand werden im Rahmen der Risikoberichterstattung monatlich ein Bericht über die Intensivbetreuungs- und Problemengagements sowie die Entwicklung der Risikovorsorge (IPE-Bericht), ein Bericht über die Überwachung von Konzentrationsrisiken bei Kreditnehmereinheiten (LEM) und quartalsweise ein Kreditportfoliobericht vorgelegt.

- Im Rahmen des vom Bereich Marktfolge Finanzierungen auf Einzelkreditnehmerbasis erstellten Berichts über Intensivbetreuungs- und Problemengagements erfolgt eine enge Überwachung der Entwicklung potenziell problematischer und ausgefallener Kreditnehmer. Unter anderem können dadurch kurzfristige oder sich über einen längeren Zeitraum erstreckende strukturelle Veränderungen in diesem Portfolio bzw. hieraus abgeleitete Teilportfolien erkannt und Aktionsfelder für risikobegrenzende bzw. risikoreduzierende Maßnahmen identifiziert werden.
- Im Rahmen des LEM-Berichts wird über Kreditnehmereinheiten berichtet, die unter Berücksichtigung des Risikodeckungskapitals der Bremer Landesbank und der Risikopräferenzen der Geschäftsleitung sowie unter Berücksichtigung der Bonität des Einzelkreditnehmers und der Besicherung der Forderung eine bemerkenswerte Risikokonzentration aufweisen.
- Jeweils zum Quartalsende erstellt das Risikocontrolling einen Kreditportfoliobericht, der eine differenzierte Darstellung des Kreditportfolios beinhaltet. Das quartalsweise erstellte Pfandbriefreporting der Bank ist Bestandteil des Kreditportfolioberichtes.

5.1.3 Beteiligungsrisiko – Management

Beteiligungsrisiko – Strategie

Mit ihren Beteiligungen kommt die Bank ihrer besonderen Verantwortung für die Nordwest-Region nach. Dementsprechend bilden Beteiligungen an regionalen Unternehmen neben Beteiligungen im Rahmen des Sparkassenfinanzverbundes den Schwerpunkt des Beteiligungsportfolios. Die Bank trägt mit ihren Beteiligungen gleichermaßen zur Erfüllung des öffentlichen Auftrags und der Stärkung des regionalen Wirtschaftsraumes bei.

Die Tochtergesellschaft BLB Immobilien GmbH ist in den Strategieprozess der Bank eingebunden.

Beteiligungsrisiko – Struktur und Organisation

Das Beteiligungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital an Dritte Verluste entstehen. Darüber hinaus ist ein potenzieller Verlust aufgrund von sonstigen finanziellen Verpflichtungen (z. B. Gewährträgerhaftung, Ergebnisabführungsvertrag) Bestandteil des Beteiligungsrisikos, sofern er nicht bei den weiteren Risiken berücksichtigt wurde.

Die Steuerung der Adressausfallrisiken bei Beteiligungen erfolgt durch die OE Vorstandsassistentz/Unternehmensentwicklung/Beteiligungen, die Überwachung durch das Risikocontrolling.

Beteiligungsrisiko – Steuerung und Überwachung

Die laufende Kontrolle und Steuerung der Beteiligungsgesellschaften erfolgen durch die Auswertung und Analyse des regelmäßigen Reportings der wichtigen Beteiligungsgesellschaften und die Einflussnahme in den jeweiligen Gremien der Gesellschaft (Gesellschafterversammlung, Aufsichts-, Verwaltungs- oder Beirat).

Beteiligungsrisiko – Bewertung

Die Beteiligungen der Bank werden grundsätzlich analog zum Kreditprozess dem Ratingprozess unterzogen. Hierauf wird verzichtet, wenn bei eigenen Beteiligungen mit geschäftspolitischer Ausrichtung ohne Kreditgeschäft der Buchwertanteil der Bremer Landesbank 1.000 T€ gemäß § 19 Abs. 2 KWG nicht übersteigt. Die umfassende Quantifizierung erfolgt mittels eines Scoring-Modells zur Risikoinventur.

Beteiligungsrisiko – Berichterstattung

Das Risikomanagement erfolgt in einem systematischen und permanenten Vorgehen und umfasst die Identifikation, die Analyse und Bewertung sowie die Dokumentation und Kommunikation etwaiger Risiken. Das mit den Beteiligungen verbundene Ausfallrisiko wird dabei im monatlichen RTF-Bericht kommuniziert. Darüber hinaus wird der Vorstand mindestens halbjährlich in Form eines Beteiligungsreports über die wesentlichen beteiligungsrelevanten Sachverhalte informiert.

5.1.4 Marktrisiko – Management

Marktrisiko – Strategie

Im Rahmen des Managements der Marktrisiken konzentrieren sich die Aktivitäten der Bank auf ausgewählte Märkte, Kunden und Produktsegmente. Die Positionierung an den Geld-, Devisen- und Kapitalmärkten orientiert sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Kunden und der Unterstützung der Banksteuerung. Eine darüber hinausgehende opportunistische Positionsnahme wird durch die Bremer Landesbank nicht betrieben.

Hinsichtlich des Zinsrisikos ist es das Ziel der Bank, Fristentransformation zu betreiben und an den allgemeinen Marktentwicklungen im Rahmen der Risikolimiten zu partizipieren. Aus den strate-

gischen Investitionen in fristenkongruent refinanzierte Wertpapiere und Kreditderivate resultieren darüber hinaus bedeutsame Credit-Spread-Risiken. Die Geschäfte wurden im Wesentlichen unter der Maßgabe der „Buy & Hold“-Strategie abgeschlossen. Im Handelsbuch werden Kreditderivate ausschließlich durchgehandelt.

Grundsätzlich verfolgt die Bank die Strategie, ein enges Monitoring der Einzeladressen und der Marktentwicklung sowie einzelne Desinvestments bei drohender Bonitätsverschlechterung vorzunehmen. Das Portfolio baut sich durch planmäßige Tilgungen bei bestehendem Investmentstopp ab. Die verbleibenden Marktrisikopositionen spielen insgesamt eine eher untergeordnete Rolle.

Marktrisiko – Struktur und Organisation

Das Marktrisiko bezeichnet potenzielle Verluste, die sich aus Veränderungen von Marktparametern ergeben können. Das Marktrisiko unterscheidet das Zins-, das Währungs-, das Aktienkurs-, das Fondspreis-, das Volatilitätsrisiko sowie das Credit-Spread- und das Rohwarenrisiko.

- Das Zinsrisiko besteht aus den Komponenten allgemeines Zinsrisiko und besonderes Zinsrisiko. Ein allgemeines Zinsrisiko besteht immer dann, wenn der Wert einer Position oder eines Portfolios auf Veränderungen von einem oder mehreren Zinssätzen bzw. auf Veränderungen von kompletten Zinskurven reagiert und diese Veränderungen zu einer Wertminderung der Position führen können. Der aufsichtsrechtlichen Definition folgend, werden unter dem besonderen Zinsrisiko potenzielle Wertveränderungen subsumiert, die sich aus Ratingmigrationen oder aus dem Ausfall von Emittenten (bei Wertpapieren) bzw. Referenzschuldern (bei Kreditderivaten) ergeben. Im Verständnis der Bremer Landesbank entspricht das besondere Zinsrisiko dem Emittentenrisiko.
- Das Währungsrisiko (oder Wechselkursrisiko) beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Devisenwechselkurse reagiert und die Veränderungen der Wechselkurse zu einer Wertminderung der Position führen können.
- Das Aktienkursrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Aktienkurse bzw. -indizes reagiert und die Veränderungen der Aktienkurse oder -indizes zu einer Wertminderung der Position führen können.
- Das Fondspreisrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Fondspreise reagiert und die Veränderungen der Fondspreise zu einer Wertminderung der Position führen können.
- Das Volatilitätsrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Optionsposition aufgrund potenzieller Wertänderungen, die aus Marktbewegungen der für die Optionsbewertung herangezogenen Volatilitäten resultieren, reagiert und diese Veränderungen zu einer Wertminderung der Position führen können.
- Das Credit-Spread-Risiko bezeichnet potenzielle Wertveränderungen, die sich ergeben, wenn sich der für den jeweiligen Emittenten, Kreditnehmer oder Referenzschuldner gültige Credit

Spread verändert, welcher im Rahmen der Marktbewertung der Position verwendet wird. Um Doppelzählungen von Risiken zu vermeiden, können bonitätsinduzierte Ratingveränderungen bei der Ermittlung von Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches vernachlässigt werden, da diese im Emittentenrisiko berücksichtigt sind.

- Das Rohwarenrisiko bezeichnet die Gefahr, dass eine Position (auch Indizes und Derivate) an Wert verliert, weil sich der Preis der entsprechenden Commodities (z. B. Öl, Weizen) verändert. Das Rohwarenrisiko besitzt für die Bremer Landesbank derzeit keine Relevanz, da keine offenen Positionen geführt werden.

Der Vorstand beschließt das für Marktrisiken zur Verfügung stehende Risikodeckungskapital.

Durch Handelstransaktionen und -positionen können die einzelnen Handelsbereiche der OE Financial Markets Marktrisiken eingehen. Die Aufgaben und Tätigkeiten der Handelsbereiche leiten sich ab aus der Portfoliostrategie Financial Markets inklusive Geschäftsstrategien der Bereiche und den Teilstrategien für alle Organisationseinheiten, die gemäß MaRisk Handelsgeschäfte tätigen bzw. in denen Markt-, Liquiditäts- oder Adressrisiken im Sinne der Handelsstrategie auftreten. Die Aufgaben und Tätigkeiten sind in den Arbeitsanweisungen der jeweiligen Bereiche geregelt.

Das Management der offenen Marktrisikopositionen erfolgt im Geschäftsfeld Financial Markets in den Handelseinheiten sowie im Aktiv-Passiv-Management, welches unter anderem die im Einlagen- und Kreditgeschäft begründeten Marktrisiken zentral für Laufzeiten von mehr als zwölf Monaten disponiert und steuert. Der Geldhandel steuert das Zinsänderungsrisiko für Laufzeiten bis zwölf Monate, dem Devisenhandel obliegt die Verantwortung für Abläufe in Fremdwährung über alle Laufzeiten.

Serviceleistungen erbringen die OEen Transaction Banking und Financial Markets Geschäftsfeldmanagement. Der Bereich Transaction Banking ist für die Abwicklung und Kontrolle der im Marktbereich abgeschlossenen Handelsgeschäfte verantwortlich. Die Aufgaben beinhalten unter anderem die Kontrolle der vollständigen und korrekten Erfassung der Geschäfte sowie die Prüfung auf Abweichungen von vorgegebenen Standards. Das Reporting über die bereichsinterne Verteilung und Inanspruchnahme des Marktrisiko-Limits des Geschäftsfeldes Financial Markets wird von der OE Financial Markets Geschäftsfeldmanagement auf Basis der Daten des täglichen Reportings der OE Marktrisiko/Bewertungsmethoden durchgeführt. Die OE Marktrisiko/Bewertungsmethoden ist den MaRisk entsprechend funktional wie organisatorisch unabhängig von den Marktrisikosteuerungsbereichen. Die OE Marktrisiko/Bewertungsmethoden nimmt Überwachungs-, Limitierungs- und Berichterstattungsaufgaben wahr und ist verantwortlich für die Bewertungsmethodik von Marktrisiken. Die Prüfung der Marktgerechtigkeit der Geschäfte erfolgt durch die OE Marktrisiko/Bewertungsmethoden.

Die OE Meldewesen/Rechnungslegungssysteme führt das externe Reporting der Marktrisiken gemäß SolvV durch. Die Bremer Landesbank verwendet dafür das von der Aufsichtsbehörde vorgegebene Standardverfahren.

Marktrisiko – Steuerung und Überwachung

Die Steuerung der Anlagebuchpositionen erfolgt zentral durch das Asset-Liability-Committee (ALCO), die operative Umsetzung durch den Bereich Financial Markets. Das ALCO ist ein Entscheidungsgremium mit den Zielen der Optimierung des Risk/Return der Bank-Portfolien, des langfristigen Fundings, Steuerung der Markt- und Liquiditätsrisikopositionen sowie der Investitionsportfolien, Bilanzstrukturmanagement, GuV-Steuerung, Investmentguidelines. Das Committee besteht aus dem Gesamtvorstand und Vertretern des Geschäftsfeldes Financial Markets und der OE Gesamtbanksteuerung. Der Ausschuss tagt in der Regel monatlich. Die Entscheidungen trifft der Gesamtvorstand. Ebenfalls obliegt dem ALCO die Steuerung des Credit-Investment-Buches.

Eine Begrenzung der Risikokonzentrationen erfolgt durch eine Limitierung der unterschiedlichen Risikokategorien.

Zu den Instrumenten zur Steuerung des Marktrisikos im Rahmen der Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen wird auf die Abschnitte 1.2 bis 1.7 des Anhangs zum Jahresabschluss verwiesen.

Marktrisiko – Bewertung

Für die risikoartenspezifische interne Steuerung und Überwachung von Marktrisiken inklusive Credit-Spread-Risiken verwendet die Bremer Landesbank das Verfahren der Historischen Simulation, bei dem ein einseitiges Konfidenzniveau von 95 % und eine Haltedauer von einem Handelstag zugrunde gelegt werden.

Als Grundlage für die Berechnung des Value-at-Risk werden die historischen Veränderungen der Risikofaktoren (Zinsen/Spreads, Wechselkurse, Aktienkurse/Indizes und Bewertungsvolatilitäten) über die letzten zwölf Monate zugrunde gelegt. Das Modell berücksichtigt implizit Korrelations-effekte zwischen den Risikofaktoren (inkl. der Bewertungsvolatilitäten von Optionspositionen), den Risikoarten, den Währungen und den (Teil-) Portfolios.

VaR-Modelle dienen vor allem der Messung von Marktrisiken in normalen Marktumgebungen. Um auch außergewöhnliche Marktbewegungen abzudecken, werden gesonderte Risikoauswertungen (Stresstests) durchgeführt, die die Sensitivität des Portfolios in Bezug auf große Marktänderungen berücksichtigen. Für jedes Risiko sind konzerneinheitlich Stressparameter definiert.

Für die Value-at-Risk-Werte werden Limite festgelegt, die sich pro Handelsbereich aus den vom Vorstand festgelegten Verlustlimiten ableiten. Etwaige Verluste der Handelsbereiche werden umgehend auf die Verlustlimite angerechnet und führen dem Prinzip der Selbstverzehrung folgend zu einer Reduzierung der Value-at-Risk-Limite. Die genannten Limite werden für den Bereich Financial Markets und die strategische Position in Strukturlimite für die verschiedenen Risikokategorien untergliedert.

Die Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches werden ebenfalls mithilfe eines Value-at-Risk-Verfahrens limitiert und gesteuert.

Die täglichen Value-at-Risk-Berechnungen werden in der OE Marktrisiko/Bewertungsmethoden anhand von Backtesting-Analysen überprüft. Dazu werden im Rahmen des Backtestings die täglichen Ergebnisschwankungen der Handelsbereiche den Value-at-Risk-Prognosen vom Vortag gegenübergestellt. Die zur Quantifizierung der Marktrisiken verwendeten Prognosemodelle und Parameter werden laufend überprüft und gegebenenfalls der aktuellen Marktentwicklung angepasst.

Die Bremer Landesbank hat im August 2012 das Credit-Spread-Risiko in die interne Marktrisikomessung nach Value-at-Risk integriert. In 2013 erfolgte die Einführung eines aus der Risikotragfähigkeit abgeleiteten VaR-Limits für die Credit-Spread-Risiken des Anlagevermögens und damit die vollständige Integration des Credit-Investment-Portfolios in die tägliche Marktrisikosteuerung.

Darüber hinaus hat die Bremer Landesbank methodische Weiterentwicklungen mit moderaten quantitativen Auswirkungen in der täglichen Marktrisikosteuerung umgesetzt. Hierzu zählen die Umsetzung einer Berücksichtigung von Basisrisiken sowie die Umstellung auf das OIS-Discounting in der ökonomischen Profit & Loss-Ermittlung.

Die Bank ermittelt monatlich den von Basel II unterstellten Zinsschock. Bei diesem Zinsschock handelt es sich – den Anforderungen eines Rundschreibens der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) folgend – um eine Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 200 BP nach oben und nach unten. Die BaFin überprüft die Parallelverschiebung mindestens jährlich und passt gegebenenfalls bei deutlichen Abweichungen die Höhe des Zinsschocks entsprechend an.

Für die Berechnung der Eigenkapitalunterlegung für Marktrisiken gemäß SolvV verwendet die Bremer Landesbank das Standardverfahren. Die Meldung an die Deutsche Bundesbank erfolgt monatlich auf Basis des Monatsultimos durch die OE Meldewesen/Rechnungslegungssysteme.

Marktrisiko – Berichterstattung

Gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) berichtet die OE Marktrisiko/Bewertungsmethoden dem Gesamtvorstand täglich über die Marktrisiken nach Value-at-Risk und die Erfolge aus der Übernahme von Marktrisiken der Bremer Landesbank.

Der Gesamtvorstand wird monatlich über die Marktrisiken und die Ergebnisse des Backtestings und des Stresstestings im Rahmen der RTF-Berichterstattung informiert. Die Information des AAKA (künftig: Risikoausschuss) erfolgt fünfmal jährlich.

Die Meldung der Marktrisiken gemäß SolvV an die NORD/LB erfolgt monatlich auf Basis des Monatsultimos durch die OE Meldewesen/Rechnungslegungssysteme. Das externe Reporting an die Bundesbank erfolgt vierteljährlich.

5.1.5 Liquiditätsrisiko – Management

Liquiditätsrisiko – Strategie

Die Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität stellt für die Bank eine betriebswirtschaftliche, strategische und aufsichtsrechtliche Notwendigkeit dar. Während das klassische Liquiditätsrisiko grundsätzlich durch das Vorhalten ausreichend liquider Aktiva (insbesondere notenbankfähiger Wertpapiere) vermieden wird, wird das Refinanzierungsrisiko durch eine strukturelle Liquiditätsfristentransformation begründet. In beiden Fällen werden die Risiken durch entsprechende Limite begrenzt. Bei der Bemessung der Höhe der Liquiditätsrisikolimite werden die Faktoren Sicherstellung der ausreichenden Liquidität, Risikotragfähigkeit und Nutzung der Chance auf einen Erfolgsbeitrag aus der banktypischen Erfolgsquelle Liquiditäts-Spreads berücksichtigt. Durch die Liquiditätsrisikolimite erhalten die Fachbereiche den zur Zielerreichung notwendigen Handlungsrahmen.

Liquiditätsrisiko – Struktur und Organisation

Das Liquiditätsrisiko umfasst Risiken, die sich aus Störungen in der Liquidität einzelner Marktsegmente, unerwarteten Ereignissen im Kredit-, Einlagen- oder Emissionsgeschäft oder Verschlechterungen der eigenen Refinanzierungsbedingungen ergeben können. Im Verständnis der Bremer Landesbank ist das Platzierungsrisiko Bestandteil des Liquiditätsrisikos. Es beschreibt die Gefahr, dass eigene Emissionen am Markt nicht oder nur zu schlechteren Konditionen platziert werden können.

Das Liquiditätsrisiko wird in klassisches Liquiditätsrisiko, Refinanzierungsrisiko und Marktliquiditätsrisiko unterteilt.

- Als klassisches Liquiditätsrisiko wird die Gefahr bezeichnet, dass Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht fristgerecht nachgekommen werden kann. Dieses Risiko wird auf Basis der Analyse eines dynamischen Stressszenarios begrenzt, das durch die jeweils wahrscheinlichste Krisensituation charakterisiert ist. Potenzielle Ursache kann eine allgemeine Störung in der Liquidität der Geldmärkte sein, die einzelne Institute oder den gesamten Finanzmarkt betrifft. Insbesondere können Marktstörungen dazu führen, dass maßgebliche Asset-Klassen in der Sicherheitenverwendung ausfallen. Alternativ können auch unerwartete Ereignisse im eigenen Kredit-, Einlagen- oder Emissionsgeschäft eine Ursache für Liquiditätsengpässe darstellen. Der Fokus der Betrachtung liegt in der Bremer Landesbank auf den jeweils nächsten zwölf Monaten.
- Als Refinanzierungsrisiko werden die potenziellen Ergebniseinbußen bezeichnet, die sich durch die Verschlechterung der eigenen Refinanzierungsbedingungen am Geld- oder Kapitalmarkt ergeben. Wichtigste Ursache ist eine veränderte Einschätzung der Bonität der Bank durch andere Marktteilnehmer. Der Fokus der Betrachtung liegt auf dem gesamten Laufzeitspektrum.
- Als Marktliquiditätsrisiko werden die potenziellen Verluste bezeichnet, die zu tragen sind, wenn aufgrund geringer Liquidität in einzelnen Marktsegmenten Transaktionen zu Konditionen

abgeschlossen werden müssen, die nicht dem fairen Marktwert entsprechen. Marktliquiditätsrisiken können in erster Linie aus den Wertpapierpositionen in den Handels- und Anlagebüchern resultieren.

In den Prozess der Liquiditätsrisikosteuerung sind in der Bank der Geld- und Devisenhandel, das Treasury und das Risikocontrolling eingebunden.

Der Geld- und Devisenhandel und das Treasury übernehmen das Management von Liquiditätsrisiko tragenden Positionen und tragen Gewinne und Verluste, die sich aus den Veränderungen der Liquiditätssituation ergeben. Grundlage für das Aktiv-Passiv-Management ist die Liquiditätsablaufbilanz. Im Asset-Liability-Committee (ALCO) wird über das Refinanzierungsrisiko berichtet und über mögliche Handlungsvorschläge hinsichtlich des weiteren strategischen Dispositionsverhaltens beraten.

Das Risikocontrolling ist verantwortlich für die Einführung und Weiterentwicklung von internen Verfahren zur Messung, Limitierung und Überwachung von Liquiditätsrisiken. Die Berechnung des Refinanzierungsrisikos und des klassischen Liquiditätsrisikos sowie die Überwachung der Einhaltung der Limite erfolgen ebenfalls durch das Risikocontrolling. Im Meldewesen wird die Auslastung der Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung ermittelt und überwacht. Das Meldewesen übt in diesem Zusammenhang Service- und Kontrollfunktionen aus.

Die Hauptaufgaben des Arbeitskreises Liquiditätssteuerung bestehen darin, die Liquiditätssteuerung zu optimieren und damit in Zusammenhang stehende Detailfragen zeitnah zu klären. Dabei kommt einer kurzfristig reagiblen Steuerung der Neugeschäfts- und Funding-Aktivitäten eine besondere Bedeutung zu. Ebenso werden die erarbeiteten Weiterentwicklungen über den Arbeitskreis in die tägliche Steuerung eingeführt.

Für die Bank hat die Refinanzierung über Pfandbriefe eine hohe Bedeutung. Bei allen Emissionen der Bank werden die gesetzlichen Anforderungen des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) umfassend erfüllt.

An die Qualität der zur Deckung der Pfandbriefe hereinzunehmenden Darlehen stellt das PfandBG hohe Anforderungen. So hat die Prüfung der formal den Richtlinien des Gesetzes entsprechenden Indekungnahme von Forderungen durch einen externen Treuhänder zu erfolgen. Außerdem sind die wesentlichen Strukturzahlen der Deckungsmasse alle drei Monate durch die Bank zu veröffentlichen.

Das Marktliquiditätsrisiko wird unter den Marktrisiken subsumiert. Ziel ist es, das Marktliquiditätsrisiko grundsätzlich zu begrenzen, indem im Wesentlichen auf liquiden Märkten agiert wird. Durch das differenzierte Wertpapier-Liquiditätsklassenkonzept lassen sich spezifische Haircuts für die Steuerung in der Liquiditätsablaufbilanz, den Liquiditätsstresstests und dem Collateral-Allocation-Management modellieren.

Die Messung, Steuerung und Überwachung des Liquiditätsrisikos werden im Risikohandbuch dokumentiert.

Liquiditätsrisiko – Steuerung und Überwachung

Im Zuge der Konzernrisikosteuerung ist eine Global Group Liquidity Policy formuliert, welche konsistent zur Liquidity Policy der Bank die Rahmenbedingungen für die konzernweite Liquiditätssteuerung der NORD/LB-Gruppe setzt. Das beinhaltet insbesondere die Festlegung der jeweiligen Ziele sowie die Verantwortlichkeiten für die Liquiditätssteuerung unter verschiedenen Szenarien (Situationsmuster). Die Liquidity Policy sowie die Global Group Liquidity Policy werden jährlich überarbeitet.

Der Notfallplan Liquidity Management regelt die Aktivitäten und die Steuerung im Falle von Krisensituationen. Ziel dieses Planes ist die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit der Bank bei unvorhergesehenen Extremsituationen am Markt. Auch der Notfallplan Liquidity Management ist konsistent zum Notfallplan der NORD/LB-Gruppe.

Zur Steuerung des klassischen Liquiditätsrisikos setzt die Bank folgende Instrumente ein:

Gemäß Liquiditätsverordnung wird die Liquidität des Instituts als gegeben angesehen, wenn die innerhalb der nächsten 30 Tage zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die während dieses Zeitraums zu erwartenden Liquiditätsabflüsse mindestens decken. Die Gegenüberstellung der Zahlungsmittel und der Zahlungsverpflichtungen ergibt die Liquiditätskennzahl, welche mindestens Eins betragen muss.

Die Liquiditätskennzahl wird neben der monatlichen Meldung an die Deutsche Bundesbank täglich ermittelt und im Geldhandel zur Unterstützung der operativen Steuerung verwendet.

Mit den Instrumenten der Liquiditätsstresstests werden täglich die Auswirkungen von unerwarteten Ereignissen auf die Liquiditätssituation der Bank simuliert. Dies bietet der Bank die Möglichkeit, vorausschauend zu planen und für Notfälle vorbereitet zu sein. Ziel ist es, Liquiditätsengpässe zu verhindern. In einem dynamischen und drei statischen Szenarien werden die Liquiditätszahlungsströme der Bank über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr betrachtet. In den verschiedenen Szenarien werden bestimmte Annahmen über den im Krisenfall zur Verfügung stehenden Zahlungsstrom der Bank simuliert. Die bei der Zentralbank deponierten liquiden, frei verfügbaren Wertpapiere dienen der Absicherung in den Notfallszenarien.

Zur Begrenzung des klassischen Liquiditätsrisikos hat die Bremer Landesbank ein Limitsystem implementiert. Durch ein Ampelsystem (Anzahl der Tage an Liquiditätsüberdeckung) werden notwendige Steuerungsmaßnahmen ausgelöst, sofern die simulierte Liquiditätsüberdeckung im dynamischen Stressszenario weniger als 90 Tage bestehen sollte. Steuerungssignale aus den statischen Stresstests führen in der Bank nicht automatisch zu Steuerungsmaßnahmen. Vielmehr geben sie Anlass, die gegenwärtige Liquiditätssituation tiefer zu analysieren und die wesentlichen Treiber der statischen Szenarios auch mit der gegenwärtigen Eintrittswahrscheinlichkeit der Krisen-Stress-Szenarien einzuwerten.

Mit Ermittlung des barwertigen Refinanzierungsrisikos analysiert die Bank die barwertigen Kosten für das Schließen einer passiven Liquiditätsinkongruenz im Zeitablauf aller Fälligkeiten in allen

Laufzeiten und Währungen unter der Annahme einer definierten Erhöhung der Liquiditäts-Spreads (Spread-Parameter). Das barwertige Refinanzierungsrisiko wird durch das hierfür allokierte Risikokapital limitiert. Ferner wird die Höhe der passiven Liquiditätsinkongruenzen pro Laufzeitband (Liquiditätsablaufbilanz) zur Vermeidung von Konzentrationen in einzelnen Laufzeiten durch Volumenstrukturlimite begrenzt.

Risikokonzentrationen auf der Passivseite wird durch eine diversifizierte Anlegerbasis und Produktpalette vorgebeugt. Der Fokus liegt auf institutionellen und öffentlichen Anlegern, was der risikogerechten Ausrichtung der NORD/LB-Gruppe entspricht. Die Diversifizierung der Refinanzierungsquellen wird zudem durch Pfandbriefemissionen und Retail-Einlagen verstärkt.

Liquiditätsrisiko – Bewertung

Neben der Liquiditätssteuerung der Gesamtposition, umgerechnet in EUR, definiert die Bank die Fremdwährungsposition USD als wesentlich. Alle weiteren Fremdwährungen sind für die Liquiditätssteuerung der Bank unbedeutend. Refinanzierungsrisiken aus der Fristentransformation in wesentlichen Fremdwährungen werden auf die Risikotragfähigkeit angerechnet. Wesentliche Fremdwährungen werden auch in der Sicht auf das klassische Liquiditätsrisiko begrenzt. Die Wesentlichkeit von Fremdwährungen wird regelmäßig validiert.

Liquiditätsrisiko – Berichterstattung

Die Berichterstattung über die Liquiditätsrisikosituation erfolgt durch den monatlichen Liquiditätsstatusbericht des Risikocontrollings, welcher im Arbeitskreis Liquiditätssteuerung sowie im ALCO erörtert wird.

Darüber hinaus wird der Gesamtvorstand im Rahmen der Risikoberichterstattung monatlich über die Liquiditätsrisiken im Kontext der Risikotragfähigkeit informiert. Im Rahmen des Kreditportfolioberichtes wird der Vorstand ferner über die mit dem Pfandbriefgeschäft verbundenen Risiken informiert.

Wöchentlich berichtet das Risikocontrolling dem Vorstand über das Refinanzierungsrisiko. Die Managementeinheiten Geld- und Devisenhandel sowie Treasury erhalten wöchentlich zusätzliche Strukturinformationen aus den Liquiditätsablaufbilanzen in allen Währungen sowie täglich strukturelle Informationen aus den Stressszenarien der klassischen Liquiditätssteuerung.

5.1.6 Operationelles Risiko – Management

Operationelles Risiko – Strategie

Die Leitlinien für den Umgang mit operationellen Risiken sind in der Risikostrategie der Bank formuliert. Die Bank verfolgt bei operationellen Risiken weitgehend eine Strategie der Vermeidung, die sich z. B. in einem Internen Kontrollsystem, Business Continuity Management (BCM) oder im Abschluss von Versicherungen widerspiegelt.

Operationelles Risiko – Struktur und Organisation

Operationelle Risiken sind mögliche und aus Sicht der Bank unbeabsichtigte Ereignisse, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Abläufen, Mitarbeitern und Technologie oder durch externe Einflüsse eintreten und zu einem Schaden oder einer deutlich negativen Konsequenz für die Bank führen (z. B. Gesetzesverstoß).

Dieser Definition folgend sind Rechts- und Rechtsänderungsrisiken, Compliance-Risiken, Outsourcing-Risiken, Veritätsrisiken, Fraud-Risiken und Verwundbarkeiten im Rahmen des Notfall- und Krisenmanagements im operationellen Risiko enthalten; nicht einbezogen sind strategische Risiken sowie Geschäftsrisiken.

- Das Rechtsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund fehlender bzw. unvollständiger Berücksichtigung des durch Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung vorgegebenen Rechtsrahmens ein Schaden entsteht.
- Das Rechtsänderungsrisiko bildet das Risiko eines Verlustes aufgrund neuer Gesetze oder Vorschriften, einer nachteiligen Änderung bestehender Gesetze oder Vorschriften bzw. deren Interpretation oder Anwendung durch Gerichte ab.
- Das Compliance-Risiko bezeichnet Risiken gerichtlicher, behördlicher oder disziplinarischer Strafen, die aus nicht ordnungsgemäßen Verfahren, Prozessen etc. (aufgrund der Nichteinhaltung von Gesetzen, Vorschriften, Verhaltensregeln und Normen) im Innenverhältnis der Bank resultieren.
- Das Outsourcing-Risiko beschreibt Gefahren, die aus der Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen resultieren.
- Das Veritätsrisiko beschreibt die hinsichtlich des Bestands und der Realisierbarkeit einer angekauften Forderung bestehende Gefahr, dass der Schuldner der angekauften Forderung nicht verpflichtet ist, in vollem Umfang zu leisten (§ 71 Abs. 2 SolvV).
- Das Fraud-Risiko beschreibt die Gefahr, die aus sonstigen strafbaren Handlungen gegenüber der Bank resultiert, welche einen vermeidbaren Vermögens- oder Reputationsschaden herbeiführen.

In den Risikomanagementprozess operationeller Risiken der Bank sind der Vorstand, das Risikocontrolling sowie alle weiteren Bereiche eingebunden. Der Vorstand legt den grundsätzlichen Umgang mit operationellen Risiken unter Berücksichtigung der Risikolage auf Gesamtbankebene fest. Das Risikocontrolling ist für die zentrale Überwachung und unabhängige Berichterstattung der operationellen Risiken zuständig. Die Verantwortung für die Steuerung der operationellen Risiken liegt innerhalb der vorgegebenen Rahmenbedingungen dezentral bei den einzelnen Bereichen.

Vor dem Hintergrund der Verantwortung für eine angemessene technisch-organisatorische Ausstattung und für ein angemessenes Notfallkonzept auf Gruppenebene gemäß §§ 25a und 25c KWG sind die Rahmenvorgaben der NORD/LB-Gruppe in einem bankeigenen Sicherheitsstandard umgesetzt. Dieser setzt sich aus einer Sicherheitsstrategie, einem Bedrohungskatalog sowie Sicherheitsrichtlinien zusammen und deckt die mit den Themen Business Continuity Management, Notfall-/Krisenmanagement, IT-Systeme, Informationssicherheit, Arbeitssicherheit, externe Dienstleister, Infrastruktur sowie Sonderbetriebsmittel verbundenen Risiken ab.

Das Business Continuity Management sowie das Notfall- und Krisenmanagement der Bank dienen der Vorsorge und Bewältigung von Notfällen und Krisen. Wesentliches Element hierbei ist die Vermeidung von Ausfällen kritischer Geschäftsprozesse und/oder das Einschränken möglicher Auswirkungen. Ebenso gehört hierzu die Vorbereitung auf Ereignisse, deren Risiken nicht oder nicht weit genug durch vorbeugende Maßnahmen reduziert werden können.

Im Rahmen eines integrierten Personalrisikomanagements werden durch das Personalmanagement die verschiedenen personalwirtschaftlichen Risiken wie Engpassrisiken, Austrittsrisiken, Anpassungsrisiken, Motivationsrisiken sowie eine auf Dauer unangemessene Personalausstattung nach Quantität und Qualität, differenziert betrachtet und gesteuert. Die anforderungsgerechte und zielgerichtete Personalentwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist hoheitliche Aufgabe der jeweiligen Führungskräfte mit enger Unterstützung durch die zentrale Personalentwicklung. Das Personalmanagement berät und unterstützt die Bereiche bei der Durchführung von Personalentwicklungsmaßnahmen. Die Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung werden im Bremer Landesbank Konzern umgesetzt.

Im IT-Bereich sorgen Verfahrensanweisungen, Ersatzkapazitäten und Sicherungen für eine angemessene Stabilität der IT-Infrastruktur. Sicherheitskonzepte und Wiederanlaufpläne ergänzen die vorbeugenden Maßnahmen, um Schäden durch den Ausfall oder die Manipulation von Anwendungen und Informationen zu verhindern.

Die Bank verfügt über angemessenen Versicherungsschutz. Die Versicherungsdeckung wird regelmäßig überprüft.

Nach §§ 25a und 25c KWG ist die Bank verpflichtet, durch die Schaffung angemessener geschäfts- und kundenbezogener Sicherungssysteme sonstige strafbare Handlungen zulasten der Bank und ihrer Tochterunternehmen bereits im Vorfeld zu verhindern. Darüber hinaus verurteilt der Vorstand jeden Versuch betrügerischen bzw. unredlichen Handelns und/oder sonstiger krimineller Handlungen als schweres und nicht tolerierbares Vergehen („Null-Toleranz-Prinzip“). Die Bank lässt

nichts unversucht, um sonstige strafbare Handlungen zu verhindern oder zumindest so frühzeitig wie möglich aufzudecken sowie die entsprechenden Risiken auf das geringstmögliche Potenzial zu beschränken und Kontrollen durchzuführen. Dabei wird etwaigen kriminellen Handlungen in enger Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden begegnet. Neben den bereits eingeführten Grundsätzen und Sicherungssystemen hat die Bank zu diesem Zweck eine detaillierte Gefährdungsanalyse durchgeführt und eine umfangreiche Fraud-Prevention-Organisation erarbeitet und eingeführt. Ein Baustein dieser Fraud-Prevention-Organisation ist die Schaffung eines Fraud-Managements, das in Personalunion vom Geldwäschebeauftragten der Bank ausgefüllt wird. Die Funktion Geldwäscheprävention/Fraud-Management ist als zentrale Stelle im Bereich Compliance angesiedelt und direkt dem Risikovorstand unterstellt.

Zur Absicherung gegen rechtliche Risiken ist unter anderem bei Einleitung von rechtlichen Maßnahmen und beim Abschluss von Verträgen, die nicht auf freigegebenen Mustern basieren, die OE Recht einzuschalten.

Die Qualität externer Lieferanten und Dienstleister wird durch die Vereinbarung von Service-Level-Agreements oder detaillierte Leistungsverzeichnisse sowie durch die laufende Kontrolle der Leistung sichergestellt. Zur Umsetzung der MaRisk zum Outsourcing wurde ein Prozess zur Beurteilung von Dienstleistern hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit unter Risikogesichtspunkten installiert. Für jede wesentliche Auslagerung wird eine verantwortliche Stelle benannt, der das Leistungs- und Risikomanagement der Geschäftsbeziehung obliegt. Zudem wird für jede wesentliche Auslagerung individuell die Notfallplanung abgestimmt.

Operationelles Risiko – Steuerung und Überwachung

Die Bank sammelt Schadensfälle aus operationellen Risiken und kategorisiert diese nach Ursachen und Auswirkungen. Die gesammelten Schadensfälle werden in das vom VÖB initiierte Datenkonsortium DakOR eingebracht.

Mit Hilfe der in der Bank jährlich durchgeführten Methode Risk-Assessment wird die vergangenheitsbezogene Schadensfallsammlung um die Zukunftskomponente ergänzt. Durch Expertenschätzungen werden detaillierte Einblicke in die Risikosituation der einzelnen Fachbereiche gewonnen und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen abgeleitet. Das Risk-Assessment erfolgt in einem ersten Schritt mittels eines Fragenkatalogs, der qualitative Fragen enthält. Des Weiteren erfolgt in einem zweiten Schritt für Bereiche mit wesentlichen operationellen Risiken die Durchführung einer Szenariomethode, mit deren Hilfe eine Quantifizierung der operationellen Risiken erfolgt.

Eine Methodik zur Erhebung von Risikoindikatoren ist vorhanden. Die Auswahl der Indikatoren erfolgt risikoorientiert und wird regelmäßig auf ihre Aktualität geprüft. Mithilfe der Risikoindikatoren sollen potenzielle Risiken frühzeitig erkannt und mögliche Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.

Die Ergebnisse aus Schadensfalldatenbank, Erhebung der Risikoindikatoren und Risk-Assessment werden analysiert und gegebenenfalls notwendige Maßnahmen von den Bereichen initiiert.

Mit den eingeführten Methoden und Verfahren zur Steuerung von operationellen Risiken hat die Bank die aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllt. An der Weiterentwicklung der Methoden wird in Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe gearbeitet.

Die Bremer Landesbank hat im Jahr 2013 den Weg zum integrierten OpRisk-Management weiter fortgesetzt. Ziel war vor allem, die vorhandenen Berichtswege und -formate zu überarbeiten und stärker miteinander zu verknüpfen, sowie die einheitliche Risikosteuerung im Konzern weiter auszubauen.

Im Jahr 2014 wird der begonnene Weg zum integrierten OpRisk-Management weiter fortgesetzt werden. Ziel ist vor allem, die auf der zweiten Verteidigungslinie eingesetzten Methoden und Daten weiter zu harmonisieren und Effizienzen zu heben sowie das Risikomanagement weiter zu verbessern. In diesem Zuge werden Pilotierung und Rollout des integrierten Risk-Assessments fortgesetzt. Zudem sollen bedeutsame Ereignisse detaillierter als bisher analysiert und die Ergebnisse stärker mit anderen Erhebungen und Erkenntnissen der Banksteuerung verbunden werden können (z. B. mit dem Stresstesting).

Operationelles Risiko – Bewertung

Die Konzeption und Definition der eingesetzten Controlling-Methoden, Verfahren und Begrifflichkeiten sowie deren laufende Weiterentwicklung obliegen dem Risikocontrolling. Weiterentwicklungen erfolgen grundsätzlich in enger Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe.

Bei der Ermittlung der Risiken im Rahmen des RTF-Modells wird innerhalb der NORD/LB-Gruppe eine einheitliche VaR-Methode und ein gruppenweites Allokationsmodell verwendet.

Im Jahr 2013 wurde die grundsätzliche Nutzung einer Risikomatrix als einheitliches Bewertungs- und Steuerungsinstrument für alle Arten operationeller Risiken beschlossen. Durch Festlegung von Risikotoleranzen und Informationsschwellen dient sie zugleich als zentrales Steuerungs- und Berichtsinstrument. Die bisher getrennte Berichterstattung an Vorstand bzw. Aufsichtsrat zu einzelnen Risikothemen der zweiten Verteidigungslinie (Risikocontrolling, IKS, Sicherheit, Compliance) wird ab 2014 in einem gemeinsamen Governance-, OpRisk- und Compliancebericht konsolidiert werden. Er berichtet über bedeutende operationelle Risiken und Handlungsbedarf der Bank und erfüllt zugleich aufsichtsrechtliche Anforderungen.

Im Rahmen der Weiterentwicklung des Risikomonitorings wurden im Jahr 2013 einzelne Risikoindikatoren überarbeitet und das Risikoindikatorensystem weiter harmonisiert.

Hinsichtlich der Eigenkapitalunterlegung für das operationelle Risiko wurde auch im Jahr 2013 weiterhin der Standardansatz verwendet.

Operationelles Risiko – Berichterstattung

Im Rahmen der monatlichen Risikoberichterstattung erfolgt die Darstellung der Schäden, der Risikoindikatoren und der Ergebnisse aus dem Risk-Assessment.

5.2 Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Die Bremer Landesbank ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und wird behandelt wie eine kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaft im Sinne des § 264d HGB. Demgemäß sind nach § 289 Abs. 5 HGB die wesentlichen Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess zu beschreiben.

Das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist gesetzlich nicht definiert. Die Bank versteht das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem als umfassendes System und lehnt sich dabei an die Definitionen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf, zum rechnungslegungsbezogenen Internen Kontrollsystem (IDW PS 261 Tz. 19 f.) und zum Risikomanagementsystem (IDW PS 340 Tz. 4) an. Unter einem Internen Kontrollsystem werden danach die vom Management im Unternehmen eingeführten Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen verstanden, die gerichtet sind auf die organisatorische Umsetzung der Entscheidungen des Managements:

- zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit (hierzu gehört auch der Schutz des Vermögens, einschließlich der Verhinderung und Aufdeckung von Vermögensschädigungen),
- zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung sowie
- zur Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Die Bremer Landesbank erachtet Informationen als wesentlich im Sinne des § 289 Abs. 5 HGB, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Jahresabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten maßgeblich beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemeingültig bestimmbar, sondern wird sachverhaltsabhängig festgelegt. Die Beurteilung der Wesentlichkeit ist abhängig von Art und Umfang des jeweils abgebildeten Sachverhalts. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich ist, geht die Bremer Landesbank von dessen Bedeutung in Bezug auf den Jahresabschluss aus.

Aufgaben des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Die Bremer Landesbank hat einen hohen Qualitätsanspruch an die korrekte Abbildung der Geschäftsvorfälle in der Rechnungslegung. Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung ist Bestandteil des Internen Kontrollsystems.

Im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess sind bei der Bremer Landesbank folgende Strukturen und Prozesse implementiert:

Organisation des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der Vorstand ist für die Aufstellung des Jahresabschlusses sowie die Lageberichterstattung verantwortlich. Er hat die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile und Prozessschritte im Zusammenhang mit der Rechnungslegung in Form von Organisationsrichtlinien klar definiert und einzelnen Organisationseinheiten zugeordnet.

Die Bremer Landesbank stellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB auf. Die für Kreditinstitute spezifischen Vorschriften des § 340 HGB und diejenigen der Rechnungslegungsverordnung für Kreditinstitute (RechKredV) und die Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) sowie ergänzende Vorschriften der Satzung werden zusätzlich beachtet.

Die Erstellung des Jahresabschlusses und die Rechnungslegung werden überwiegend durch den Bereich Gesamtbanksteuerung gesteuert und durchgeführt. Dieser nimmt dabei die folgenden wesentlichen Aufgaben wahr:

- Überwachung gesetzlicher Neuerungen
- Erstellung und Pflege der Abschlussanweisungen
- Zusammenstellung des Jahresabschlusses nebst Lagebericht
- Bereitstellung bestimmter Anhangangaben
- Bereitstellung der offenzulegenden Informationen hinsichtlich der Marktpreis-, Kredit-, Liquiditäts- und operationellen Risiken.

Im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses sind weitere Bereiche unter anderem mit den folgenden Tätigkeiten betraut:

- Ordnungsgemäße Erfassung und Verarbeitung der rechnungslegungsbezogenen Daten/ Geschäftsvorfälle in den IT-Anwendungen.
- Berechnung der Personal- und Pensionsrückstellungen sowie Bereitstellung der damit in Zusammenhang stehenden Anhangangaben.
- Erstellung von Beschlüssen zu Einzelwertberichtigungen von in- und ausländischen Krediten.
- Bereitstellung relevanter Angaben zum Anhang und Lagebericht.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen der Rechnungslegung fällt ihm die Feststellung des Jahresabschlusses der Bremer Landesbank zu. Der vom Aufsichtsrat gebildete Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- Beratung und Überwachung hinsichtlich Rechnungslegung, Internes Kontrollsystem, Risikomanagement und -controlling, Interner Revision (inklusive Auskunftsrecht)

- Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers.

Darüber hinaus hat die Interne Revision der Bremer Landesbank eine prozessunabhängige Überwachungsfunktion. Sie führt im Auftrag des Vorstandes Prüfungen in sämtlichen Unternehmensbereichen durch und ist ihm direkt unterstellt und berichtspflichtig. Neben der Ordnungsmäßigkeit und Funktionssicherheit der Prozesse und Systeme beurteilt sie insbesondere die Wirksamkeit und Angemessenheit des Internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagements im Allgemeinen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind, bevor der Jahresabschluss festgestellt wird, durch den vom Aufsichtsrat beauftragten Abschlussprüfer zu prüfen.

Die Grundsätze, die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Prozesse des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems (inklusive des rechnungslegungsbezogenen) sind in einer Arbeitsanweisung niedergelegt, die in regelmäßigen Abständen an aktuelle externe und interne Entwicklungen angepasst wird.

Im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess erachtet die Bremer Landesbank solche Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems als wesentlich, die die Bilanzierung und die Gesamtaussage des Jahresabschlusses einschließlich des Lageberichtes maßgeblich beeinflussen können. Dies sind insbesondere die folgenden Elemente:

- Identifikation der wesentlichen Risikofelder und Kontrollbereiche mit Relevanz für den Rechnungslegungsprozess.
- Bereichsübergreifende Kontrollen zur Überwachung des Rechnungslegungsprozesses.
- Präventive Kontrollmaßnahmen im Finanz- und Rechnungswesen der Bank, in den strategischen Geschäftsfeldern sowie in operativen, leistungswirtschaftlichen Unternehmensprozessen, die wesentliche Informationen für die Aufstellung des Jahresabschlusses einschließlich des Lageberichtes generieren, inklusive einer Funktionstrennung und vordefinierter Genehmigungsprozesse in relevanten Bereichen.
- Maßnahmen, die die ordnungsmäßige EDV-gestützte Verarbeitung von rechnungslegungsbezogenen Sachverhalten und Daten sicherstellen.
- Maßnahmen zur Überwachung des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems.

Komponenten des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Eine Komponente des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems stellt das Kontrollumfeld der Bremer Landesbank dar, innerhalb dessen die bestehenden Regelungen in der Bremer Landesbank eingeführt und angewendet werden. Es ist geprägt durch

die Grundeinstellungen, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements in Bezug auf das Interne Kontrollsystem. Das Kontrollumfeld beeinflusst wesentlich das Kontrollbewusstsein der Mitarbeiter. Ein günstiges Kontrollumfeld ist Voraussetzung für die Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems.

Die ordnungsgemäße fachliche Berücksichtigung der Geschäftsvorfälle wird durch Bilanzierungsrichtlinien und andere Regelungen sichergestellt, die einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen und bei Bedarf angepasst werden. Für die Buchungen verwendet die Bremer Landesbank das System SAP. Darüber hinaus wird auf individuelle Datenverarbeitungstools zurückgegriffen, deren Ausgestaltung im Rahmen des IDV-Monitorings überwacht wird.

Dem Risiko einer nicht regelungskonformen Abschlusserstellung wird durch entsprechende Vorgaben in den Richtlinien entgegengesteuert. Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewendeten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und soweit erforderlich angepasst.

Maßgeblicher Grundsatz für die Ausgestaltung der Prozesse ist die klare Trennung von unvereinbaren Tätigkeiten. In diesem Zusammenhang kommt dem Vier-Augen-Prinzip eine hohe Bedeutung zu. Bei der Verarbeitung der Geschäftsvorfälle erfolgt die Buchung grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip. Hierbei kommt entweder ein technisches und/oder ein organisatorisches Vier-Augen-Prinzip zum Einsatz.

Der Rechnungslegungsprozess für den Jahresabschluss umfasst die fachliche Begleitung der auftretenden Geschäftsvorfälle, die Datenerfassung und -verarbeitung, die Berichterstellung sowie die Veröffentlichung der Bestandteile der Rechnungslegung.

Der gesamte Rechnungslegungsprozess wird durch IT-Anwendungen unterstützt. Bei den Anwendungen handelt es sich um Standardprogramme und Individualsoftware. Ausgehend von der IT-Strategie und der Risikostrategie der Bremer Landesbank, bestehen Regelungen und Verfahren bezüglich der Programmentwicklung und -änderung, der Datensicherung sowie der Zugriffsberechtigung, die die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sicherstellen.

Als prozessintegrierte Kontrollen werden programmintegrierte Plausibilisierungen sowie automatisierte und manuelle Abstimmungen vorgenommen. So führt die Bank regelmäßig Haupt- und Nebenbuchabstimmungen durch. Die Buchung erfolgt im Vier-Augen-Prinzip.

5.3 Risiken aus den strategischen Geschäftsfeldern

Die Bremer Landesbank hat ihre strategischen Ziele in einem kundenorientierten Geschäftsmodell mit folgenden vier strategischen Geschäftsfeldern sowie den ihnen zugeordneten elf strategischen Geschäftseinheiten verankert:



Die Risikoschwerpunkte liegen in der strategischen Geschäftseinheit Schiffe, Energie und im sich zügig abbauenden Credit Investment Portfolio.

Die Steuerung der Risiken erfolgt nach Risikoarten und im Wesentlichen in den zentralen Organisationseinheiten.

Der interne Risikotransfer von Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken aus den strategischen Geschäftseinheiten hin zu den zentralen Organisationseinheiten erfolgt wie in der Banksteuerung üblich bei Neugeschäft über das Rating der Kunden, den hierauf aufbauenden risikoadjustierten Einstandspreisen sowie der Berücksichtigung von Liquiditätsaufschlägen. Ausdruck findet dies in den strategischen Geschäftseinheiten durch die konsequente Anwendung der Finanzierungsgrundsätze und unter Beachtung der Regularien zur Risikosteuerung. Die Steuerung der operationellen Risiken, der Geschäfts- und strategischen Risiken findet weitgehend dezentral in den strategischen Geschäftseinheiten statt.

Im folgenden Abschnitt werden die aus den strategischen Geschäftseinheiten resultierenden relevanten Risiken und die Maßnahmen zur Steuerung bzw. zur Unterstützung der zentralen Steuerung dieser Risiken genannt.

5.3.1 Privatkunden

Private Banking

Im Private Banking besteht das klassische Kreditrisiko. Mit erwarteten Gesetzes- und Rechtsänderungen gehen Dokumentationsverpflichtungen einher. Operationelle Risiken können aus der Nicht- oder fehlerhaften Umsetzung dieser Dokumentationsverpflichtungen entstehen. Ein weiteres operationelles Risiko entsteht durch die starke Nachfrage nach qualifizierten Mitarbeitern und vorhandenen Talenten auf dem Arbeitsmarkt. Darüber hinaus wird ein Risiko in ineffizienten Prozessen und internen Abläufen gesehen. Daneben bestehen Geschäfts- und strategische Risiken vor allem durch den starken Wettbewerb im Einlagen- und Kreditgeschäft, der vornehmlich über die Konditionen ausgetragen wird.

Privatkunden

In der strategischen Geschäftseinheit Privatkunden existiert das klassische Kreditrisiko. Mit erwarteten Gesetzes- und Rechtsänderungen gehen interne Prozessanpassungsnotwendigkeiten einher. Operationelle Risiken können aus der Nicht- oder fehlerhaften Umsetzung dieser Prozessanpassungen entstehen. Daneben bestehen Geschäfts- und strategische Risiken vor allem durch den starken Wettbewerb im Einlagen- und Kreditgeschäft, der vornehmlich über die Konditionen ausgetragen wird, sowie insbesondere am Standort Oldenburg vorhandene Verbundrestriktionen.

5.3.2 Firmenkunden

Corporates

In der strategischen Geschäftseinheit Corporates besteht das klassische Kreditrisiko. Mit erwarteten Gesetzes- und Rechtsänderungen gehen Dokumentationsverpflichtungen einher. Operationelle Risiken können in der Nicht- oder fehlerhaften Umsetzung dieser Dokumentationsverpflichtungen entstehen. Daneben bestehen Geschäfts- und strategische Risiken insbesondere aus der Abhängigkeit der konjunkturellen Entwicklung und Verbundrestriktionen. Im Rahmen der Personalentwicklungsgespräche werden durch die Führungskräfte individuelle Qualifizierungsbedarfe überprüft und durch entsprechende Fortbildungs- und Entwicklungsprogramme geschlossen.

Gewerbekunden

In der strategischen Geschäftseinheit Gewerbekunden besteht das klassische Kreditrisiko. Mit erwarteten zunehmenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen gehen interne Prozessanpassungsnotwendigkeiten einher. Operationelle Risiken können in der Nicht- oder fehlerhaften Umsetzung dieser Prozessanpassungen entstehen. Daneben bestehen Geschäfts- und Strategische Risiken insbesondere aus der Abhängigkeit von der konjunkturellen Entwicklung und Verbundrestriktionen. Im Rahmen der Personalentwicklungsgespräche werden durch die Führungskräfte individuelle Qualifizierungsbedarfe überprüft und durch entsprechende Fortbildungs- und Entwicklungsprogramme geschlossen. Ergänzend erfolgt eine Überprüfung und gegebenenfalls Reduzierung des Produktportfolios.

5.3.3 Financial Markets

Sparkassen

In der strategischen Geschäftseinheit Sparkassen besteht das klassische Kreditrisiko. Als Geschäfts- und strategisches Risiko ist ein begrenzter Markt zu sehen, in dem durch bereits vorhandene hohe Marktanteile wenig Vertriebssteigerung und Neukundengewinnung möglich ist. Verstärkt kooperieren Sparkassen im Konsortialgeschäft und erhalten durch Fusionen eigene strategische Möglichkeiten. Darüber hinaus ist ein zunehmender Wettbewerb zwischen den Landesbanken zu erkennen.

Kommunale Kunden

In der strategischen Geschäftseinheit Kommunale Kunden besteht das klassische Kreditrisiko. Da das Kundenportfolio Forderungen an nicht insolvenzfähige Gebiets- und Verbandskörperschaften bzw. in vollem Umfang durch staatliche Bürgschaften gedeckte Forderungen an Unternehmen beinhaltet, besteht bei den gegebenen gesetzlichen Rahmenbedingungen keine Anrechnung gemäß SolvV. Mit erwarteten Gesetzes- und Rechtsänderungen gehen Dokumentationsverpflichtungen einher. Operationelle Risiken können bei der Nicht- oder fehlerhaften Umsetzung dieser Dokumentationsverpflichtungen entstehen. Daneben bestehen Geschäftsrisiken insbesondere durch die Ausschreibungspflicht der Kommunen, nicht wettbewerbsfähige Einstandssätze bei der Neugeschäftsakquisition oder eine Marktverengung durch die Einführung von Schuldenbremsen auf Länderebene. Forderungen an kommunale Kunden sind künftig einer intensiveren Risikoanalyse zu unterziehen.

Institutionelle Kunden

In der strategischen Geschäftseinheit Institutionelle Kunden bestehen Geschäfts- und strategische Risiken im Refinanzierungsgeschäft der Bank durch eventuell rückläufige Absatzzahlen eigener Emissionen aufgrund Ratingverschlechterung der Bank, rückläufige Kundenbeziehungen oder fehlendem Rating der Pfandbriefe der Bremer Landesbank. Mit erwarteten Änderungen aufsichtsrechtlicher Anforderungen können operationelle Risiken durch die Nicht- oder fehlerhafte Umsetzung dieser Neuerungen entstehen. Das Outsourcing von wichtigen Dienstleistungen birgt weitere operationelle Risiken, da zusätzliche gesetzliche Anforderungen eingehalten werden müssen. Daneben besteht – in nur geringem Umfang – das klassische Kreditrisiko.

5.3.4 Spezialfinanzierungen

Schiffe

In der strategischen Geschäftseinheit Schiffe besteht das klassische Kreditrisiko. Durch die in der Vergangenheit besondere strategische Ausrichtung der Bremer Landesbank auf Schiffe und die damit verbundene Hebung der hohen Ertragschancen bestehen in diesem Segment Konzentrationsrisiken. Es werden zunehmende aufsichtsrechtliche Anforderungen mit Nachwirkungen bei einer Erholung der zyklischen Schifffahrtmärkte erwartet. Operationelle Risiken können aus der Nicht- oder fehlerhaften Umsetzung dieser Anforderungen entstehen. Auf Ebene der Humanressourcen sind besondere Belastungen zu bewältigen, denen durch zusätzliche Mitarbeiterkapazitäten und Qualifizierungsmaßnahmen begegnet wird. Daneben bestehen hohe Geschäfts- und strategische Risiken aufgrund des weiterhin angespannten Schifffahrtmarktes und der Entwicklung der Charraten und Schiffswerte sowie durch den Rückzug von bzw. die komplexen Verhandlungen mit Syndizierungspartnern.

Erneuerbare Energien

In der strategischen Geschäftseinheit Erneuerbare Energien besteht das klassische Kreditrisiko. Durch die besondere strategische Ausrichtung der Bremer Landesbank auf Erneuerbare Energien und den Fokus auf Windkraft Onshore in Deutschland können in dieser strategischen Geschäftseinheit Konzentrationsrisiken entstehen. Mit einer erwarteten Verschärfung des regulatorischen Rahmens können operationelle Risiken durch die Nicht- oder fehlerhafte Umsetzung dieser Neuerungen entstehen. Stark ausgelastete personelle Ressourcen lassen operationelle Risiken erkennen. Auch der Aufbau des benötigten Spezial-Know-hows und ein diesbezüglicher Wissenstransfer sind intern und extern nur langsam generierbar. Als Geschäfts- und strategisches Risiko besteht ein hoher Wettbewerb in der Branche Erneuerbare Energien, Änderungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) haben gegebenenfalls Auswirkungen auf die zukünftige Ausrichtung der Bank.

Leasing

In der strategischen Geschäftseinheit Leasing besteht das klassische Kreditrisiko. Durch die besondere strategische Ausrichtung der Bremer Landesbank auf Leasing ist in diesem Segment ein bedeutendes Portfolio entstanden, das durch seine breite Branchensteuerung und hohe Granularität auf Leasingnehmer-Ebene nur geringe Konzentrationsrisiken aufweist. Mit erwarteten Gesetzes- und Rechtsänderung und die Änderung regulatorischer Rahmenbedingungen für die Bremer Landesbank und deren Kunden, die als Leasing- oder Factoringgesellschaften als Finanzdienstleistungsinstitute klassifiziert werden, können operationelle Risiken bei der Nicht- oder fehlerhaften Umsetzung dieser Neuerungen entstehen. Daneben bestehen Geschäfts- und strategische Risiken insbesondere aus der konjunkturellen Entwicklung.

Sozialimmobilien

In der strategischen Geschäftseinheit Sozialimmobilien besteht das klassische Kreditrisiko. Mit erwarteten Gesetzes- und Rechtsänderung und der Änderung regulatorischer Rahmenbedingungen gehen interne Prozessanpassungsnotwendigkeiten einher. Operationelle Risiken können in der Nicht- oder fehlerhaften Umsetzung dieser Prozessanpassungen entstehen. Daneben bestehen Geschäfts- und strategische Risiken unter anderem in Form von regulativen Eingriffen in den Pflegemarkt, durch einen zunehmenden Verdrängungswettbewerb bei (potenziellen) Kunden sowie durch Wettbewerb mit regionalen Instituten vor Ort und dem damit verbundenen Margendruck.

5.4 Erweiterter Risikobericht

5.4.1 Entwicklung der Risikotragfähigkeit im Jahr 2013

Risikopotenzialauslastung des vorhandenen Risikokapitals im Going Concern

Mio. €	Risikotragfähigkeit			
	31.12.2013		31.12.2012	
Risikokapital	282	100 %	553	100 %
Kreditrisiken	169	60 %	153	28 %
Beteiligungsrisiken	6	2 %	4	1 %
Marktpreisrisiken	28	10 %	55	10 %
Liquiditätsrisiken	11	4 %	17	3 %
Operationelle Risiken	9	3 %	8	1 %
Sonstige	-60	-21 %	-127	-23 %
Risikopotenzial gesamt	163		109	
Auslastungsgrad		58 %		20 %

Der Auslastungsgrad beläuft sich zum 31. Dezember 2013 auf 57,9 % und liegt damit über dem Niveau des Vorjahres. Grund für den Anstieg ist zum einen eine zunehmende Belastung der Risikotragfähigkeit aus der fortdauernden Schifffahrtskrise. Dies spiegelt sich in einem Rückgang des Risikokapitals und einem Anstieg der Risikopotenziale aus Kreditrisiken wider. Zum anderen wird in der Going-Concern-Betrachtung das gruppenweit abgestimmte RTF-Limit berücksichtigt. Aus diesem Grund wird nur ein Teilbetrag des freien Kapitals in Höhe von 282 Mio. € in der Risikotragfähigkeit als Risikokapital für den Going Concern Case angesetzt. Ohne diese Begrenzung steigt das Risikokapital im Going Concern Case bei 532,5 Mio. €. Der Auslastungsgrad liegt unter Berücksichtigung des gesamten Risikokapitals bei 30,6 %.

In der Bremer Landesbank wird zur aktiven Steuerung der Risikotragfähigkeit regelmäßig eine Vorschaurechnung auf die weitere Entwicklung durchgeführt. Im Rahmen dieser Steuerung werden Maßnahmen zur Reduzierung von Risikoaktiva (z. B. durch Restrukturierungen auf Einzelfallebene bei Schiffsfinanzierungen, Abbau im Credit Investment Portfolio durch Verkauf einzelner Positionen) und zur Stärkung des Risikokapitals (z. B. Thesaurierung, Aufnahme von weiterem Nachrangkapital in 2013) vorgeschlagen und umgesetzt. Unter Berücksichtigung der Wirkung dieser Maßnahmen wird zum Jahresende 2014 auch weiterhin ein grüner Ampelstatus im Going Concern erwartet. Die regulatorischen Anforderungen an die Kapitalausstattung werden dadurch ebenfalls eingehalten.

Auch im Jahr 2013 haben die Ratingagenturen die Ratings von Banken kritisch beurteilt. Im September hat Moody's angekündigt, das Rating der Bank auf eine mögliche Herabstufung hin zu überprüfen. Als ein wesentlicher Grund wurden die Belastungen aus der anhaltenden Schiffskrise und ihre Auswirkungen auf die Ertragskraft der Bank und ihre Kapitalquoten genannt. Im Ergebnis hat Moody's im Dezember 2013 das Rating für die Bremer Landesbank auf Baa2 (Ausblick negativ) (langfristig) herabgestuft. Das Kurzfrist-Rating ist mit P-2 bestätigt worden. Dagegen ist das Langfrist-Rating von Fitch mit A (stabiler Ausblick) unverändert geblieben (kurzfristig F1).

5.4.2 Kreditrisiko

Kreditrisiko – Entwicklung im Jahr 2013

Das Kreditexposure der Bank beträgt zum 31. Dezember 2013 rund 36.899 Mio. € und ist damit gegenüber dem Vorjahr um rund 4,7 % gesunken.

Der seit Spätsommer 2008 stattfindende drastische Verfall der Charterraten in der Schifffahrt hatte seinen ersten Tiefpunkt im ersten Halbjahr 2010 erreicht. Im weiteren Jahresverlauf 2010 waren dann in wichtigen Teilmärkten Erholungen der Frachtraten zu beobachten. Seit Mitte 2011 verschärfte sich die Krise allerdings wiederum. In der Rohöl- und Bulkschifffahrt reichten die (Spot-)Chartern zeitweise lediglich zur Deckung der Betriebskosten aus, während in der Container-, Multipurpose- und Produktentanker-Schifffahrt noch Zinsen und teilweise Tilgungen verdient werden konnten. In der Folge ist festzustellen, dass sich die niedrigen Charterraten erwartungsgemäß auf die Neubaupreise und in noch stärkerem Umfang auf die Preise für Gebrauchtschiffe niedergeschlagen haben.

Die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat sich insbesondere negativ auf das Schiffsfinanzierungsportfolio ausgewirkt. Das erneute Überangebot an Schifftonnage führte zu sinkenden Charterraten. Rückläufige Wachstumsraten in China und die Rezession in Teilen der Euro-Zone trafen in 2012 und in 2013 auf einen relativ hohen Tonnagezulauf. Im fünften Jahr der Krise, in 2013, konnten zahlreiche Reedereien ihre Schiffe nicht mehr stützen. Die Risikovorsorge verlief daher über den Prognosewerten, die von einer Seitwärtsbewegung auf den Märkten ausgingen.

Die gute Markt- und Ertragslage bei den Erneuerbaren Energien kompensiert einen Großteil der Schifffahrtsproblematik. Die Windenergie ist weiterhin das bedeutendste Teilsegment im Bereich der Finanzierung Erneuerbarer Energien, mit einem starken Wachstum in den letzten Jahren. Die Rahmenbedingungen für Windenergiefinanzierungen waren im Berichtszeitraum trotz Novelierungsbestrebungen zum Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) attraktiv und verlässlich. Des Weiteren trug das historisch niedrige Zinsniveau zu einer verbesserten Rentabilität bei. Die Risiken bei Windparkprojektfinanzierungen sind bisher überschaubar. Einzelwertberichtigung (EWB) und Rückstellung gab es für Windparkprojektfinanzierung nicht. Bis Mitte 2014 ist eine Novellierung des EEG angekündigt. Zu erwarten ist eine stärkere Steuerung des Zubaus von Windenergieanlagen sowie eine Absenkung und Änderung der Vergütungsstrukturen. Der politische Diskurs wird intensiv verfolgt, um einen Anpassungsbedarf der Finanzierungsparameter zeitgerecht umsetzen zu können. Wir erwarten auch über das Jahr 2014 hinaus trotz der angekündigten Gesetzesänderung ein stabiles Geschäftsumfeld. Das Teilsegment Windenergie wird sich nach moderatem Wachstum in 2014 auf dem erreichten, hohen Niveau konsolidieren.

Die Schuldenkrise vieler Euroländer, insbesondere in den sogenannten PIIGS-Staaten, hat sich in 2013 deutlich entspannt. Irland konnte als erstes Land den europäischen Rettungsschirm Ende 2013 verlassen. Die Renditen der Anleihen der PIIGS-Staaten sind deutlich gesunken. Der

Rückgang der Spreads bei den Staatsanleihen wirkte sich auch auf die Spreads im Bankenportfolio der Bremer Landesbank aus. Die hier maßgebliche Benchmark, der Itraxx Financial 5y Senior fiel bis Ende 2013 auf 86 BP (Vorjahr: 141 BP). Durch Kapitalerhöhungen und Risikoabbau haben sich die Banken in Europa stabilisiert. Allerdings leiden viele Banken unter dem niedrigen Zinsniveau und den steigenden notleidenden Krediten aufgrund der insgesamt noch schwierigen Wirtschaftslage im Euro-Raum.

Das Credit Investment Portfolio setzt sich mit Ausnahme einer Kreditderivateposition auf das Staatsrisiko Italien ausschließlich aus Wertpapieren und Kreditderivaten vornehmlich europäischer Banken zusammen. Das Portfolio ist gut diversifiziert. Die Ausfallrisiken werden als eher gering eingeschätzt. Credit Events bei Kreditderivaten resultierten nicht aus Bonitätsgründen, sondern aufgrund von Restrukturierungen bei Nachrangkapital.

Die Bank hat sich im Rahmen einer Solidaraktion der Landesbanken unter Führung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V. (DSGV) an der Stützungsaktion der ehemaligen Sachsen LB beteiligt und Darlehen für die Zweckgesellschaft Sealink Funding Limited gewährt. Aufgrund der Vorrangstellung dieser Darlehen sind die daraus resultierenden Risiken sehr begrenzt. Die Position wurde im Laufe des Jahres 2013 vollständig abgebaut.

Analyse des Gesamtexposures

Die nachfolgende Tabelle vergleicht die Ratingstruktur des Kreditbestandes mit dem Vorjahr. Die Klassifizierung entspricht dabei der Standard-IFD-Ratingskala, auf die sich die in der Initiative Finanzstandort Deutschland (IFD) zusammengeschlossenen Banken, Sparkassen und Verbände geeinigt haben. Diese soll die Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Ratingeinstufungen der einzelnen Kreditinstitute verbessern.

Die Ratingklassen der in der Bank genutzten 27-stufigen DSGV-Rating-Masterskala können direkt in die IFD-Klassen überführt werden.

Kreditgeschäft nach Ratingstruktur

Ratingstruktur ¹⁾²⁾	Darlehen ³⁾	Wertpapiere ⁴⁾	Derivate ⁵⁾	Sonstige ⁶⁾	Gesamt	
Mio. €	31.12.2013				31.12.2013	31.12.2012
sehr gut bis gut	11.754	4.570	1.940	5.712	23.976	24.883
gut/zufriedenstellend	2.047	170	554	508	3.279	4.495
noch gut/befriedigend	2.575	35	158	732	3.500	3.979
erhöhtes Risiko	1.164	105	166	82	1.517	1.409
hohes Risiko	567	—	6	47	620	748
sehr hohes Risiko	1.422	—	8	21	1.451	1.367
Default (=NPL)	2.526	—	10	20	2.556	1.827
Gesamt	22.055	4.881	2.842	7.121	36.899	38.708

¹⁾ Zuordnung gemäß IFD-Ratingklassen.

²⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

³⁾ Beinhaltet in Anspruch genommene bzw. zugesagte Kredite, Bürgschaften, Garantien und andere nicht-derivative außerbilanzielle Aktiva, wobei analog zur internen Berichterstattung die unwiderruflichen und die widerruflichen Kreditzusagen anteilig einbezogen sind.

⁴⁾ Beinhaltet den Wertpapier-Eigenbestand fremder Emittenten (nur Anlagebuch).

⁵⁾ Beinhaltet derivative Finanzinstrumente wie Finanzswaps, Optionen, Futures, Forward Rate Agreements und Devisengeschäfte.

⁶⁾ Beinhaltet sonstige Produkte wie Durchleitungs- und Verwaltungskredite.

Der hohe Anteil in den Klassen „sehr gut“ und „gut“ resultiert aus der großen Bedeutung des Interbankengeschäftes bzw. des Geschäftes mit öffentlichen Haushalten. Insgesamt hat sich 2013 die Risikostruktur des Kreditportfolios weiter verschlechtert. Dies zeigt sich in steigenden Ausfallwahrscheinlichkeiten und einem deutlichen Anstieg der Non-Performing Loans.

Kreditgeschäft nach Regionen

Aufgeteilt nach Regionen stellt sich das Kreditexposure wie folgt dar:

Regionen ¹⁾²⁾³⁾	Darlehen	Wertpapiere	Derivate	Sonstige	Gesamt	
Mio. €	31.12.2013				31.12.2013	31.12.2012
Euro-Länder	20.943	4.660	2.056	7.118	34.777	36.255
- davon Deutschland	19.518	3.951	799	6.875	31.145	31.819
Übriges Europa	273	156	682	4	1.114	1.229
Nordamerika	43	64	103	—	210	301.8557
Lateinamerika	43	—	—	—	43	101.8564
Naher Osten/Afrika	123	—	0	0	123	126.3958
Asien	630	—	1	—	631	693.5455
Übrige	0	—	—	—	0	0
Gesamt	22.055	4.881	2.842	7.121	36.899	38.708

¹⁾ In der Zuordnung der Regionen wurden im Vergleich zum Vorjahr leichte Änderungen vorgenommen (insb. wird Australien/Ozeanien der Region Asien zugeordnet).

²⁾ Die Position „Übrige EU“ aus dem Vorjahr ist in der Position „Übriges Europa“ aufgegangen.

³⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Die Tabellen belegen, dass das Länderrisiko für die Bank von nachgeordneter Bedeutung ist. Der Euro-Raum ist nach wie vor das mit Abstand wichtigste Geschäftsgebiet der Bank.

Die Abweichungen zwischen der Gesamtsumme gemäß vorstehender Tabelle nach Regionen und derjenigen für die in der Bilanz enthaltenen Finanzinstrumente resultieren aus unterschiedlichen Bewertungen und anderen Add-ons.

Der Anteil von Finanzierungsinstitutionen/Versicherern am Gesamtexposure ist mit 30 % (Vorjahr: 32 %) zwar relativ hoch, aber er beinhaltet Institutionen mit sehr guten bis guten Ratingnoten. Die bedeutendsten Kreditrisiken resultieren weiterhin aus dem Spezialfinanzierungs- und Firmenkundengeschäft.

Kreditgeschäft nach Branchengruppen

Branchen ¹⁾	Darlehen	Wertpapiere	Derivate	Sonstige	Gesamt	
Mio. €	31.12.2013				31.12.2013	31.12.2012
Finanzierungsinstitutionen/Versicherer	3.259	2.745	2.534	2.528	11.066	12.505
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	7.377	2.127	132	658	10.294	10856
- davon Grundstücks-, Wohnungswesen	1.334	—	22	150	1.506	1529
- davon öffentliche Verwaltung	3.625	2.109	90	45	5.870	6058
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	6.953	9	62	151	7.175	7637
- davon Schifffahrt	6.429	0	57	45	6.531	6966
Verarbeitendes Gewerbe	700	—	23	88	811	801
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau	2.031	—	45	3.275	5.352	4821
Handel, Instandhaltung, Reparatur	1.283	—	42	178	1.502	1402
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	137	—	2	184	323	298
Baugewerbe	314	—	2	59	376	387
Übrige	0	—	—	—	0	—
Gesamt	22.055	4.881	2.842	7.121	36.899	38.708

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Non-Performing Loans

In der Bank werden für akute Ausfallrisiken bei Vorliegen objektiver Hinweise Einzelwertberichtigungen gebildet. Der Risikovorsorgebedarf basiert auf einer barwertigen Betrachtung der noch zu erwartenden Zins- und Tilgungszahlungen sowie der Erlöse aus der Verwertung von Sicherheiten.

Der Bestand an überfälligen oder wertgeminderten Forderungen in der Bremer Landesbank ist überwiegend durch bankübliche Sicherheiten und sonstige Kreditverbesserungen besichert, deren Bewertung anhand von Beleihungsgrundsätzen erfolgt. Der Bruttobuchwert der Non-Performing Loans mit Wertberichtigungsbedarf ist vor Anrechnung von Sicherheiten zu 28,9 % (Vorjahr: 32,8 %) durch Risikovorsorge abgedeckt.

Der Bestand an Einzelwertberichtigungen (EWB) und Rückstellungen für das Kreditgeschäft ist im Jahr 2013 bedingt durch die andauernde Schifffahrtskrise nochmals deutlich gestiegen. Die EWB-Quote als das Verhältnis von EWB-Bestand zur Summe der Exposures beträgt 1,43 % (Vorjahr: 1,13 %).

Die Gesamtbank-Risikovorsorge verlief mit Netto-EWB-Neubildungen von rund 183 Mio. € oberhalb der Erwartungen.

Risikovorsorgebedarf nach Branchengruppen

Branchen ¹⁾²⁾	Kreditexposure wertgeminderter Forderungen ¹⁾		Bestand EWB		Bestand Rückstellungen für das Kredit- geschäft		Veränderungen EWB/ Rückstellungen	
	Mio. €		2012 ³⁾		2013		2012	
Finanzierungsinstitutionen/Versicherer	19	1	3	10	—	—	-7	0
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	69	84	28	35	3	3	-7	-19
- davon Grundstücks-, Wohnungswesen	23	31	8	11	0	0	-3	0
- davon öffentliche Verwaltung	0	0	0	0	0	0	0	0
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	1.608	1.229	415	311	0	0	104	122
- davon Schifffahrt	1.602	1.224	410	306	0	0	104	125
Verarbeitendes Gewerbe	34	17	21	9	1	1	12	-4
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau	43	41	28	33	5	5	-5	26
Handel, Instandhaltung, Reparatur	39	31	9	16	3	0	-5	5
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	3	4	2	2	0	1	0	-1
Baugewerbe	24	31	15	21	8	9	-7	0
Übrige	—	—	—	—	—	—	—	—
Gesamt	1.841	1.438	522	438	20	18	86	130

¹⁾ Nachrichtliche Angabe: Bruttobuchwert notleidender Forderungen mit WB-Bedarf (Erläuterungen evtl. Differenzen)
Definition Bruttobuchwert: Einer Wertminderung (EWB/PWV) unterliegender Bruttoforderungsbestand vor Wertminderung
inklusive fälliger und rückständiger Zinsen und Nebenleistungen (BIS Wert).

²⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

³⁾ Zahlen wurden im Vergleich zum Vorjahresbericht korrigiert.

Risikovorsorgebedarf nach Regionen

Regionen ¹⁾²⁾	Kreditexposure wertgeminderter Forderungen		Bestand EWB		Bestand Rückstellungen für das Kredit- geschäft		Veränderungen EWB/ Rückstellungen	
	Mio. €		2012 ³⁾		2013		2012	
Euro-Länder	1.780	1.352	516	417	20	18	100	135
Übriges Europa	0	28	0	13	0	0	-13	-3
Nordamerika	—	—	—	—	—	—	0	0
Lateinamerika	0	13	1	9	—	—	-8	6
Naher Osten/Afrika	—	—	—	—	—	—	—	—
Asien	60	44	6	0	0	0	6	-8
Übrige	—	—	—	—	—	—	—	—
Gesamt	1.841	1.438	522	438	20	18	86	130

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

²⁾ Die Position „Übrige EU“ aus dem Vorjahr ist in der Position „Übriges Europa“ aufgegangen.

³⁾ Zahlen wurden im Vergleich zum Vorjahresbericht korrigiert.

Das Exposure in den PIIGS-Staaten (im Wesentlichen Wertpapiere und Kreditderivate) ist im Vergleich zum 31. Dezember 2012 zurückgegangen. Die Credit Spreads haben sich 2013 deutlich eingengt. Die Gefahr eines Auseinanderbrechens der Eurozone konnte mit Blick auf den hohen politischen Willen, die Eurozone als Ganzes zu erhalten, die eingeleiteten internationalen Maßnahmen und auf die in den jeweiligen Ländern eingeleiteten Maßnahmen (weitere Spar- und Reformprogramme) deutlich reduziert werden. Der Portfolioabbau wird sich durch planmäßige Tilgungen in 2014 fortsetzen.

Darstellung des überfälligen Forderungsbestandes nach Branchengruppen

Die folgenden Tabellen geben Auskunft über den in Verzug geratenen, aber noch nicht wertgeminderten Forderungsbestand. Als überfällig werden alle Forderungen ausgewiesen, die ab dem ersten Tag in Überziehung sind.

Branchen ¹⁾	Kreditexposure überfälliger ²⁾ , nicht wertgeminderter Forderungen ³⁾		
	Mio. €	2013	2012
Finanzierungsinstitutionen/Versicherer		19	111
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige		52	41
- davon Grundstücks-, Wohnungswesen		20	18
- davon öffentliche Verwaltung		10	1
Verkehr, Nachrichtenübermittlung		675	704
- davon Schifffahrt		673	696
Verarbeitendes Gewerbe		18	31
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau		104	59
Handel, Instandhaltung, Reparatur		49	49
Land-, Forst- und Fischwirtschaft		5	2
Baugewerbe		1	3
Übrige		—	—
Gesamt		923	1.001

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

²⁾ Der Begriff "wertgemindert" bezieht sich hier ausschließlich auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen. Portfoliowertberichtigungen bleiben unberücksichtigt.

³⁾ Forderungen mit Rückständen > 0 Tage, die nicht wertgemindert sind.

Darstellung des überfälligen Forderungsbestandes nach Regionen

Regionen ¹⁾	Kreditexposure überfälliger ²⁾ , nicht wertgeminderter Forderungen ³⁾		
	Mio. €	2013	2012
Euro-Länder		881	975
Übriges Europa		2	10
Nordamerika		0	0
Lateinamerika		—	—
Naher Osten/Afrika		—	—
Asien		40	16
Übrige		—	—
Gesamt		923	1.001

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

²⁾ Der Begriff "wertgemindert" bezieht sich hier ausschließlich auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen. Portfoliowertberichtigungen bleiben unberücksichtigt.

³⁾ Forderungen mit Rückständen > 0 Tage, die nicht wertgemindert sind.

Verzugsdauer, überfällige nicht wertgeminderte finanzielle Forderungen nach Regionen

Regionen ¹⁾	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen									
	bis 1 Monat		1 bis 3 Monate		3 bis 6 Monate		ab 6 Monate		Gesamt	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Mio. €										
Euro-Länder	437	607	53	116	103	47	288	206	881	975
Übriges Europa	0	0	—	9	—	—	1	1	2	10
Nordamerika	0	—	—	—	—	—	—	—	0	—
Lateinamerika	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Naher Osten/Afrika	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Asien	12	13	11	1	—	—	17	2	40	16
Übrige	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gesamt	449	619	64	126	103	47	306	209	923	1.001

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Das Exposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen sinkt in den ersten drei Laufzeitbändern, im letzten Laufzeitband gibt es einen Anstieg. Der Bestand an überfälligen, nicht wertgeminderten Forderungen besteht zu 44 % (26 %) aus Forderungen, bei denen vereinbarte Zins- oder Tilgungszahlungen mehr als 90 Tage überfällig sind. 49 % (62 %) der Forderungen sind bis zu einem Monat überfällig.

Aufgeteilt nach Überziehungstagen ergeben sich folgende überfällige, nicht wertgeminderte Forderungen an Kunden.

Verzugsdauer ¹⁾	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen	
Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
< 30 Tage	449	619
30–90 Tage	64	126
90–180 Tage	103	47
> 180 Tage	306	209
Gesamt	923	1.001

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen

Im Zusammenhang mit der Verwertung gehaltener Sicherheiten und sonstiger Kreditverbesserungen infolge des Ausfalls von Kreditnehmern hat die Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Vermögensgegenstände erworben.

Im Berichtsjahr wurden direkte Forderungsabschreibungen auf Kredite in Höhe von 9 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €) vorgenommen. Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betragen 4 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €). Für Wertpapiere des Anlagevermögens wurden in der Bremer Landesbank keine direkten Forderungsabschreibungen vorgenommen.

Durch Sicherheitenanrechnung wurden die Risikogewichteten Aktiva per 31. Dezember 2013 um 1,7 Mrd. € (Vorjahr: 1,9 Mrd. €) vermindert, dies entspricht einem Anteil von 10 % (Vorjahr: 10 %) an den gesamten Kreditrisiko-RWA. Hierbei kamen hauptsächlich Bürgschaften und Garantien von Staaten und Banken, finanzielle Sicherheiten und Grundpfandrechte zur Anrechnung.

Durch Inbesitznahme von Sicherheiten, die in Form von Sicherungsgegenständen gehalten werden, oder durch Inanspruchnahme anderer Kreditbesicherungen hat die Bremer Landesbank in der Berichtsperiode keine Vermögensgegenstände erhalten.

Kreditrisiko – Ausblick

Die Bank wird auch im Jahr 2014 ihre Ausfallrisikosteuerung weiterentwickeln. In diesem Zusammenhang werden – wie jedes Jahr – die Risikoparameter und das Kreditrisikomodell insgesamt validiert. Ferner soll der RWA-Managementprozess weiterentwickelt werden, um die Risikorenditeplanung zu optimieren und einen Puffer für zukünftige Krisen aufzubauen. Die weiter zu intensivierenden Ausfallrisikoanalysen mit Schwerpunkt inverses Stresstesting sowie die Risikokonzentrationsanalysen auf Adress- und Kreditportfolioebene werden weitere Impulse zur effizienten Kreditrisikosteuerung in der Bank liefern.

Seit 2010 wird die Höhe der Risikovorsorge in der Bremer Landesbank insbesondere durch die Entwicklungen in der Handelsschifffahrt bestimmt. Die Bank stellt sich in ihrer Risikosteuerung auf ein Fortbestehen der angespannten Situation in der Handelsschifffahrt in den nächsten beiden Jahren ein, ergreift adäquate Maßnahmen, betreibt entsprechende Risikovorsorge und aktives Portfoliomanagement, um notleidende Finanzierungen ohne realistisches Wertaufholungspotenzial abzuwickeln. Für 2014 rechnet die Bank gemäß Mittelfristplanung mit einer Gesamtbank-Risikovorsorge von 171 Mio. €.

Im ersten Halbjahr 2014 wird eine Novellierung des EEG erfolgen. Zu erwarten ist eine stärkere Steuerung des Zubaus von Windenergieanlagen sowie eine Absenkung und Änderung der Vergütungsstrukturen. Der politische Diskurs wird intensiv verfolgt, um einen Anpassungsbedarf der Finanzierungsparameter zeitgerecht umsetzen zu können. Die Bank erwartet auch über das Jahr 2014 hinaus trotz der angekündigten Gesetzesänderung ein stabiles Geschäftsumfeld. Im Teilsegment Windenergie wird sich das bisher hohe Wachstum in 2014 abschwächen.

5.4.3 Beteiligungsrisiko

Beteiligungsrisiko – Entwicklung im Jahr 2013

Das Beteiligungsportfolio wurde während der letzten Jahre einer kritischen Prüfung unterzogen. Die Bank hat sich seither von einigen Beteiligungen getrennt und hat diesen Prozess auch in 2013 weiter vorangetrieben. Hintergrund für den Anstieg des Beteiligungsvolumens sind Auslagerungen von selbst- und fremdgenutzten Immobilien in neu gegründete Kommanditgesellschaften. Auch 2013 wird keine der Beteiligungen im Sinne der MaRisk als wesentlich angesehen.

Beteiligungsrisiko – Ausblick

Die Optimierung des Beteiligungsportfolios ist weitgehend umgesetzt.

5.4.4 Marktrisiko

Marktrisiko – Entwicklung im Jahr 2013

Das Credit-Investment-Portfolio entwickelte sich in 2013 weitgehend im Rahmen der Erwartungen. Neben den planmäßigen Fälligkeiten von 521 Mio. € erfolgte ein zusätzlicher strategischer Abbau in Höhe von 617 Mio. € als Beitrag zur RWA-Reduzierung. Das verbliebene Portfolio von 4,9 Mrd. €, das sich, mit Ausnahme von 73 Mio. € Staatsrisiko Italien, im Wesentlichen auf Landesbanken (mit Gewährträgerhaftung) und westeuropäische, überwiegend systemrelevante Kreditinstitute konzentriert, wird sich bis Ende 2015 durch Tilgungen auf unter 1 Mrd. € reduzieren.

Die bereits 2012 begonnenen Kapitalerhöhungen und der Risikoabbau setzten sich in 2013 mit Blick auf den EZB-Stresstest in 2014 fort. Die Abhängigkeit von der EZB-Refinanzierung wurde reduziert. Belastet werden die Banken vor allem von dem niedrigen Zinsniveau und den anhaltend hohen Risikovorsorgen, da aufgrund der insgesamt schwachen Wirtschaft im Euro-Raum die notleidenden Kredite weiter zunehmen. Im zweiten Halbjahr 2014 werden die Ergebnisse des Stresstests der EZB veröffentlicht. Es ist nicht auszuschließen, dass Banken im Portfolio der Bremer Landesbank zusätzlichen Kapitalbedarf haben könnten. In Einzelfällen dürfte dies aus heutiger Sicht nicht ohne eine staatliche Unterstützung möglich sein. In diesem Fall müssen sich Nachranggläubiger an Restrukturierungsmaßnahmen beteiligen und es kann zu einem Credit Event Restructuring kommen.

Das Credit-Spread-Risiko stellt im Credit-Investment-Portfolio das wesentliche Marktrisiko dar. Im Laufe des Jahres 2013 waren eine deutliche Einengung der Spreads sowie ein reduzierte Spread-Volatilität zu beobachten. Diese Effekte haben den Rückgang des Marktrisikos im Credit-Investment-Portfolio begünstigt.

Daneben stellt das Zinsrisiko ein wesentliches Marktrisiko im Portfolio der Bremer Landesbank dar. Dieses Risiko zeigt sich im Jahr 2013 sehr stabil auf einem moderaten Niveau, da sich sowohl das Zinsniveau als auch die korrespondierende Volatilität nicht maßgeblich bewegt haben.

In der folgenden Tabelle werden die Marktrisiken der Bank inklusive Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches im Berichtsjahr sowie im Vorjahr gezeigt:

Marktrisiken – Überblick

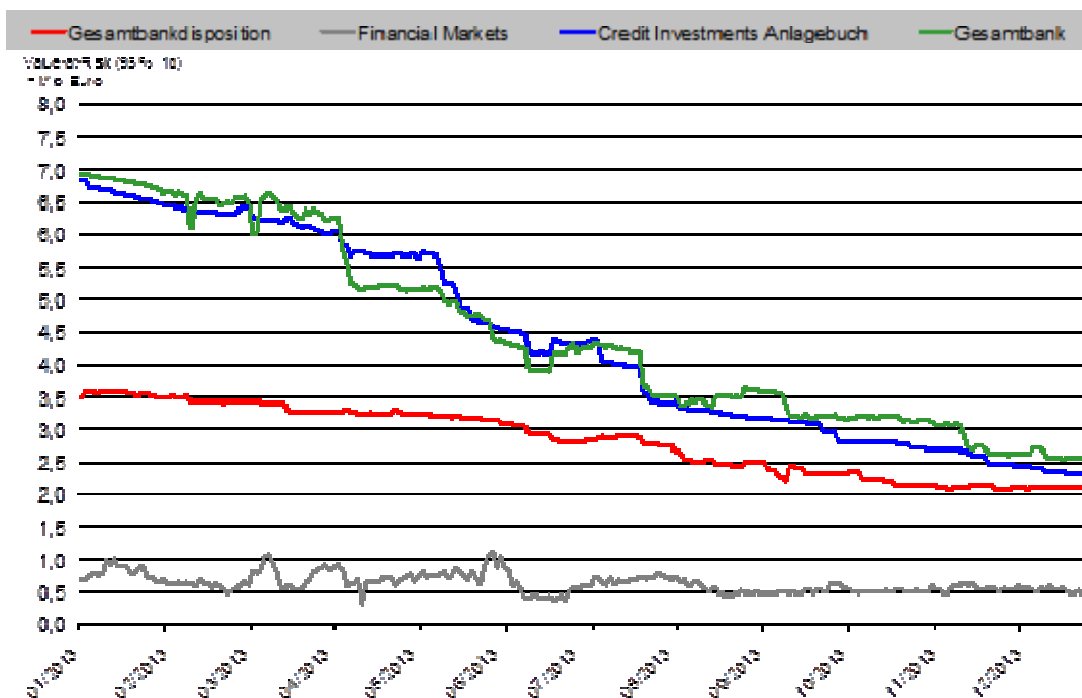
Mio. €	Maximum		Durchschnitt		Minimum		Jahresendwert	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Zinsrisiko (VaR)	3.53	5.22	2.81	4.43	1.97	3.50	2.00	3.50
Währungsrisiko (VaR)	0.10	0.30	0.04	0.12	0.00	0.00	0.06	0.03
Aktienkurs- und Fondsrisiko (VaR)	0.31	0.37	0.15	0.18	0.02	0.03	0.02	0.03
Volatilitätsrisiko (VaR)	0.04	0.03	0.02	0.02	0.01	0.02	0.01	0.02
Gesamtrisiko (VaR)	3.53	5.13	2.78	4.18	1.87	3.43	2.04	3.43

Die Auslastung des Marktrisikolimits für die Gesamtbank lag im Jahresdurchschnitt bei 48 % (die maximale Auslastung betrug 57 %, die minimale Auslastung 38 %). Zum Bilanzstichtag

31. Dezember 2013 betrug der Value-at-Risk (Konfidenzniveau von 95 % und Haltedauer von einem Tag) der Bank 2,04 Mio. €. Im Berichtsjahr 2013 beträgt die durchschnittliche Auslastung des Risikolimits der OE Financial Markets 29 %, die der Gesamtbankdisposition 57 %.

Der Verlauf des Value-at-Risk der Gesamtbank (inklusive der Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches) wird in der nachstehenden Grafik für das Jahr 2013 gezeigt.

Marktrisiken Value-at-Risk-Verläufe



Im Berichtsjahr 2013 ergaben die durchgeführten Stresstests auf Gesamtbankebene ein maximales Risiko von 88 Mio. € sowie einen Durchschnittswert von 78 Mio. € bei einem Minimum von 65 Mio. €. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2013 betrug der Stresstestwert der Gesamtbank 65 Mio. €.

Im Berichtsjahr 2013 betrug das Zinsänderungsrisiko bezogen auf das haftende Eigenkapital durchschnittlich 9,7 %. Die Ergebnisse zeigen, dass die Bank weit von einer Klassifizierung als „Institut mit erhöhten Zinsänderungsrisiken“ entfernt ist. Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, werden nicht in die barwertige Ermittlung der Zinsänderungsrisiken mit einbezogen.

Marktrisiko – Ausblick

In 2014 werden neue regulatorische Anforderungen wie bspw. Prudent Valuation umgesetzt sowie der Marktdatenprozess weiter entwickelt. Für das Jahr 2014 erwartet die Bank weiterhin ein stabiles Marktumfeld. Mit einer weiteren deutlichen Einengung der Credit-Spreads ist ebenso wenig zu rechnen wie mit einer massiven Zinsbewegung.

5.4.5 Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko – Entwicklung im Jahr 2013

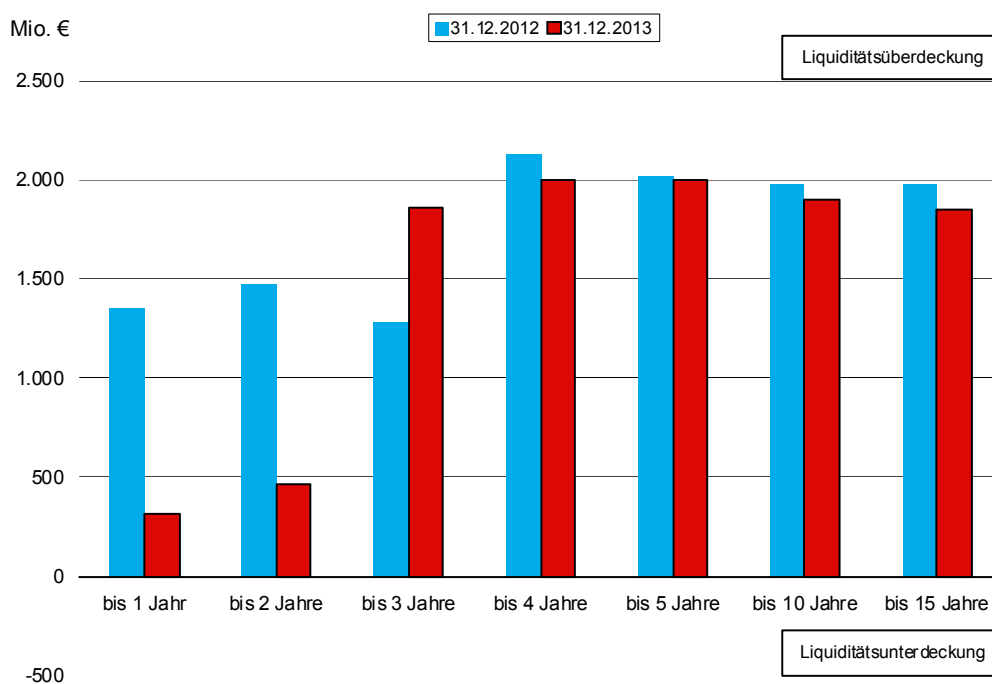
Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise sind nach wie vor an den Geld- und Kapitalmärkten zu beobachten. Die Bank hatte weiterhin ausreichenden Zugang zum Geld- und Kapitalmarkt durch angemessen diversifizierte Anlegergruppen und Produkte. Dies zeigt sich darin, dass die Bremer Landesbank sich im Marktvergleich zu guten Bedingungen am Geld- und Kapitalmarkt refinanzieren konnte. Die langfristige Refinanzierung auf gedeckter als auch ungedeckter Basis wird hierbei wesentlich durch langfristige Emissionen und Kundeneinlagen sichergestellt. Durch aufmerksame Beobachtung der Märkte und aktive Liquiditätssteuerung war im Geschäftsjahr 2013 jederzeit sichergestellt, dass die Bank mit ausreichend Liquidität ausgestattet ist.

Die Gegenüberstellung der Zahlungsmittel und der Zahlungsverpflichtungen ergibt die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung, welche mindestens Eins betragen muss. Die Anforderung wurde im Berichtsjahr 2013 durchgängig erfüllt und lag per 31. Dezember 2013 bei 2,15.

Im Jahr 2013 bestand für die Bank im dynamischen Szenario des Liquiditätsstresstests kein Signal auf einen potenziellen Engpass in der Liquiditätssituation.

Die Anforderungen an den vorzuhaltenden Liquiditätspuffer nach den Mindestanforderungen an das Risikomanagement sind eingehalten worden; die Auslastung des Liquiditätspuffers für eine Woche betrug zum Stichtag 20 % (Vorjahr: 50 %). Die Auslastung des Liquiditätspuffers für einen Monat betrug zum Stichtag 22 % (Vorjahr: 50 %).

Die zur internen Steuerung des Refinanzierungsrisikos genutzte Liquiditätsablaufbilanz stellt sich zum Berichtsstichtag wie folgt dar:



Kumulierte Liquiditätsabläufe

Die Liquiditätsablaufbilanz der Bank zeigt zum 31. Dezember 2013, dass die Liquiditätssituation weiterhin auskömmlich ist. Die zur Steuerung genutzten Liquiditätslimite wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr stets eingehalten.

Verbindlichkeiten Mio. €	31.12.2013		31.12.2012	
	Volumen	Anteil	Volumen	Anteil
Kreditinstitute	10.943	34 %	11.775	35 %
Kunden	9.909	31 %	10.288	30 %
Verbriefte Verbindlichkeiten	8.023	25 %	8.442	25 %
Kapital	1.343	4 %	1.307	4 %
Rest	2.017	6 %	2.249	7 %
Summe Passiva	32.235		34.061	
Gedekte Refinanzierung (gesamt)	5.030		4.663	
Öffentliche Pfandbriefe	3.822	76 %	3.479	75 %
Hypothekendarlehen	957	19 %	891	19 %
Schiffspfandbriefe	251	5 %	293	6 %

Die Refinanzierung der Bremer Landesbank setzt sich im Wesentlichen zusammen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 34 % (Vorjahr: 35 %), gegenüber Kunden mit 31 % (Vorjahr: 30 %) und verbrieften Verbindlichkeiten mit 25 % (Vorjahr: 25 %). Neben ungedeckten Wertpapieren nutzt die Bremer Landesbank dabei auch gedeckte Wertpapiere, darunter Öffentliche Pfandbriefe, Immobilien- und Schiffspfandbriefe. Der Anteil der gedeckten Refinanzierung beläuft sich auf 16 % (Vorjahr: 14 %).

Ende 2013 hat die Überprüfung der Ratings durch die Ratingagentur Moody's zu einer Neubewertung geführt. Während Moodys's das Langfrist-Rating auf Baa2 gesenkt hat, ist das Kurzfrist-Rating von P-2 bestätigt worden. Mögliche Auswirkungen auf die Refinanzierung werden analysiert und im Rahmen der Liquiditätssteuerung eingewertet.

Im Berichtsjahr 2013 hat die Bank durch den weiteren Ausbau des Liquiditätsmanagements und -controllings im Rahmen eines Projekts den gestiegenen Anforderungen Rechnung getragen. Ein Schwerpunkt lag darin, die Liquiditätskosten und Liquiditätsrisikokosten in den Instrumenten der Gesamtbanksteuerung in der Vor- und Nachkalkulation des Aktivgeschäftes zu berücksichtigen. Die Bank entwickelt die Methoden und Modelle der Liquiditätsrisikosteuerung systematisch in enger Abstimmung innerhalb der NORD/LB-Gruppe weiter.

Liquiditätsrisiko – Ausblick

Die Bank erwartet an den Geld- und Kapitalmärkten auf Sicht keine nachhaltige Entspannung. Von daher werden die Entwicklungen zwischen den Banken und die Marktversorgung durch die Zentralbank weiter eng beobachtet.

Die Entwicklungen im Jahr 2014 sind darauf gerichtet, die umfangreichen aufsichtsrechtlichen Anforderungen aus dem Kontext Basel III/CRD IV in der Liquiditätssteuerung berücksichtigen zu können, insbesondere auch hinsichtlich der Liquidity Coverage Ratio (LCR).

5.4.6 Operationelles Risiko

Operationelles Risiko – Entwicklung im Jahr 2013

Die eingetretenen Schadensfälle des Jahres 2013 werden insgesamt als unwesentlich aus Gesamtbanksicht eingeschätzt. Der Bruttobetrag aller gemeldeten Schadensfälle (inklusive Fällen, die auch das Kreditrisiko betreffen) betrug in 2013 2,2 Mio. € (Vorjahr: 2,4 Mio. €). Unter Berücksichtigung von Schadensminderungen ergibt sich eine Netto-Schadenfallsumme von 0,5 Mio. €.

Nettoschäden in % der Gesamtschadenssumme (ohne Schäden mit Kreditbezug)

Schadensfalldatenbank	Anteil 31.12.2013	Anteil 31.12.2012
Externe Einflüsse	8.9 %	6.9 %
Interne Abläufe	0.0 %	2.7 %
Mitarbeiter	90.5 %	89.4 %
Technologie	0.6 %	1.0 %

Basierend auf den Ergebnissen des Risk-Assessments, der Risikoindikatoren und den Einträgen in der Schadensfalldatenbank geht die Bank nicht davon aus, dass aus operationellen Risiken existenzgefährdende Schäden mit hoher Wahrscheinlichkeit eintreten werden.

Prozessrisiken: In einem Verfahren wurde die Bank in 2012 in zweiter Instanz zur Zahlung weiterer 2,18 Mio. € verurteilt (12 % des ursprünglichen Streitwertes); dieses Verfahren ist noch nicht rechtskräftig abgeschlossen, da die Gegenseite beim BGH Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision eingelegt hat, über die bisher seitens des BGH noch nicht entschieden wurde. In jedem Fall können diese Ansprüche die Bank in ihrer Existenz nicht gefährden.

Operationelles Risiko – Ausblick

Auch für das Jahr 2014 geht die Bank davon aus, dass Schadensfälle aus operationellen Risiken wie in den Vorjahren im geringen Umfang vorliegen werden.

5.5 Sonstige Risiken

Über die bereits dargestellten Kredit-, Beteiligungs-, Markt-, Liquiditäts- und operationellen Risiken hinaus sind die sonstigen Risiken von untergeordneter Bedeutung für die Bank.

5.6 Gesamtaussagen

Gesamtaussage zur Risikolage

Die Bank verfolgt eine nachhaltige Risikopolitik. Sie hat für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zur Begrenzung getroffen. Das Verlustpotenzial steht in einem angemessenen Verhältnis zur

substanziellen Tragfähigkeit der Bank. Die Wirksamkeit der Risikosteuerungssysteme hat sich bereits vor dem Hintergrund der marktübergreifenden Liquiditäts- und Kreditkrise bewährt. Die gewonnenen Erkenntnisse werden für die Weiterentwicklung der Risikosteuerungssysteme in allen Risikoarten genutzt.

Das Risikotragfähigkeitskonzept der Bremer Landesbank wird durch Stressbetrachtungen ergänzt. In 2013 erfolgte eine Weiterentwicklung der bestehenden Stressszenarien und eine Einbindung inverser Stressbetrachtungen. Für 2014 ist eine laufende Weiterentwicklung und eine Einbindung der Ergebnisse in die bestehende Reportinglandschaft geplant. Ferner soll der RWA-Managementprozess weiterentwickelt werden, um die Risikorenditeplanung zu optimieren und einen Puffer für zukünftige Krisen aufzubauen.

Der Auslastungsgrad in der Risikotragfähigkeit beläuft sich zum 31. Dezember 2013 auf 57,9 % und liegt damit über dem Niveau des Vorjahres von 19,7 % per 31. Dezember 2012. Grund für den Anstieg ist zum einen eine zunehmende Belastung der Risikotragfähigkeit aus der fortdauernden Schifffahrtskrise. Zum anderen wird das gruppenweit abgestimmte RTF-Limit berücksichtigt und deshalb nur ein Teilbetrag von 282 Mio. € des freien Kapitals in Höhe von 532,5 Mio. € angerechnet. Der Auslastungsgrad liegt unter Berücksichtigung des gesamten Risikokapitals bei 30,6 %.

Mit Blick auf den weiteren Verlauf in 2014 und 2015 wird der Druck auf die Risikotragfähigkeit und die Kapitalquote auch weiter bestehen. Zusätzlich werden in 2014 negative Effekte durch Basel III erwartet. Auf Basis der perspektivisch steigenden Belastungen werden die im Rahmen des RWA- und Shortfallmanagements eingeleiteten Maßnahmen weiter intensiviert. Es erfolgen Restrukturierungen auf Einzelfallebene bei Schiffsfinanzierungen sowie der Verkauf einzelner Positionen des Credit Investment Portfolios und kapitalstärkende Maßnahmen, die eine Kompensation der Belastungen bewirken. Diese lassen auch zum Jahresende 2014 weiterhin einen grünen Ampelstatus im Going Concern erwarten.

Im Jahr 2013 hat Moody's das Rating für die Bremer Landesbank auf Baa2 (Ausblick negativ) (langfristig) herabgestuft. Das Kurzfrist-Rating ist mit P-2 bestätigt worden. Dagegen ist das Langfrist-Rating von Fitch mit A (stabiler Ausblick) unverändert geblieben (kurzfristig F1).

Die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat sich insbesondere negativ auf das Schiffsfinanzierungsportfolio ausgewirkt. Zahlreiche Reedereien konnten ihre Schiffe nicht mehr stützen, die Risikovorsorge verlief über den Prognosewerten. Die Bank stellt sich in ihrer Risikosteuerung auf ein Fortbestehen der angespannten Situation in der Handelsschifffahrt in den nächsten beiden Jahren ein, ergreift adäquate Maßnahmen, betreibt entsprechende Risikovorsorge und aktives Portfoliomanagement, um notleidende Finanzierungen ohne realistisches Wertaufholungspotenzial abzuwickeln. Für 2014 rechnet die Bank gemäß Mittelfristplanung mit einer Gesamtbank-Risikovorsorge von 171 Mio. €.

Die gute Markt- und Ertragslage bei den Erneuerbaren Energien kompensiert einen Großteil der Schifffahrtsproblematik, die Windenergie ist weiterhin das bedeutendste Teilsegment. Die Risiken bei Windparkprojektfinanzierungen sind bisher überschaubar. Einzelwertberichtigung (EWB) und

Rückstellung gab es für Windparkprojektfinanzierung nicht. Bis Mitte 2014 wird eine Novellierung des EEG erfolgen. Die politische Diskussion über die Umsetzung der von allen Parteien getragenen Energiewende wird intensiv verfolgt um einen Anpassungsbedarf der Finanzierungsparameter zeitgerecht umsetzen zu können.

Das Credit-Investment-Portfolio wird sich in den nächsten Jahren durch Fälligkeiten und Neugeschäftsverbot weiter kontinuierlich reduzieren und bis zum Ende des Jahres 2015 bis auf unter 1 Mrd. € abgebaut sein. Die Schuldenkrise vieler Euroländer, insbesondere in den sogenannten PIIGS-Staaten, hat sich in 2013 deutlich entspannt. Der Rückgang der Spreads bei den Staatsanleihen wirkte sich auch auf die Spreads im Bankenportfolio der Bremer Landesbank aus. Das Credit Investment ist gut diversifiziert. Die Ausfallrisiken werden als eher gering eingeschätzt. Credit Events bei Kreditderivaten resultierten nicht aus Bonitätsgründen, sondern aufgrund von Restrukturierungen bei Nachrangkapital.

Das Credit-Spread-Risiko stellt im Credit-Investment-Portfolio das wesentliche Marktrisiko dar. Im Laufe des Jahres 2013 haben eine deutliche Einengung der Spreads sowie eine reduzierte Spread-Volatilität den Rückgang des Marktrisikos im Credit-Investment-Portfolio begünstigt. In 2014 werden neue regulatorische Anforderungen wie bspw. Prudent Valuation umgesetzt sowie der Marktdatenprozess weiter entwickelt. Für das Jahr 2014 erwartet die Bank weiterhin ein stabiles Marktumfeld. Mit einer weiteren deutlichen Einengung der Credit-Spreads ist ebenso wenig zu rechnen wie mit einer massiven Zinsbewegung.

Durch den weiteren Ausbau des Liquiditätsmanagements und -controllings hat die Bank im Berichtsjahr 2013 im Rahmen eines Projekts den gestiegenen Anforderungen Rechnung getragen. Die Anforderungen an den vorzuhaltenden Liquiditätspuffer nach den Mindestanforderungen an das Risikomanagement sind eingehalten worden; die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung lag per 31. Dezember 2013 bei 2,15.

Die Bank erwartet an den Geld- und Kapitalmärkten auf Sicht keine nachhaltige Entspannung, die Entwicklungen zwischen den Banken und die Marktversorgung durch die Zentralbank werden weiter eng beobachtet. Im Jahre 2015 werden die letzten Refinanzierungsmittel auslaufen, die unter Anstaltslast und Gewährträgerhaftung begeben wurden. Die Bank hat bereits heute mit Liquidität für einen stetigen Geschäftsgang vorgesorgt.

Die dem operationellen Risiko zuzurechnenden eingetretenen Schadensfälle des Jahres 2013 werden insgesamt als unwesentlich aus Gesamtbanksicht eingeschätzt. Auch für das Jahr 2014 geht die Bank davon aus, dass Schadensfälle aus operationellen Risiken wie in den Vorjahren im geringen Umfang vorliegen werden.

Am 14. Dezember 2012 hat die BaFin die Endfassung der vierten MaRisk-Novelle veröffentlicht. Die notwendigen Anpassungen und Ergänzungen (Kapitalplanungsprozess, Risikocontrolling-Funktion, Compliance-Funktion, Verrechnungssystem für Liquiditätskosten, -nutzen und -risiken) hat die Bank in fachlicher Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe umgesetzt.

Die Entwicklung der Bremer Landesbank ist derzeit vor allem von der weiterhin unsicheren Entwicklung auf den Schiffsmärkten abhängig. Risiken können sich zudem aus im Zuge des anstehenden asset quality review der Europäischen Zentralbank geänderten Parametern und dem sich für den Konzern NORD/LB anschließenden Stresstest ergeben. Die Bremer Landesbank hält diese Einflüsse jedoch für beherrschbar und wird die Entwicklungen weiterhin aufmerksam beobachten und analysieren.

6. Disclaimer – Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen zur Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Bremer Landesbank, die auf den derzeitigen Plänen, Einschätzungen, Prognosen und Erwartungen beruhen. Die Aussagen beinhalten Risiken und Unsicherheiten. Denn es gibt eine Vielzahl von Faktoren, die auf das Geschäft der Bremer Landesbank einwirken und zu großen Teilen außerhalb ihres Einflussbereiches liegen. Dazu gehören vor allem die konjunkturelle Entwicklung, die Verfassung der Finanzmärkte weltweit und mögliche Kreditausfälle. Die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen können also erheblich von den im Bericht getroffenen Annahmen abweichen. Sie haben daher nur zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Gültigkeit. Es wird seitens der Bremer Landesbank keine Verpflichtung übernommen, die zukunftsgerichteten Aussagen angesichts neuer Informationen oder unerwarteter Ereignisse zu aktualisieren.

Bericht des Aufsichtsrates

Der Vorstand der Bank unterrichtete den Aufsichtsrat und den von ihm eingesetzten Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss sowie den Prüfungs- und Förderausschuss regelmäßig über die geschäftliche Entwicklung und über die Lage der Bank. In seinen Sitzungen ließ sich der Prüfungsausschuss zudem von der Revision und Compliance über deren Feststellungen berichten. In vier Aufsichtsratssitzungen, fünf Sitzungen des Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschusses, drei Prüfungsausschuss- sowie drei Förderausschusssitzungen wurden Grundsatzfragen der Geschäftspolitik und des betrieblichen Bereiches eingehend erörtert. Die Gremien haben über die ihnen vorgelegten Geschäftsvorfälle und sonstigen Angelegenheiten, die nach der Satzung und den in deren Rahmen erlassenen Regelungen der Entscheidung dieser Gremien bedürfen, die entsprechenden Beschlüsse gefasst.

Den Jahresabschluss der Bremer Landesbank für das Geschäftsjahr 2013 hat die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, geprüft. Er entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Die Prüfungsgesellschaft hat den Jahresabschluss mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Ergänzend nahm der Wirtschaftsprüfer an der Jahresabschlusssitzung des Aufsichtsrates am 28. März 2014 teil und berichtete über die Ergebnisse der Prüfung.

Der Aufsichtsrat hat dem Ergebnis der Prüfung des Abschlussprüfers zugestimmt und nach dem Ergebnis seiner eigenen Prüfung keine Einwendungen erhoben. In seiner Sitzung am 28. März 2014 billigte der Aufsichtsrat den Lagebericht sowie den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013, der damit festgestellt ist.

Der Aufsichtsrat schlägt der Trägerversammlung vor, dem Vorstand Entlastung zu erteilen und den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2013 der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – von 36 Mio. € in die Gewinnrücklagen einzustellen. Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2012 in Höhe von 31 Mio. € wird aus dem Gewinnvortrag ebenfalls den Gewinnrücklagen zugeführt.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand der Bank für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit und spricht ihm sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank seinen Dank und seine Anerkennung für die im Jahr 2013 geleistete Arbeit aus.

Bremen, 28. März 2014

Die Vorsitzende des Aufsichtsrates



Bürgermeisterin Karoline Linnert

Bericht der Trägerversammlung

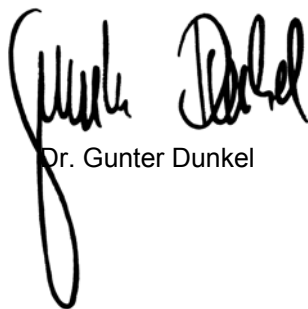
Die Trägerversammlung trat im Berichtsjahr zweimal zusammen, um die ihr durch Gesetz und Satzung auferlegten Aufgaben wahrzunehmen.

Am 28. März 2014 beschloss die Trägerversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrates den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2013 der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – in die Gewinnrücklagen einzustellen sowie den Jahresüberschuss 2012 aus dem Gewinnvortrag den Gewinnrücklagen zuzuführen. Außerdem erteilte sie dem Vorstand der Bank Entlastung. Darüber hinaus haben die Träger dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt.

Die Trägerversammlung dankt dem Aufsichtsrat, dem Vorstand und den Mitarbeitern der Bank für die im Jahr 2013 geleistete Arbeit.

Bremen, 28. März 2014

Der Vorsitzende der Trägerversammlung



Dr. Gunter Dunkel

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2013

Aktivseite

Mio. €			31.12.2012
1. Barreserve			65
a) Kassenbestand		5	5
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		60	71
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		(60)	(71)
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind			—
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		—	20
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		(—)	(20)
3. Forderungen an Kreditinstitute			4.193
b) Kommunkalkredite		3.475	3.130
c) andere Forderungen		718	704
darunter: täglich fällig		(270)	(274)
gegen Beleihung von Wertpapieren		(—)	(0)
4. Forderungen an Kunden			22.266
a) Hypothekendarlehen		1.633	1.628
b) Kommunkalkredite		4.697	5.059
c) andere Forderungen		15.936	16.579
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren		(—)	(0)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			4.861
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		4.861	5.710
ba) von öffentlichen Emittenten	2.109		2.160
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	(2.109)		(2.160)
bb) von anderen Emittenten	2.752		3.550
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	(2.545)		(3.279)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			18
6a. Handelsbestand			146
7. Beteiligungen			19
darunter: an Kreditinstituten		(5)	(5)
an Finanzdienstleistungsinstituten		(0)	(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			119
darunter: an Kreditinstituten		(0)	(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten		(1)	(1)
9. Treuhandvermögen			87
darunter: Treuhandkredite		(3)	(4)
11. Immaterielle Anlagewerte			2
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		2	2
12. Sachanlagen			27
14. Sonstige Vermögensgegenstände			421
15. Rechnungsabgrenzungsposten			11
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		10	12
b) andere		1	1
Summe der Aktiva			32.235
			34.061

Passivseite

Mio. €			31.12.2012	
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			10.943	11.775
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		336		396
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		889		894
c) andere Verbindlichkeiten		9.718		10.485
darunter: täglich fällig		(1.020)		(1.867)
zur Sicherstellung aufgenommenen Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		(0)		(—)
zur Sicherstellung aufgenommenen Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte öffentliche Namenspfandbriefe		(111)		159
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			9.909	10.288
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		319		318
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		2.469		2.658
c) Spareinlagen		218		194
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	213			186
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	5			8
d) andere Verbindlichkeiten		6.903		7.118
darunter: täglich fällig		(3.168)		(3.088)
zur Sicherstellung aufgenommenen Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		(—)		(—)
zur Sicherstellung aufgenommenen Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte öffentliche Namenspfandbriefe		(—)		(—)
3. Verbriefte Verbindlichkeiten			8.023	8.442
a) begebene Schuldverschreibungen		8.023		8.442
aa) Hypothekenspfandbriefe	581			498
ab) öffentliche Pfandbriefe	2.052			1.866
ac) sonstige Schuldverschreibungen	5.390			6.078
3a. Handelsbestand			40	358
4. Treuhandverbindlichkeiten			87	40
darunter: Treuhandkredite			(3)	(4)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			287	367
6. Rechnungsabgrenzungsposten			17	21
a) aus dem Emissions- und Darlehengeschäft		17		21
7. Rückstellungen			294	268
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		218		194
b) Steuerrückstellungen		16		16
c) andere Rückstellungen		60		58
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			750	700
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			542	495
darunter: für Handelsbestand			(6)	(5)
12. Eigenkapital			1.343	1.307
a) gezeichnetes Kapital		265		265
aa) Stammkapital	265			265
b) Kapitalrücklage		478		478
c) Gewinnrücklagen		600		533
cc) andere Gewinnrücklagen	600			533
d) Bilanzgewinn		0		31
Summe der Passiva			32.235	34.061

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Mio. €		31.12.2012	
1. Eventualverbindlichkeiten		3.013	3.360
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	3.013		3.360
2. Andere Verpflichtungen		1.937	1.804
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.937		1.804

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013

Mio. €		1.1.– 31.12.2012	
1. Zinserträge aus		1.047	1.212
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	970		1.106
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	77		106
2. Zinsaufwendungen		676	790
		371	422
3. Laufende Erträge aus		7	9
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0		0
b) Beteiligungen	3		4
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	4		5
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		30	32
5. Provisionserträge		53	56
6. Provisionsaufwendungen		8	7
		45	49
7. Nettoertrag des Handelsbestands		11	10
davon: Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken		(1)	(1)
8. Sonstige betriebliche Erträge		37	11
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		187	185
a) Personalaufwand		105	103
aa) Löhne und Gehälter	74		76
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	31		27
darunter: für Altersversorgung	(19)		(14)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		82	82
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		5	5
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen		30	22
12a. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken		46	50
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		175	201
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		5	0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		1	3
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		54	73
21. Außerordentliche Aufwendungen		6	6
22. Außerordentliches Ergebnis		-6	-6
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		12	15
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		0	0
		12	15
26. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne		—	21
27. Jahresüberschuss		36	31
28. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr		31	—
32. Einstellungen in Gewinnrücklagen		67	0
d) in andere Gewinnrücklagen	67		0
34. Bilanzgewinn		0	31

Anhang

1. Allgemeine Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und den Grundlagen für die Währungs-umrechnung in Euro

1.1 Grundlagen zur Aufstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss der Bremer Landesbank zum 31. Dezember 2013 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB; zuletzt geändert am 4. Oktober 2013) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) erstellt.

Die Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung basiert auf der RechKredV. Die Vergleichswerte von 2012 beinhalten die im Vorjahr festgestellten und veröffentlichten sowie testierten Werte. Die Bilanz ist gemäß § 268 Abs. 1 HGB unter Berücksichtigung der Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt worden.

1.2 Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – Anlagebestand

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute werden zum Nennwert bilanziert. Soweit bei Hypothekendarlehen und anderen Forderungen Unterschiedsbeträge zwischen Nennbeträgen und Auszahlungsbeträgen bestehen, die Zinscharakter haben, erfolgt die Bilanzierung gemäß § 340e Abs. 2 HGB zum vollen Wert. Die Unterschiedsbeträge werden unter den Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und planmäßig aufgelöst.

Minder- oder unverzinsliche Forderungen werden mit dem Barwert angesetzt, gegebenenfalls korrigiert um Einzel- und Pauschalwertberichtigungen.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wird durch Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Die Einschätzung der Risiken aus der Inanspruchnahme aus Eventualverbindlichkeiten erfolgt im Rahmen der Einzelfallbetrachtung analog der Bildung von Einzelwertberichtigungen. Die Berücksichtigung von Länderrisiken erfolgt unter Prüfung der Einhaltung der Länderlimite (Ratingverfahren für Länder- und Transferrisiken). Eine Einzelwertberichtigung wird einzelfallbezogen ermittelt. Die Vorsorgen für Länderrisiken wurden nach unveränderten Grundsätzen ermittelt. Für sonstige allgemeine Kreditrisiken bestehen angemessene Pauschalwertberichtigungen. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung erfolgt weiterhin auf Basis der Verlautbarungen des BFA 1/1990 und des BMF vom 10. Januar 1994.

Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Wertpapiere des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten bewertet, soweit keine dauerhaften Wertminderungen vorliegen. Die Wertpapiere des Anlagebestands werden grundsätzlich bis zur Endfälligkeit gehalten. Es handelt sich hierbei um Emittenten, bei denen derzeit keine Ausfallrisiken erkennbar sind und auch zukünftig keine akuten Bonitätsverschlechterungen erwartet werden. Die Abgrenzung der Wertpapiere des Anlagebestands und der Wertpapiere der Liquiditätsreserve – sämtlich börsenfähige Titel – erfolgt über Depotbestandskonten.

Optionsprämien und Future-Margin-Zahlungen aus noch nicht fälligen Geschäften sowie anteilige Zinsen aus Zinsswapgeschäften werden unter den Sonstigen Vermögensgegenständen bzw. Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen, noch nicht amortisierte Beträge aus Zinsbegrenzungsvereinbarungen bzw. noch nicht amortisierte Upfront-Beträge aus Zinsswapgeschäften sind in den Rechnungsabgrenzungsposten enthalten.

Für Credit Default Swaps (CDS), bei denen die Bank in der Sicherungsgeber-Position ist, erfolgt die bilanzielle Behandlung analog der Verfahrensweise bei Eventualforderungen und -verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen. Ist mit einer Inanspruchnahme aus dem CDS zu rechnen, werden Rückstellungen gebildet. Erfolgskomponenten aus CDS in der Sicherungsgeber-Position werden im Provisionsertrag ausgewiesen.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden mit den Anschaffungskosten oder im Falle einer dauernden Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert ausgewiesen, wobei sich der beizulegende Wert aus dem Barwert der mit dem Eigentum an dem Unternehmen verbundenen zukünftigen Nettozuflüsse an die Unternehmenseigner (Zukunftserfolgswert) ergibt.

Die zur Ermittlung des Ertragswerts abzuzinsenden Nettoeinnahmen der Unternehmenseigner ergeben sich vorrangig aus den Ausschüttungen der vom Unternehmen erwirtschafteten finanziellen Überschüsse. Ausgangspunkt der Ermittlung des beizulegenden Wertes der Beteiligung ist folglich eine Prognose über die Ergebnisentwicklung des Jahres 2013 sowie eine Detailplanung für das Jahr 2014 und gegebenenfalls Mittelfristplanung über die folgenden bis zu vier Jahre (Planungsphase I). Für die Folgejahre, die über den Planungshorizont hinausgehen, wird generell eine ewige Lebensdauer der Unternehmung unterstellt. Dazu wird eine sogenannte ewige Rente ermittelt, die den nachhaltigen Zustand des Beteiligungsunternehmens widerspiegeln soll (Planungsphase II). Diese erwarteten Zukunftserfolge werden unter Berücksichtigung der erwarteten Ausschüttungen auf den Bilanzstichtag abgezinst.

Der verwendete Diskontierungszinssatz repräsentiert die Rendite aus einer zur Investition in das Beteiligungsunternehmen adäquaten Alternativenanlage hinsichtlich Fristigkeit sowie Risiko und wird auf Basis eines Kapitalmarktmodells abgeleitet. Der Diskontierungszinssatz setzt sich aus den Komponenten risikofreier Zinssatz sowie Risikozuschlag aufgrund des Risikos künftiger finanzieller Überschüsse zusammen. Der Risikozuschlag stellt dabei das Produkt aus einer durchschnittlichen Marktrisikoprämie und des Betafaktors dar, der die unternehmensspezifische Risikostruktur des jeweils zu bewertenden Unternehmens zum Ausdruck bringt. Als relatives Maß beschreibt der

Betafaktor, in welchem Ausmaß die Rendite des betreffenden Wertpapiers an dem Beteiligungsunternehmen die Veränderungen der Rendite des Marktportfolios nachvollzieht.

Zur Bewertung von Beteiligungen an nicht börsennotierten Unternehmen werden Vergleichsgruppen vergleichbarer börsengehandelter Titel gebildet und für jeden Einzelwert das Beta in Relation zum jeweiligen landesweiten Index berechnet. In Summe fließt der auf diese Weise ermittelte Betafaktor der Vergleichsgruppe als wesentlich wertbestimmender Multiplikator in die Berechnung des Kapitalisierungszinses ein. Das Raw Beta stellt dabei das historische Beta eines Unternehmens dar, wie es sich aus einer linearen Regression der Aktienrendite gegen die Rendite des Marktportfolios ergibt. Die Bank setzt für die Bewertung von Beteiligungen den Adjusted Betafaktor ein, der im Gegensatz zum klassischen Betafaktor nicht nur historische Daten zugrunde legt, sondern auch künftige Entwicklungen berücksichtigt. Der Adjusted Betafaktor ($\text{Adjusted Beta} = \text{Raw Beta} \times 0,67 + 0,33$) wird genutzt, um die Volatilität der Beteiligungsbewertung im Zeitablauf zu glätten.

Bei Gegenständen des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden in Anlehnung an die steuerlichen Möglichkeiten die maximal anerkannten Abschreibungen geltend gemacht. Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten zwischen 150 € und 1.000 € liegen, werden als Sammelposten aktiviert und über 5 Jahre pauschal mit jeweils 20 % p. a. abgeschrieben. Im Berichtsjahr betragen diese Abschreibungen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €). Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten 150 € nicht übersteigen, werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen passiviert worden. Unterschiedsbeträge zwischen Aufnahme- und Erfüllungsbeträgen mit Zinscharakter werden unter den Abgrenzungsposten ausgewiesen und planmäßig aufgelöst.

Zerobonds werden mit dem Kursbetrag bei Ausgabe zuzüglich Aufzinsung gemäß Emissionsrendite bilanziert.

Strukturierte Emissionen in den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten sowie in den verbrieften Verbindlichkeiten werden gemäß der Grundsätze für die einheitliche oder getrennte Bilanzierung strukturierter Finanzinstrumente des IDW RS HFA 22 behandelt. Sofern die Voraussetzungen für eine einheitliche Bilanzierung nicht gegeben sind, erfolgt eine Trennung der strukturierten Emissionen in ihre Bestandteile Basisvertrag und eingebettete Derivate.

Für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften sowie Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen bestehen nach dem Vorsichtsprinzip bemessene Rückstellungen.

Für alle Finanzinstrumente des Bankbuchs (Zinsbücher) ist dem handelsrechtlichen Vorsichtsprinzip (Nachweis der verlustfreien Bewertung des Anlagebuchs) dadurch Rechnung zu tragen, dass für einen Verpflichtungsüberschuss aus der Bewertung der gesamten Zinsposition des Bankbuchs eine Rückstellung gemäß § 249 HGB („Drohverlustrückstellung“) zu bilden ist. Der

Verpflichtungsüberschuss besteht dann, wenn der Wert der Leistungsverpflichtung der Bremer Landesbank den Wert seines Gegenleistungsanspruchs übersteigt. Für den Nachweis der verlustfreien Bewertung nach der Maßgabe von IDW RS BFA 3 verwendet die Bremer Landesbank als Methode die barwertbezogene Betrachtungsweise („Barwertmethode“).

Bei dem Rückstellungstest vergleicht die Bank die Summe der zinsinduzierten Barwerte aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte außerhalb des Handelsbestandes unter Berücksichtigung der erwarteten Refinanzierungs-, Risiko- und Verwaltungskosten mit der Summe der Buchwerte aller zinstragenden Geschäfte. Zum 31. Dezember 2013 ergab sich kein Rückstellungsbedarf.

1.3 Bildung und Bilanzierung von Bewertungseinheiten

Die Bremer Landesbank vollzieht im Fall einer einzelgeschäftsbezogenen Zinssicherung von festverzinslichen Wertpapieren der Liquiditätsreserve durch Zinsswaps ökonomische Sicherungsbeziehungen durch die Bildung von Bewertungseinheiten auch bilanziell nach.

Neben den vorgenannten als Bewertungseinheiten abgebildeten Sicherungsbeziehungen bestehen folgende wirtschaftliche Sicherungszusammenhänge, die nicht durch Bildung von Bewertungseinheiten, sondern durch die im Folgenden genannten Maßnahmen bilanziell nachvollzogen werden:

- Währungssicherungen im Bankbuch: Der wirtschaftliche Sicherungszusammenhang wird durch die Umrechnung der Fremdwährungs-Aktiva, Fremdwährungs-Passiva und schwebender Währungsgeschäfte gemäß § 256a HGB i. V. m. § 340h HGB bilanziell nachvollzogen (siehe Grundsätze der Währungsumrechnung).
- Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos im Bankbuch im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung (Gesamtbanksteuerung). Der wirtschaftliche Sicherungszusammenhang wird durch die Einbeziehung aller zinstragenden Bankbuch-Aktiva und -Passiva sowie aller Zinsderivate des Bankbuchs in die Ermittlung des Rückstellungsbedarfs für die verlustfreie Bewertung von Zinsrisiken im Bankbuch abgebildet.

Soweit handelsbilanzielle Bewertungseinheiten gebildet werden, kommt bei der Bremer Landesbank die sogenannte Einfrierungsmethode zur Anwendung, d. h., soweit sich Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft aus dem abgesicherten Risiko ausgleichen, werden die Wertänderungen nicht bilanziert. Die Voraussetzung für die Bildung einer Bewertungseinheit für bilanzielle Zwecke setzt – unabhängig von der Entscheidung im Risikomanagement – einzelfallbezogen eine bewusste dokumentierte Entscheidung über Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft voraus.

Es handelt sich bei allen Bewertungseinheiten der Bremer Landesbank um perfekte Mikro-Hedges, worunter solche Sicherungsbeziehungen verstanden werden, bei denen die Cashflow bestimmenden Parameter von Grund- und Sicherungsgeschäft exakt übereinstimmen (Identität von Nominalbetrag, Laufzeit, Währung, Zinstermin und Festzinssatz für das Grundgeschäft und das Sicherungsinstrument). Die Übereinstimmung der Cashflow bestimmenden Parameter von Grund-

und Sicherungsgeschäft wird bei Bildung der Bewertungseinheit sowie während der Laufzeit durch eine handelsunabhängige Stelle kontrolliert. Aufgrund der sogenannten perfekten Bewertungseinheiten erfolgt die prospektive Beurteilung der Wirksamkeit mittels der Critical-Terms-Match-Methode. Auch für die rückwirkende Ermittlung der bisherigen Unwirksamkeit wird die Critical-Terms-Match-Methode zugrunde gelegt. Zusätzlich werden bilanziell die relevanten Wertänderungen aus nicht abgesicherten Risiken rechnerisch ermittelt. Die Ausübung des Wahlrechts zur Abbildung von ökonomischen Sicherungsbeziehungen in der Rechnungslegung erfolgt – im Rahmen der Bewertungsstetigkeit – jeweils durch die Entscheidung der Bremer Landesbank. Bei Verzicht auf die Bildung von Bewertungseinheiten in der Rechnungslegung werden die mit den Geschäften verbundenen Zinsrisiken vollständig in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogen.

1.4 Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – Handelsbestand

Finanzinstrumente des Handelsbestandes werden gemäß § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Die Veränderung des beizulegenden Zeitwerts im Vergleich zum letzten Bilanzstichtag bzw. zu den Anschaffungskosten – das Bewertungsergebnis – wird im Posten Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestandes erfasst. Neben dem Risikoabschlag werden in diesem Posten Erträge und Aufwendungen aus der Zuführung und Auflösung des Sonderpostens „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ nach § 340e Abs. 4 HGB ausgewiesen. Bezüglich der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte wird auf den Abschnitt „Ermittlung von Zeitwerten“ verwiesen.

Innerhalb des Geschäftsjahres wurden die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand unverändert angewendet.

Die laufenden Erträge (Zinserträge und Dividenden) aus Finanzinstrumenten des Handelsbestandes und Zinsaufwendungen zur Refinanzierung der Handelsaktivitäten werden im Nettoaufwand oder Nettoertrag des Handelsbestandes ausgewiesen.

Für die Ermittlung des Risikoabschlags bzw. des Value-at-Risk (VaR) wird der nach handelsrechtlichen Vorgaben abgegrenzte Handelsbestand zugrunde gelegt und hierauf die bankaufsichtsrechtlich bestimmten Parameter angewendet. Die Bremer Landesbank ist nicht verpflichtet, einen VaR nach SolV zu ermitteln. Für den Risikoabschlag im Sinne von § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB wird der für die interne Steuerung (tägliche Marktpreismeldung) kalkulierte interne VaR auf den Handelsbestand angewendet und von den Handelsaktiva abgesetzt. Die verwendeten und damit auch für die handelsrechtliche Bilanzierung maßgeblichen VaR-Parameter sind:

- Verwendung eines VaR auf Basis der Historischen Simulation, bei der die historisch aufgetretenen Wertveränderungen der Risikofaktoren auf die heutige Position angewendet werden und jeweils der potenzielle Gewinn oder Verlust ermittelt wird. Der VaR kann dann aus

der Liste der Gewinne und Verluste abgelesen werden. Die Methodik wird analog in der internen Marktpreisrisikosteuerung der Bremer Landesbank genutzt.

- Ergänzende Informationen: Risikoarten, die in der Bremer Landesbank berücksichtigt werden:
 - Allgemeines Zinsrisiko
 - Besonderes Zinsrisiko (emittentenspezifisches Risiko)
 - Währungsrisiko
 - Aktienkursrisiko
 - Optionspreisrisiko
- Konfidenzniveau: 99 %
- Haltedauer: 10 Tage
- Beobachtungszeitraum: 1 Jahr.

Die Methode zur Ermittlung des Risikoabschlages wurde nicht geändert. Die Ermittlung erfolgt auf Basis der Historischen Simulation.

1.5 Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – interne Geschäfte

In den Fällen, in denen Risiken aus dem Nichthandelsbestand in den Handelsbestand transferiert werden, erfolgt eine handelsrechtliche Berücksichtigung der internen Geschäfte im Rahmen des Stellvertreterprinzips analog zu externen Geschäften.

1.6 Ermittlung von Zeitwerten

Beizulegende Zeitwerte sind zum einen für bilanzielle Zwecke (Bewertung von originären und derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestandes zum beizulegenden Zeitwert) und zum anderen für Offenlegungszwecke (Angabe des beizulegenden Zeitwerts für derivative Finanzinstrumente des Anlagebestands) zu ermitteln. Für beide Verwendungszwecke werden die beizulegenden Zeitwerte gleichermaßen wie folgt ermittelt:

Für in einem aktiven Markt gehandelte Finanzinstrumente entspricht der beizulegende Zeitwert unmittelbar dem Börsen- bzw. Marktpreis, d. h., es werden in diesem Fall keine Anpassungen oder Barwertberechnungen vorgenommen, um den beizulegenden Zeitwert zu ermitteln. Sofern öffentlich notierte Börsenpreise verfügbar sind, werden diese verwendet. Andernfalls wird auf andere Preisquellen zurückgegriffen (z. B. Quotierungen von Market-Makern). Beispiele für in einem aktiven Markt gehandelte Finanzinstrumente sind bei der Bremer Landesbank börsengehandelte Wertpapiere, börsengehandelte Optionen sowie Futures.

In allen übrigen Fällen ist der beizulegende Zeitwert von Finanzinstrumenten durch Anwendung allgemein anerkannter Bewertungsmethoden zu bestimmen. Zu den allgemein anerkannten und von der Bremer Landesbank eingesetzten Bewertungsmethoden zählen insbesondere folgende Methoden:

Bewertungsmethode	Anwendungsbereich	Wesentliche Einflussgrößen (Input-Parameter)
Discounted Cash Flow Methode	Illiquide verzinsliche Wertpapiere	Swapkurven, Bonitätsinformationen
	Credit Default Swaps	Swapkurven, Credit-Spreads, gegebenenfalls Bonitätsinformationen
	Zinsswaps, FRAs	Swapkurven
	Wertpapiertermingeschäfte	Kontraktdateien, Konkrete Wertpapierterminkurse, Swapkurven
	Zins-Währungsswaps, Devisentermingeschäfte	Swapkurven in den getauschten Währungen, Basisswap-Spreads, Devisenkurse
Hull & White-Modell für Optionen	Bermudan Swaptions	Volatilität des zugrundeliegenden Marktpreises/Kurses, risikoloser Zins
Black-Scholes Modell	FX-Optionen	Wechselkurse, Volatilität des zugrundeliegenden Marktpreises/Kurses, risikoloser Zins
	OTC-Aktienoptionen	Volatilität des zugrundeliegenden Marktpreises
Black-76 Modell	Caps und Floors, Swaptions, Bondoptionen	Wechselkurse, Volatilität des zugrundeliegenden Marktpreises/Kurses; risikoloser Zins

1.7 Grundsätze der Währungsumrechnung

Der Anschaffungsvorgang ist erfolgsneutral zu halten. Die differenzierte Folgebewertung von Devisen des Handelsbestandes (§ 340e Abs. 3 und Abs. 4 HGB) und des Nichthandelsbestandes (§ 340h i. V. m. § 256a HGB) erfolgt durch eine strikte Trennung zwischen den Devisenbeständen.

Im Anlagebuch werden aus dem Kriterium der besonderen Deckung nach § 340h HGB Folgen für die Ertragsrealisierung abgeleitet. Voraussetzung der besonderen Deckung ist die Währungsidentität, d. h., eine besondere Deckung kann nur in jeweils einer Währung sowie in der Höhe vorliegen, in der sich die Positionen bzw. Geschäfte in Fremdwährung betragsmäßig entsprechen. Die Währungsrisiken des Anlagebuchs werden über Dispositionsmeldungen an die Handelsabteilung transferiert. Dort erfolgt grundsätzlich unter Einsatz von entsprechenden Instrumenten eine währungsidentische Refinanzierung dieser Geschäfte. Kurzfristige Fremdwährungsspitzen auf dem Fremdwährungs-Verrechnungskonto werden täglich angesteuert.

Erfolgswirksamkeit der Umrechnungsergebnisse im Anlagebestand:

- Erträge aus der Umrechnung besonders gedeckter Geschäfte werden gemäß § 340h HGB zwingend erfolgswirksam vereinnahmt.
- Entsprechendes gilt nach § 256a Satz 2 HGB für Erträge aus der Umrechnung von Fremdwährungsposten mit einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger.

Fremdwährungsgeschäfte, die nicht besonders gedeckt sind und eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben sowie weder dem Handelsbestand zugeordnet noch bezüglich des Währungsrisikos in eine Bewertungseinheit im Sinne des § 254 HGB einbezogen werden, werden imparitätlich bewertet.

Nach den GoB wird für die Umrechnung der Termingeschäfte im Anlagebuch der Terminkurs des Abschlussstichtags herangezogen. Dienen Devisentermingeschäfte der Absicherung von zins-tragenden Bilanzposten, entspricht es den GoB, den Terminkurs aufzuspalten und seine beiden Elemente (Kassakurs und Swapsatz) getrennt bei der Ergebnisermittlung zu berücksichtigen. Die Swapbeträge werden zeitanteilig abgegrenzt. Die Ermittlung der positiven oder negativen Kassakursdifferenzen werden innerhalb derselben Währung saldiert und in dem Bilanzposten „Sonstige Vermögensgegenstände“ bzw. „Sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen. Durch die Reststellenbewertung wird untersucht, ob am Abschlussstichtag aus der fristenmäßigen Schließung der Position Verluste drohen und entsprechende Rückstellungen zu bilden sind.

Für Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten ergeben sich die EUR-Anschaffungskosten aus den in EUR umgerechneten Anschaffungskosten in Fremdwährung zum Anschaffungszeitpunkt (Erfolgsneutralität des Anschaffungsvorgangs). Alle auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden am Abschlussstichtag (Folgebewertung) zunächst in der jeweiligen Fremdwährung nach den allgemeinen Grundsätzen bewertet. Der sich danach ergebende Wert wird nach § 256a HGB mit dem Devisenkassamittelkurs des Abschlussstichtags in EUR umgerechnet. Nicht abgewickelte Kassageschäfte in Fremdwährung werden ebenfalls mit dem Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände in Höhe von 4.591 Mio. € (Vorjahr: 5.028 Mio. €) und Schulden in Höhe von 1.223 Mio. € (Vorjahr: 1.394 Mio. €) wurden zu den Kassamittelkursen zum 31. Dezember 2013 umgerechnet. Die Ergebniseffekte aus der Umrechnung der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sind im Nettoertrag des Handelsbestandes enthalten.

Fremdwährungsgeschäfte des Handelsbestandes werden nach den für den Handelsbestand geltenden Regeln bilanziert und bewertet. Die Ergebnisse der Währungsumrechnung werden im Posten Nettoertrag des Handelsbestandes ausgewiesen.

1.8 Angaben zu den Pensionsrückstellungen

Die Pensionsverpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Methoden (Anwartschaftsbarwertverfahren) berechnet und unter Anwendung der sogenannte „Projected-Unit-Credit-Methode“ (PUC-Methode) bewertet. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Zum 31. Dezember 2013 betrug dieser Zinssatz 4,88 % (Vorjahr: 5,04 %).

Bei der Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden darüber hinaus die folgenden Bewertungsparameter zugrunde gelegt:

Parameter	2013	2012
Fluktuation (ohne Ruhestand/Vorruhestand)	1.500 %	1.500 %
Rententrend:		
Vorstand/Vertragsangestellte p. a.	2.500 %	2.500 %
Gesamtversorgungen p.a.	3.500 %	3.500 %
Additive Versorgungsungen p.a.	2.000 %	2.000 %
Beitragsorientierte Versorgungsungen p.a.	1.000 %	1.000 %
Gehaltstrend:		
Tarifsteigerungen p.a.	2.000 %	2.000 %
Individuellen Gehaltsanhebungen (ruhegehaltfähig) p.a.	0.375 %	0.375 %

Bei den Berechnungen wurden als biometrische Rechnungsgrundlagen die sogenannte „Richttafeln 2005 G“ von Klaus Heubeck verwendet. Als Renteneintrittsalter wurde das nach dem Rentenversicherungs-Altersgrenzenanpassungsgesetz 2007 (RVAGAnpG) frühestmögliche Pensionsalter zugrunde gelegt.

Der verbleibende Zuführungsbetrag aufgrund der geänderten Bewertung der Pensionsverpflichtungen betrug am 31. Dezember 2013 gemäß Artikel 67 Abs. 2 EGHGB insgesamt 68 Mio. € (Vorjahr: 75 Mio. €). Darüber hinaus bestehen mittelbare Versorgungsverpflichtungen gemäß Artikel 28 Abs. 2 EGHGB in Höhe von 19 Mio. € (Vorjahr: 18 Mio. €).

1.9 Latente Steuern

Basis für die Bewertung der latenten Steuern war der in Deutschland zurzeit geltende Körperschaftsteuersatz von 15 % zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % und ein durchschnittlicher Gewerbesteuersatz von ca. 15,83 % (Vorjahr: 15,77 %). Die latenten Steuern wurden daher mit einem inländischen Ertragsteuersatz von 31,65 % (Vorjahr: 31,59 %) bewertet.

Passive latente Steuern auf handels- und steuerrechtlich abweichende Wertansätze von Beteiligungen wurden mit aktiven latenten Steuern auf abweichende Wertansätze bei Pensionsrückstellungen und Sachanlagen verrechnet.

Über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen werden in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert.

2. Erläuterung der einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die nachfolgenden Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erfolgen entsprechend der Reihenfolge des Ausweises in den Formblättern.

2.1 Bilanz

2.1.1 Bilanz – Aktiva

Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Pos. 3: Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen an verbundene Unternehmen	128	138
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	32	17
Nachrangige Forderungen	—	26
Forderungen an angeschlossene Sparkassen	3.475	3.139
zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen gemäß § 28 PfandBG	1.099	1.318
zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen auf Altbestand	535	684
Pos. 4: Forderungen an Kunden		
Forderungen an verbundene Unternehmen	98	58
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	111	109
zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen gemäß § 28 PfandBG	4.729	4.578
zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen auf Altbestand	963	1.289
Pos. 5: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
ba) von öffentlichen Emittenten		
börsenfähige und börsennotierte Anleihen	2.109	2.160
bb) von anderen Emittenten		
börsenfähige und börsennotierte Anleihen	2.722	3.520
börsenfähige und nicht börsennotierte Anleihen	30	30
von verbundenen Unternehmen	237	237
Betrag, der nicht mit dem Niederstwert bewerteten börsenfähigen Wertpapiere	2.975	3.751
Unterbliebene Abschreibungen auf niedrigeren beizulegenden Wert		
Buchwert	529	1.902
Zeitwert	512	1.859
Stille Reserven		
Buchwert	4.262	3.170
Zeitwert	4.342	3.280
zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen gemäß § 28 PfandBG	362	200
zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen auf Altbestand	475	525

Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Pos. 6: Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Stille Reserven		
Buchwert	1	1
Zeitwert	1	1
börsenfähige und börsennotierte Anteile	1	1
börsenfähig und nicht börsennotierte Anteile	0	0
Pos. 6a: Handelsbestand		
Derivative Finanzinstrumente	12	379
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	138	149
von verbundenen Unternehmen	10	10
abzüglich Risikoabschlag	3	1
Pos. 7: Beteiligungen		
börsenfähige und börsennotierte Anteile	3	3
börsenfähige und nicht börsennotierte Anteile	—	—
Pos. 8: Anteile an verbundenen Unternehmen:		
börsenfähige und börsennotierte Anteile	—	—
börsenfähige und nicht börsennotierte Anteile	—	—
Pos. 9: Treuhandvermögen		
Forderungen an Kunden	3	4
Beteiligungen	31	31
Sachanlagen	53	5
Pos. 12: Sachanlagen		
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte		
- Grundstücke und Gebäude	7	33
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	9	9
Pos. 14: Sonstige Vermögensgegenstände		
Zinsabgrenzung für Finanzswapgeschäfte	284	296
Ausgleichsposten aus Fremdwährungsderivaten	64	31
sonstige Ansprüche gegen ausländische Banken	8	8
Ansprüche auf Erstattung von Steuern	10	12
Pos. 15 Rechnungsabgrenzungsposten		
Agien und Disagien	10	12

Entwicklung des Anlagevermögens

Mio. €	Anschaffungs-/Herstellungskosten	Veränderungen				Restbuchwert 31.12.2013	Restbuchwert 31.12.2012	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Zuschreibungen des Geschäftsjahres
		Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Abschreibungen kumuliert				
Beteiligungen	24	0	1	—	4	19	20	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	81	48	10	—	0	119	81	—	—
Wertpapiere des Anlagevermögens	3.751	0	776	0	0	2.975	3.751	—	—
Immaterielle Vermögensgegenstände	15	1	2	—	12	2	2	1	—
Sachanlagen	133	10	70	—	46	27	50	4	—

Die nachstehend aufgeführten Posten der Aktiva gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt:

Forderungen an Kreditinstitute

Mio. €	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
31.12.2013						
b) Kommunalkredite	3.475	423	25	361	1.032	1.634
c) andere Forderungen	718	270	85	175	129	59
Summe	4.193	693	110	536	1.161	1.693
31.12.2012						
b) Kommunalkredite	3.130	5	33	228	1.235	1.629
c) andere Forderungen	704	274	131	124	139	36
Summe	3.834	279	164	352	1.374	1.665

Forderungen an Kunden

Mio. €	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
31.12.2013						
a) Hypothekendarlehen	1.633	1	56	66	385	1.125
b) Kommunalkredite	4.697	1	62	339	1.480	2.815
c) andere Forderungen	15.936	1.257	1.891	1.324	4.142	7.322
Summe	22.266	1.259	2.009	1.729	6.007	11.262
31.12.2012						
a) Hypothekendarlehen	1.628	1	60	68	378	1.121
b) Kommunalkredite	5.059	1	135	358	1.618	2.947
c) andere Forderungen	16.579	947	2.097	1.208	4.220	8.107
Summe	23.266	949	2.292	1.634	6.216	12.175

Von den täglich fälligen Forderungen entfallen 820 Mio. € (Vorjahr: 792 Mio. €) auf unbefristete Forderungen.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Die im Folgejahr fälligen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere im Bestand betragen 711 Mio. € (Vorjahr: 404 Mio. €).

Die in der Erläuterungstabelle zur Bilanzposition 5 „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ angegebenen stillen Lasten in Höhe von 17 Mio. € (Vorjahr: 43 Mio. €) ergeben sich aus der Differenz von Marktwert und Buchwert ohne Berücksichtigung der Effekte aus Bewertungseinheiten. Etwaige Sicherheiten oder Garantien sind bei der Ermittlung der stillen Lasten ebenfalls nicht berücksichtigt worden.

Bei den Wertpapieren lagen keine dauerhaften, sondern voraussichtlich vorübergehende und damit nicht bonitätsinduzierte Wertminderungen vor, sodass keine Abschreibung auf den beizulegenden Zeitwert erfolgte.

2.1.2 Bilanz – Passiva

Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Pos. 1: Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	98	578
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2	26
Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	521	771
Pos. 2: Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	7	10
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	22	22
Pos. 3: Verbriefte Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	402	365
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	—	—
Pos. 3a: Handelsbestand		
Derivative Finanzinstrumente	40	358
Pos. 4: Treuhandverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3	4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	84	36
Pos. 5: Sonstige Verbindlichkeiten		
Zinsen für stille Einlagen	—	21
Zinsen auf nachrangige Verbindlichkeiten	2	2
Zinsabgrenzung aus Finanzwapgeschäften	216	234
erhaltene Optionsprämien	18	16
Steuerverbindlichkeiten	1	0
Pos. 6: Rechnungsabgrenzungsposten		
Agien und Disagien	17	21
Pos. 9: Nachrangige Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	200	150
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	—	—
Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten	18	14

Spezifikation der nachrangigen Verbindlichkeiten gemäß § 35 Abs. 3 RechKredV:

Währung	Betrag 31.12.2013 Mio. €	Zinsaufwand 2013 Mio. €	Zinssatz % p.a.	Laufzeitende
€	65	0	variabel	05.04.2041
€	85	1	variabel	21.03.2031
€	200	1	variabel	28.06.2030
€	50	1 ¹⁾	variabel	11.09.2028
€	50	2	variabel	06.12.2027
€	150	6	variabel	16.11.2027
€	150	7	4.875 %	15.12.2015
Gesamt	750	18		

¹⁾ begeben im Jahr 2013

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann für diese Mittelaufnahme nicht entstehen. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Bedingungen der Nachrangigkeit gemäß § 10 Abs. 5a KWG. Ihre Ursprungslaufzeit beträgt in allen Fällen mindestens zehn Jahre. Weitere nachrangige Verbindlichkeiten bestehen nicht.

Die nachstehend aufgeführten Posten der Passiva gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt:

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Mio. €	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
31.12.2013						
a) begebene Hypotheken- Namenspapiere	336	—	1	80	245	10
b) begebene öffentliche Namenspapiere	889	—	177	150	481	81
c) andere Verbindlichkeiten	9.718	1.020	341	678	2.599	5.080
Summe	10.943	1.020	519	908	3.325	5.171
31.12.2012						
a) begebene Hypotheken- Namenspapiere	396	0	1	42	318	35
b) begebene öffentliche Namenspapiere	894	0	79	33	722	60
c) andere Verbindlichkeiten	10.485	1.866	381	476	2.709	5.053
Summe	11.775	1.866	461	551	3.749	5.148

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Mio. €	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
31.12.2013						
a) begebene Hypotheken-Namenspapiere	319	—	2	6	94	217
b) begebene öffentliche Namenspapiere	2.469	39	84	409	729	1.208
c) Spareinlagen	218	—	169	43	5	1
d) andere Verbindlichkeiten	6.903	3.168	1.297	272	722	1.444
Summe	9.909	3.207	1.552	730	1.550	2.870
31.12.2012						
a) begebene Hypotheken-Namenspapiere	318	1	2	5	111	199
b) begebene öffentliche Namenspapiere	2.658	0	60	174	1.345	1.079
c) Spareinlagen	194	0	4	184	5	1
d) andere Verbindlichkeiten	7.118	3.088	1.181	366	869	1.614
Summe	10.288	3.089	1.247	729	2.330	2.893

Verbriefte Verbindlichkeiten

Die im Folgejahr fälligen begebenen Schuldverschreibungen, die unter den verbrieften Verbindlichkeiten ausgewiesen werden, betragen 1.745 Mio. € (Vorjahr: 1.678 Mio. €).

2.2 Gewinn- und Verlustrechnung

Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Mio. €	2013	2012
Pos. 7: Nettoertrag des Handelsbestands		
Risikoabschlag gemäß § 340 e HGB (Auflösungsertrag in 2012)	1	-3
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	1	1
Pos. 8: Sonstige betriebliche Erträge		
Zuschreibungen auf unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen, gekündigten Wertpapieren	0	1
Auflösung von Rückstellungen	7	2
Kostenerstattungen	2	1
Grundstückserträge	1	1
Pos. 12: Sonstige betriebliche Aufwendungen		
Beitrag zum Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute („Bankenabgabe“)	4	4
Aufzinsungen für Pensionsrückstellungen	13	13
sonstige Aufzinsungen	1	1
Pos. 21: Außerordentliche Aufwendungen		
BilMoG-Anpassungsbetrag für Pensionsrückstellungen	6	6

Sonstiges betriebliches Ergebnis

Die Bremer Landesbank hat Grundstücke und Gebäude an die neu gegründete 100 %ige Tochtergesellschaft „BLB Grundbesitz KG“ veräußert. Hierbei wurde ein Buchungsgewinn in Höhe von 24 Mio. € realisiert.

Im Rahmen der Umsetzung von Kosteneinsparungsmaßnahmen sind im Geschäftsjahr 2013 ferner einmalige Aufwendungen in Höhe von 9 Mio. € angefallen.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen zum weit überwiegenden Teil das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

3. Sonstige Angaben

3.1 Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Für die Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen in Höhe von 3,0 Mrd. € (Vorjahr: 3,4 Mrd. €) erfolgt eine Einschätzung des Ausfallrisikos der in Anspruch genommenen Avale im Rahmen der allgemeinen Kreditbearbeitung. Die Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen entfallen im Wesentlichen auf Kreditderivate in Höhe von 2,0 Mrd. € (Vorjahr: 2,3 Mrd. €). Es bestehen keine Haftungsverhältnisse gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 3 Mio. €).

Die anderen Verpflichtungen von 1,9 Mrd. € (Vorjahr: 1,8 Mrd. €) entfallen auf Kreditzusagen gegenüber Kunden. Davon entfallen ca. 0,1 Mrd. € (Vorjahr: 0,1 Mrd. €) auf die strategische Geschäftseinheit Schiffsfinanzierungen und 1,5 Mrd. € (Vorjahr: 1,5 Mrd. €) auf Firmenkunden.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten folgende wesentliche Beträge:

- Eine Einschussverpflichtung besteht gegenüber der M Cap Finance Deutsche Mezzanine Fonds Zweite GmbH & Co. KG, Leipzig, in Höhe von 4 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €).
- Eine weitere Nachschussverpflichtung sowie zusätzliche Mithaftung für andere Gesellschafter besteht gegenüber der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt/Main, in Höhe von 3 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €).
- Die Beiträge für die Sicherheitsreserve der Landesbanken und Girozentralen wurden nach risikoorientierten Grundsätzen neu bemessen. Daraus resultieren Nachschusspflichten in Höhe von 55 Mio. € (Vorjahr: 59 Mio. €). Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.
- Im Zusammenhang mit der Einziehung der Geschäftsanteile an der FinanzIT GmbH, Hannover, haben sich die ausscheidenden Gesellschafter NORD/LB, Bremer Landesbank und Landesbank Saar verpflichtet, gemeinsam mit den verbleibenden Gesellschaftern der FinanzIT für Risiken der Gesellschaft aus der Zeit bis zu ihrem Ausscheiden aufzukommen, sofern diese tatsächlich eingetreten und nicht durch bereits gebildete Rückstellungen abgedeckt sind.
- Die Bremer Landesbank haftet unabhängig von der Veräußerung der mittelbar über die GLB GmbH & Co. oHG, Frankfurt/Main, gehaltenen Beteiligung an der DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt/Main, und die damit verbundene Kapitalherabsetzung der GLB GmbH & Co. oHG gemeinsam mit den anderen Gesellschaftern weiterhin als Gewährträger für bestimmte Altverbindlichkeiten der DekaBank Deutsche Girozentrale.
- Als Sicherheit für Geschäfte an Terminbörsen wurden – analog Vorjahr – keine Wertpapiere hinterlegt. Stattdessen wurde bei der Eurex Deutschland, Frankfurt/Main, eine Barsicherheit in Höhe von 15 Mio. € hinterlegt (Vorjahr: 15 Mio. €).

3.2 Mitarbeiter

Anzahl der Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt

	2013	2012
Männlich	531	514
Weiblich	553	553
Gesamt	1.084	1.067

3.3 Bezüge, Vorschüsse, Kredite und Haftungsverhältnisse von bzw. gegenüber Organmitgliedern

3.3.1 Gesamtbezüge der Organmitglieder

T€	2013	2012
Vorstand	2.144	2.246
Aufsichtsrat ¹⁾	171	164
Beirat ¹⁾	73	71

¹⁾ Gemäß § 5a des Senatsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen besteht eine Ablieferungspflicht für Vergütungen aus der Aufsichtsrats- und Beiratstätigkeit.

3.3.2 Gesamtbezüge früherer Organmitglieder und deren Hinterbliebenen

T€	2013	2012
Vorstand	1.587	1.786
Aufsichtsrat	—	—
Beirat	—	—

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis wurden 16.674 T€ (Vorjahr: 17.447 T€) zurückgestellt. Der verbleibende Zuführungsbetrag aufgrund der geänderten Bewertung der Pensionsverpflichtungen beträgt am 31. Dezember 2013 4.563 T€ (Vorjahr: 5.030 T€) gemäß Artikel 67 Abs. 2 EGHGB.

Mittelbare Versorgungsverpflichtungen gemäß Artikel 28 Abs. 2 EGHGB bestehen für diesen Personenkreis nicht.

3.3.3 Vorschüsse, Kredite und Haftungsverhältnisse

T€	Forderungen	Verbindlichkeiten
Gewährte Vorschüsse und Kredite per 31.12.2013		
Vorstand	466	436
Aufsichtsrat	1.087	1.500
Trägerversammlung	0	64
Gewährte Vorschüsse und Kredite per 31.12.2012		
Vorstand	490	545
Aufsichtsrat	1.246	1.542
Trägerversammlung	38	87

3.4 Andere Angaben

3.4.1 Nicht zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossene Geschäfte

Im Geschäftsjahr 2013 sind keine Geschäfte zu nicht marktüblichen Bedingungen mit nahestehenden Personen und Unternehmen vorgenommen worden.

3.4.2 Dritten gegenüber erbrachte Dienstleistungen

Die Dritten gegenüber erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung sind von untergeordneter Bedeutung.

3.4.3 Verrechnung von Vermögensgegenständen mit Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen

Den Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen stehen keine gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB zu verrechnenden Vermögensgegenstände gegenüber.

3.4.4 Ausschüttungssperre von Vermögensgegenständen

Es wurden keine Vermögensgegenstände im Geschäftsjahr 2013 nach § 268 Abs. 8 HGB aktiviert, die einer Ausschüttungssperre unterliegen.

3.5 Termingeschäfte

Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte beinhalten vor allem die nachfolgenden Arten von Geschäften:

Mio. €	Nominalwerte	Zeitwerte positiv	Zeitwerte negativ
Termingeschäfte des Anlagebestands			
Termingeschäfte in fremder Währung	5.062	109	63
Zinsbezogene Termingeschäfte	9.964	22	65
	15.026	131	128
Termingeschäfte des Handelsbestands			
Termingeschäfte in fremder Währung	2.477	35	42
Zinsbezogene Termingeschäfte	26.877	1.099	691
	29.354	1.134	733

Innerhalb des Nichthandelsbestandes dienen die Termingeschäfte je nach Risikoart der Absicherung von Währungs-, Liquiditäts- und Zinsrisiken. Im Handelsbestand dienen die Termingeschäfte der Steuerung von Zins- und Währungsrisiken; offene Positionen werden unter Berücksichtigung der Limiteinhaltung eingegangen.

In den zinsbezogenen Termingeschäften des Handelsbestandes sind noch nicht abgewickelte Futures und FRA mit einem Nominalvolumen von 212 Mio. € (Vorjahr: 381 Mio. €) enthalten.

3.6 Derivative Geschäfte

Die in den folgenden Tabellen aufgeführten derivativen Finanzinstrumente, die der Übertragung von Marktpreis- und Adressausfallrisiken zwischen verschiedenen Parteien dienen, leiten ihren Wert unter anderem von Zinssätzen, Indizes und Devisenkursen ab. Die derivativen Produkte der Bremer Landesbank umfassen Zins- und Zinswährungsswaps, Forward Rate Agreements, Caps und Floors, börsengehandelte Futures und Optionen, Devisenoptionen und Termingeschäfte sowie Kreditderivate. Die Derivate werden als standardisierte Börsenkontrakte oder in Form bilateraler Verträge außerbörslich (OTC) abgeschlossen.

Die Bremer Landesbank setzt die Derivate vorwiegend zur Steuerung der Handelspositionen und des Anlagebestands durch das Aktiv-Passiv-Management ein.

Im Rahmen der Bewertung wird eine Unterscheidung zwischen börsengehandelten und außerbörslichen Produkten getroffen. Bei börsengehandelten Futures findet ein täglicher Barausgleich (Variation Margin) statt.

Die in den folgenden Abschnitten dargestellten Marktwerte entsprechen den tatsächlichen Werten am Bilanzstichtag (Marktpreise) bzw. den anhand marktüblicher Bewertungsmethoden ermittelten beizulegenden Zeitwerten.

Die positiven und negativen Zeitwerte wurden nach der Marktbewertungsmethode zum Bilanzstichtag für die genannten Produktgruppen einzeln ermittelt.

3.6.1 Nicht zum Zeitwert bewertete externe Derivate – Gliederung nach Risikoart und Geschäftstyp (Nichthandelsbestand)

Im Folgenden werden die dem Nichthandelsbestand zugeordneten derivativen Geschäfte dargestellt:

Mio. €	Nominalwerte	Positive Zeitwerte	Negative Zeitwerte	Buchwert	Erfasst in Bilanzposten
Zinsrisiken					
Zinsswaps	8.920	13	49		
F.R.A.	800	0	0		
Caps, Floors	47	—	1		
Forward-Emission	70	1	15		
Swaptions (Käufe)	127	8	—	6	Sonstige Vermögensgegenstände
Zinsrisiken – insgesamt –	9.964	22	65	6	
(Vorjahr)	(10.404)	(35)	(98)	(6)	
Währungsrisiken					
Währungsswaps	553	14	0		
Zinswährungsswaps	4.498	95	63		
Caps, Floors in Fremdwährung	10	0	0		
Devisenoptionen (Käufe)	1	0	0		
Währungsrisiken – insgesamt –	5.062	109	63	—	
(Vorjahr)	(6.247)	(76)	(90)	(2)	
Kreditrisiken					
Kreditderivate – insgesamt –	1.968	0	18	—	
(Vorjahr)	(2.276)	(0)	(76)	(—)	

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe bzw. Long- und Short-Positionen dar. Für alle Kontrakte werden Zeitwerte und Buchwerte exklusive Stückzinsen gezeigt. Eine Verrechnung positiver und negativer Zeitwerte von Kontrakten mit der gleichen Gegenpartei wurde nicht vorgenommen. Die vorstehende Tabelle enthält auch diejenigen Derivate, die in Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB eingebracht wurden. Im Rahmen der Währungsumrechnung gemäß § 340h HGB i. V. m. § 256a HGB wurden keine Derivate mit Währungsrisiken zum 31. Dezember 2013 (Vorjahr: 2 Mio. €) passiviert. Alle Zeitwerte ließen sich verlässlich ermitteln. Bezüglich der angewandten Bewertungsmethoden wird auf das Kapitel „Ermittlung von Zeitwerten“ verwiesen.

3.6.2 Zum Zeitwert bewertete externe Derivate – Gliederung nach Risikoart und Geschäftstyp (Handelsbestand)

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe bzw. Long- und Short-Positionen dar. Sie gliedern sich wie folgt:

Mio. €	Nominalwerte	Positive Zeitwerte	Negative Zeitwerte
Zinsrisiken			
Zinsswaps	24.749	1.084	657
Swaptions	346	0	21
Käufe	6	0	—
Verkäufe	340	—	21
Caps, Floors	1.570	15	13
Futures	212	—	—
Zinsrisiken – insgesamt –	26.877	1.099	691
(Vorjahr)	(34.604)	(2.000)	(1.376)
Währungsrisiken			
Devisentermingeschäfte	219	3	2
Währungsswaps	384	3	3
Zinswährungsswaps	1.744	27	35
Caps, Floors	84	0	0
Devisenoptionen	46	2	2
Käufe	23	2	—
Verkäufe	23	—	2
Währungsrisiken – insgesamt –	2.477	35	42
(Vorjahr)	(3.248)	(73)	(73)
Kreditrisiken			
Kreditderivate – insgesamt –	300	3	3
(Vorjahr)	(324)	(12)	(11)

3.6.3 Fristengliederung der Derivate (Handelsbestand)

Die Derivate des Handelsbestandes (Nominalwerte) gliedern sich nach Fristigkeiten wie folgt:

Mio. €	31.12.2013			31.12.2012		
	Zinsrisiken	Währungsrisiken	Kreditderivate	Zinsrisiken	Währungsrisiken	Kreditderivate
Restlaufzeiten						
bis 3 Monate	2.678	699	—	1.875	745	—
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	3.107	401	0	3.688	663	4
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	13.086	1.160	300	16.369	1.617	260
mehr als 5 Jahre	8.006	217	0	12.672	223	60
Insgesamt	26.877	2.477	300	34.604	3.248	324

Aktien- und sonstige Preisrisiken bestanden zum Berichts- und Vorjahresstichtag nicht.

3.6.4 Kontrahentengliederung der Derivate (Handelsbestand)

Im Folgenden die Aufgliederung des Handelsbestandes der Derivate nach externen Kontrahenten:

Mio. €	31.12.2013			31.12.2012		
	Nominal- werte	Zeitwerte positiv	negativ	Nominal- werte	Zeitwerte positiv	negativ
Banken in der OECD (inklusive Börsenkontrakte)	25.945	986	725	33.969	1.849	1.448
Öffentliche Stellen in der OECD	19	0	0	20	1	0
Sonstige Kontrahenten	3.690	151	12	4.187	235	12
Summe	29.654	1.137	737	38.176	2.085	1.460

3.6.5 Angaben zu Bewertungseinheiten

Die Bremer Landesbank hat folgende Vermögensgegenstände in handelsbilanzielle Mikro-Bewertungseinheiten einbezogen (Angaben der Buchwerte der Vermögensgegenstände ohne aufgelaufene Zinsen):

Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Vermögensgegenstände		
Festverzinsliche Wertpapiere der Liquiditätsreserve	281	281
Gesamtsumme	281	281

Es handelt sich um sieben Mikro-Bewertungseinheiten von Wertpapieren der Liquiditätsreserve in Höhe von 283 Mio. €, bei denen das Zinsänderungsrisiko durch Zinsswaps in gleicher Höhe abgesichert worden ist. Der Zeitraum der Sicherungsbeziehung besteht grundsätzlich bis zur Endfälligkeit des jeweiligen Grundgeschäfts. Die Endfälligkeiten der relevanten Grundgeschäfte liegen in den Jahren 2018 bis 2020.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve unterliegen dem strengen Niederstwertprinzip. Zinsinduzierte Wertverluste bei den Grundgeschäften werden aufgrund der perfekten Mikro-Hedges-Beziehungen nicht berücksichtigt. Die nicht zinsinduzierten stillen Reserven für die Grundgeschäfte betragen 4 Mio. €. Nicht zinsinduzierte Abschreibungen für die Wertpapiere der Liquiditätsreserve in Bewertungseinheiten mussten zum 31. Dezember 2013 nicht vorgenommen werden.

3.7 Weitere Angaben

3.7.1 Offenmarktgeschäfte

Im Rahmen von Offenmarktgeschäften wurden bei der Deutschen Bundesbank Anleihen im Buchwert von 1.562 Mio. € (Vorjahr: 2.190 Mio. €) hinterlegt.

3.7.2 Pensionsgeschäfte

Wie im Vorjahr bestanden zum Bilanzstichtag keine echten Pensionsgeschäfte in Wertpapieren und anderen Vermögensgegenständen.

3.7.3 Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten

Als Sicherheiten für eigene Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Forderungen gegenüber Kunden in Höhe von 6.441 Mio. € (Vorjahr: 5.970 Mio. €) abgetreten.

3.7.4 Abschlussprüferhonorar

Die nachfolgende Tabelle zeigt auf aggregierter Basis die für Dienstleistungen der Abschlussprüfer KPMG im Geschäftsjahr 2013 und für KPMG und E&Y im Geschäftsjahr 2012 angefallenen Honorare:

T€	2013	2012
a) Abschlussprüfungsleistungen	646	555
b) Andere Bestätigungsleistungen	534	466
davon Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	—	168
c) Steuerberatungsleistungen	—	—
d) Sonstige Leistungen	—	46

3.7.5 Finanzgeschäfte mit ausgewählten europäischen Staaten

Die nachfolgenden Übersichten zeigen unser Engagement gegenüber europäischen Staaten, für die ein erhöhtes wirtschaftliches Risiko angenommen wird.

31.12.2013					
Mio. €	Nominal	historische Anschaffungskosten	bilanzierter Buchwert ¹⁾	Wertberichtigung in GuV	Fair Value
Portugal	0	0	0	—	0
Staat	—	—	—	—	—
Finanzierungsinstitutionen/ Versicherungen	0	0	0	—	0
Unternehmen/Sonstige	0	0	0	—	0
Irland	170	170	171	—	171
Staat	—	—	—	—	—
Finanzierungsinstitutionen/ Versicherungen	146	146	149	—	148
Unternehmen/Sonstige	24	24	22	—	23
Italien	82	82	81	—	81
Staat	0	0	0	—	0
Finanzierungsinstitutionen/ Versicherungen	81	81	81	—	81
Unternehmen/Sonstige	1	1	0	—	0
Griechenland	31	31	31	—	31
Staat	—	—	—	—	—
Finanzierungsinstitutionen/ Versicherungen	—	—	—	—	—
Unternehmen/Sonstige	31	31	31	—	31
Spanien	44	44	44	—	41
Staat	—	—	—	—	—
Finanzierungsinstitutionen/ Versicherungen	44	44	44	—	41
Unternehmen/Sonstige	0	0	0	—	0
Summe	327	327	327	—	324

31.12.2012					
Mio. €	Nominal	historische Anschaffungskosten	bilanzierter Buchwert ¹⁾	Wertberichtigung in GuV	Fair Value
Portugal	—	—	—	—	—
Staat	—	—	—	—	—
Finanzierungsinstitutionen/ Versicherungen	—	—	—	—	—
Unternehmen/Sonstige	—	—	—	—	—
Irland	197	194	197	—	193
Staat	0	0	0	—	0
Finanzierungsinstitutionen/ Versicherungen	171	171	174	—	169
Unternehmen/Sonstige	26	23	23	—	24
Italien	266	266	266	—	262
Staat	—	—	—	—	—
Finanzierungsinstitutionen/ Versicherungen	266	266	266	—	262
Unternehmen/Sonstige	—	—	—	—	—
Griechenland	—	—	—	—	—
Staat	—	—	—	—	—
Finanzierungsinstitutionen/ Versicherungen	—	—	—	—	—
Unternehmen/Sonstige	—	—	—	—	—
Spanien	132	132	133	—	121
Staat	—	—	—	—	—
Finanzierungsinstitutionen/ Versicherungen	132	132	133	—	121
Unternehmen/Sonstige	—	—	—	—	—
Summe	595	592	596	0	576

¹⁾ einschließlich anteiliger Zinsen, Disagio, Agio, etc.

3.8 Deckungsrechnung

3.8.1 Deckungsrechnung gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 7 Kreditinstituts-Rechnungslegungsverordnung (RechKredV)

Deckung der umlaufenden Schuldverschreibungen (§ 35 Abs. 1 Nr. 7 RechKredV)

Mio. €	Hypothekenkreditgeschäft	Kommunalkreditgeschäft	Schiffe
Deckungspflichtige Verbindlichkeiten	957	3.822	251
Pfandbriefe			
Inhaberschuldverschreibungen	479	1.852	98
Namenschuldverschreibungen	478	1.970	153
Deckungswerte	1.268	4.563	359
Forderungen an Kreditinstitute	—	1.049	50
Forderungen an Kunden	1.233	3.204	292
Wertpapiere öffentlicher Emittenten	35	310	17
Deckungsüberhang	311	741	108

3.8.2 Report gemäß § 28 Pfandbriefbankgesetz (PfandBG) per 31.12.2013

a. Hypothekendarbriefe

Nominal- und Barwertdeckung für Hypothekendarbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG)

Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert Dynamisches Verfahren Mind. +100 bp		Risikobarwert Dynamisches Verfahren Mind. -100 bp	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
	Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	957	891	1.011	971	980	935	1.040
Gesamtbetrag der Deckungswerte	1.268	1.170	1.392	1.320	1.341	1.275	1.443	1.358
Überdeckung	311	279	381	349	361	340	403	355
Überdeckung in %	32	31	38	36	37	36	39	35

Laufzeitstruktur des Deckungsregisters für Hypothekendarbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

Mio. €	Hypothekendarbriefe		Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen	
	2013	2012	2013	2012
Bis zu 1 Jahr	231	40	199	213
Mehr als 1 Jahr und bis zu 2 Jahre	217	231	139	115
Mehr als 2 Jahre und bis zu 3 Jahre	180	207	183	127
Mehr als 3 Jahre und bis zu 4 Jahre	40	180	122	132
Mehr als 4 Jahre und bis zu 5 Jahre	67	35	132	123
Mehr als 5 Jahre und bis zu 10 Jahre	129	105	454	419
Mehr als 10 Jahre	93	93	39	41
Gesamtsumme	957	891	1.268	1.170

Anteil Derivate (§ 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG)

Derivate sind nicht enthalten.

Weitere Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 2 und 3 PfandBG (§ 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG)

Mio. €	Nominalwerte	
	2013	2012
Weitere Deckungswerte	—	—

Aufschlüsselung des Hypothekenregisters nach Größenklassen
(§ 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG)

Größenklassen	Mio. €		prozentual	
	2013	2012	2013	2012
Bis zu 0,3 Mio. €	438	421	34	36
Mehr als 0,3 Mio. € bis zu 5,0 Mio. €	644	590	51	50
Mehr als 5,0 Mio. €	151	125	12	11
Sichernde Überdeckung	35	34	3	3
Gesamtsumme	1.268	1.170	100	100

Aufschlüsselung des Hypothekenregisters nach Nutzungsarten
(§ 28 Abs. 2 Nr. 1b und c PfandBG)

	Mio. €		prozentual	
	2013	2012	2013	2012
Wohnungen	107	107	8	9
Einfamilienhäuser	265	250	21	21
Mehrfamilienhäuser	310	310	24	27
Unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	—	0	—	—
Bauplätze	0	0	0	0
Summe der wohnwirtschaftlich genutzten Grundstücke	682	667	53	57
Bürogebäude	109	88	8	7
Handelsgebäude	73	43	6	4
Industriegebäude	0	1	0	0
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	369	337	29	29
Unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	—	0	—	—
Bauplätze	—	0	—	—
Summe der gewerblich genutzten Grundstücke	551	469	43	40
Summe der wohnwirtschaftlich und gewerblich genutzten Grundstücke	1.233	1.136	97	97
Sichernde Überdeckung, Liquiditätsdeckung gemäß § 4 Abs. 1a PfandBG, weitere Deckung	35	34	3	3
Gesamtsumme	1.268	1.170	99	100

Sämtliche wohnwirtschaftlich bzw. gewerblich genutzten Grundstücke sind in Deutschland belegen.

Rückständige Leistungen (> 90 Tage) (§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG)

Zum 31. Dezember 2013 bestanden keine rückständige Leistungen, die älter als 90 Tage waren (Vorjahr: 0 Mio. €).

b. Öffentliche Pfandbriefe

Nominal- und Barwertdeckung für öffentliche Pfandbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG)

Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert Dynamisches Verfahren		Risikobarwert Dynamisches Verfahren	
	2013	2012	2013	2012	Mind. +100 bp		Mind. -100 bp	
					2013	2012	2013	2012
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	3.822	3.479	4.149	3.955	3.950	3.764	4.357	4.143
Gesamtbetrag der Deckungswerte	4.563	4.485	4.930	5.038	4.662	4.779	5.220	5.309
Überdeckung	741	1.006	781	1.083	712	1.015	863	1.166
Überdeckung in %	19	29	19	27	18	27	20	28

Laufzeitstruktur des Deckungsregisters für öffentliche Pfandbriefe

(§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

Mio. €	Öffentliche Pfandbriefe		Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen	
	2013	2012	2013	2012
Bis zu 1 Jahr	668	311	450	440
Mehr als 1 Jahr und bis zu 2 Jahre	500	668	1.052	348
Mehr als 2 Jahre und bis zu 3 Jahre	474	455	454	1.179
Mehr als 3 Jahre und bis zu 4 Jahre	302	425	258	293
Mehr als 4 Jahre und bis zu 5 Jahre	349	309	300	236
Mehr als 5 Jahre und bis zu 10 Jahre	746	550	1.079	1.168
Mehr als 10 Jahre	783	761	970	821
Gesamtsumme	3.822	3.479	4.563	4.485

Anteil Derivate (§ 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG)

Derivate sind nicht enthalten.

Weitere Deckungswerte gemäß § 20 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG (§ 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG)

Mio. €	Nominalwerte	
	2013	2012
Weitere Deckungswerte	164	153

Aufschlüsselung des Deckungsregisters für öffentliche Pfandbriefe

(§ 28 Abs. 3 Nr.1 PfandBG)

Mio. €	Staat		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige Schuldner	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Deutschland	—	—	455	420	2.334	2.219	1.410	1.518

Rückständige Leistungen (> 90 Tage)

Am 31. Dezember 2013 bestanden – wie auch im Vorjahr – keine rückständigen Leistungen, die älter als 90 Tage waren.

c. Schiffspfandbriefe

Nominal- und Barwertdeckung für Schiffspfandbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG)

Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert Dynamisches Verfahren Mind. +100 bp		Risikobarwert Dynamisches Verfahren Mind. -100 bp	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
	Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	251	293	266	322	257	310	275
Gesamtbetrag der Deckungswerte	359	441	370	465	333	410	354	433
Überdeckung	108	148	104	143	76	100	79	102
Überdeckung in %	43	51	39	44	30	32	29	31

Das zum 31. Dezember 2012 zusätzlich zum angegebenen Nennwert des Gesamtbetrages der Deckungswerte bestehende Termingeld in Höhe von 100 Mio. €, welches gemäß § 4 Abs. 1a PfandBG in das Deckungsregister eingetragen war und ausschließlich zur Sicherung der Liquidität diente, wurde inzwischen aufgelöst.

Laufzeitstruktur des Deckungsregisters für Schiffspfandbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

Mio. €	Schiffspfandbriefe		Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen	
	2013	2012	2013	2012
Bis zu 1 Jahr	103	87	342	418
Mehr als 1 Jahr und bis zu 2 Jahre	10	58	14	9
Mehr als 2 Jahre und bis zu 3 Jahre	46	10	3	12
Mehr als 3 Jahre und bis zu 4 Jahre	20	46	—	2
Mehr als 4 Jahre und bis zu 5 Jahre	23	20	—	—
Mehr als 5 Jahre und bis zu 10 Jahre	46	69	—	—
Mehr als 10 Jahre	3	3	—	—
Gesamtsumme	251	293	359	441

Anteil Derivate (§ 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG)

Derivate sind nicht enthalten.

Weitere Deckungswerte gemäß § 26 Abs. 1 Nr. 3 und 4 PfandBG (§ 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG)

Mio. €	Nominalwerte	
	2013	2012
Weitere Deckungswerte	17	—

Aufschlüsselung des Schiffsregisters nach Größenklassen (§ 28 Abs. 4 Nr. 1a PfandBG)

Größenklassen	Mio. €		prozentual	
	2013	2012	2013	2012
Bis zu 0,5 Mio. €	2	4	1	1
Mehr als 0,5 Mio. € bis zu 5,0 Mio. €	245	277	68	63
Mehr als 5,0 Mio. €	45	111	12	25
Sichernde Überdeckung	67	49	19	11
Summe	359	441	100	100

Verteilung der Deckungswerte nach Staaten, in denen die Schiffe und Schiffsbauwerke registriert sind (§ 28 Abs. 4 Nr. 1b PfandBG)

Staaten	Seeschiffe				Binnenschiffe				Sichernde Überdeckung			
	Mio. €		prozentual*)		Mio. €		prozentual*)		Mio. €		prozentual*)	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Deutschland	248	331	69	75	10	11	3	2	67	49	19	11
Gibraltar	4	6	1	2	—	—	0	—	—	—	0	—
Griechenland	—	—	0	—	—	—	0	—	—	—	0	—
Malta	8	5	2	1	—	3	0	1	—	—	0	—
Marshall Islands	19	26	5	6	—	—	0	—	—	—	0	—
Niederlande	—	6	0	1	—	—	0	—	—	—	0	—
Panama	3	4	1	1	—	—	0	—	—	—	0	—
Zypern	—	0	0	0	—	—	0	—	—	—	0	—
Summe	282	378	79	86	10	14	3	3	67	49	19	11

*) Bezogen auf den Gesamtbetrag der Deckungswerte von 359 Mio. € am 31.12.2013 und von 441 Mio. € am 31.12.2012.

3.8.3 Zusätzliche Angaben zu Hypotheken- und Schiffspfandbriefen

a. Hypothekenspfandbriefe (§28 Abs. 2 Nr. 3a–c)

	Gewerblich genutzte Grundstücke		Zu Wohnzwecken dienende Grundstücke	
	2013	2012	2013	2012
Zahl der per 31.12.2013 anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	—	—	—	—
Zahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	—	—	—	—
Zahl der Fälle, in denen die Pfandbriefbank während des Geschäftsjahres Grundstücke zur Verhütung von Verlusten an Hypotheken hat übernehmen müssen	—	—	—	—
Gesamtbetrag der Rückstände auf die von Hypothekenschuldnern zu entrichtenden Zinsen (Mio. €)	—	—	0	0

b. Schiffspfandbriefe (§ 28 Abs. 4 Nr. 2 a–c)

	Seeschiffe		Binnenschiffe	
	2013	2012	2013	2012
Zahl der per 31.12.2013 anhängigen Verfahren zur Zwangsversteigerung von Schiffen oder Schiffsbauwerken	—	—	—	—
Zahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	—	—	—	—
Zahl der Fälle, in denen die Pfandbriefbank während des Geschäftsjahres Schiffe oder Schiffsbauwerke zur Verhütung von Verlusten an Schiffshypotheken hat übernehmen müssen	—	—	—	—
Gesamtbetrag der Rückstände auf die von Darlehensschuldnern zu entrichtenden Zinsen (Mio. €)	—	—	—	0

3.8.4 Deckungsrechnung Altbestand per 31. Dezember 2013

Der Altbestand des Pfandbriefumlaufs wurde gemäß § 51 PfandBG gekapselt und wird getrennt im bisherigen Deckungsregister nach den bis zum Inkrafttreten des Pfandbriefgesetzes geltenden Vorschriften weitergeführt.

Mio. €	Hypothekenkredit- geschäft	Kommunalkredit- geschäft
Deckungspflichtige Verbindlichkeiten	14	1.640
Pfandbriefe		
Inhaberschuldverschreibungen	—	175
Namenschuldverschreibungen	14	1.465
Deckungswerte	99	1.874
Forderungen an Kreditinstitute	—	535
Forderungen an Kunden	98	865
Wertpapiere öffentlicher Emittenten	1	474
Deckungsüberhang	85	234

3.9 Anteilsbesitz

Die nachstehende Aufstellung enthält den Anteilsbesitz der Bremer Landesbank gemäß §§ 285 Nr. 11 und 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB. Erfasst wurde der jeweils letzte festgestellte Jahresabschluss der Gesellschaften.

Nr.	Name und Sitz des Unternehmens	Anteile am Kapital in %	Eigenkapital Mio. € ¹⁾	Ergebnis Mio. €
1	Ammerländer Wohnungsbau-Gesellschaft mbH, Westerstede	32.26	29	1
2	BGG Bremen GmbH & Co. KG, Bremen	100.00	0 ⁴⁾	-0 ⁴⁾
3	BGG Oldenburg GmbH & Co. KG, Bremen	100.00	8 ⁴⁾	1 ⁴⁾
4	BLB Grundbesitz KG, Bremen	100.00	48 ⁴⁾	0 ⁴⁾
5	BLBI Beteiligungs-GmbH, Bremen	100.00	0 ⁴⁾	0 ⁴⁾
6	BLBI Investment GmbH & Co. KG, Bremen	100.00	42 ⁴⁾	4 ⁴⁾
7	BLB Immobilien GmbH, Bremen	100.00	15 ⁴⁾	0 ²⁾⁴⁾
8	BLB Leasing GmbH, Oldenburg	100.00	0 ⁴⁾	0 ²⁾⁴⁾
9	BREBAU GmbH, Bremen	48.84	55	8
10	BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT -Aktiengesellschaft von 1877-, Bremen	12.61	18	3
11	Bremer Spielcasino GmbH & Co. Kommanditgesellschaft, Bremen	49.00	3)	3)
12	Bremische Grundstücks-GmbH, Bremen	100.00	57 ⁴⁾	3 ⁴⁾
13	Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG Präsident-Kennedy-Platz, Bremen	100.00	0 ⁴⁾	1 ⁴⁾
14	Bremische Grundstücks-GmbH & Co. Wohnanlagen Groß-Bonn, Bremen	100.00	0 ⁴⁾	0 ⁴⁾
15	GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen, Bremen	7.75	345	34
16	Gewobau Gesellschaft für Wohnungsbau Vechta mbH, Vechta	20.46	11	0
17	Grundstücksgemeinschaft Escherweg 5 GbR, Bremen	50.00	-2 ⁴⁾	-0 ⁴⁾
18	Grundstücksgemeinschaft Escherweg 8 GbR, Bremen	50.00	-0 ⁴⁾	-0 ⁴⁾
19	GSG Oldenburg Bau- und Wohnungsgesellschaft mbH, Oldenburg	22.22	82	3
20	Interessengemeinschaft KATHARINENKLOSTERHOF GbR, Bremen	30.70	0 ⁴⁾	-0 ⁴⁾
21	NBV Beteiligungs-GmbH, Hamburg	21.33	20	2
22	NORDWEST VERMÖGEN Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Bremen	100.00	0 ⁴⁾	3 ⁴⁾
23	NORDWEST VERMÖGEN Vermietungs-GmbH & Co. KG, Bremen	100.00	1 ⁴⁾	0 ⁴⁾
24	Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20.00	6	0
25	Schiffsbetriebs-Gesellschaft Bremen mbH, Bremen	100.00	1	0
26	Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH, Bremen	100.00	33	2
27	WLO Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Landkreis Oldenburg mbH, Wildeshausen	23.84	0	0
28	Wohnungsbaugesellschaft Wesermarsch mbH, Brake	21.71	19	0

¹⁾ Eigenkapitalbegriff entsprechend §§ 266 und 272 HGB.

²⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

³⁾ Die Angaben unterbleiben nach § 286 Abs. 3 Satz 2 HGB.

⁴⁾ Die Angaben beziehen sich auf den vorgelegten, aber noch nicht festgestellten Jahresabschluss 2013.

3.10 Angaben zu Investmentvermögen

Die nachstehende Aufstellung enthält die Investmentanteile gemäß § 285 Nr. 26 HGB.

Mio. €	2013	2012
„Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds“, Frankfurt am Main, „iShares Dax ®“		
Ausschüttung	0	0
Marktwert	17	17
Buchwert	17	17
Unterlassene Abschreibungen	—	—

Der Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds kann in Vermögensgegenstände gemäß §§193 bis 198 KAGB investieren. Beschränkungen in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe liegen nicht vor.

4. Organe der Bremer Landesbank

4.1 Mitglieder des Vorstandes sowie Generalbevollmächtigte

Vorstand		Geschäftsverteilung im Vorstand	
Dr. Stephan-Andreas Kaulvers (Vorsitzender)	Unternehmensbereich Banksteuerung	Gesamtbanksteuerung	
		Kommunikation und Marketing	
		Personalmanagement	
		Revision	
		Stabsbereich Vorstand	
Heinrich Engelken (Stellv. Vorsitzender)	Unternehmensbereich Risikosteuerung	Compliance/Geldwäscheprävention/Fraud	
		Marktfolge Finanzierungen	
		Operations	
		Risikocontrolling	
Dr. Guido Brune	Unternehmensbereich Vertrieb	Geschäftsfeld Financial Markets	
		Geschäftsfeld Firmenkunden	
		Geschäftsfeld Privatkunden	
		Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen	
		BLB Leasing GmbH	
		BLB Immobilien GmbH	
Generalbevollmächtigte			
Mathias Barghoorn			
Matthias Hellmann			
Björn Nullmeyer			

4.2 Mitglieder des Aufsichtsrates

Karoline Linnert

(Vorsitzende)
Bürgermeisterin
Senatorin für Finanzen der
Freien Hansestadt Bremen,
Bremen

Thomas Mang

(Stellvertretender Vorsitzender)
Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen, Hannover

Ursula Carl

Geschäftsführerin
ATLANTIC Grand Hotel,
Bremen

Prof. Dr. Wolfgang Däubler, Prof. i. R.

Deutsches und Europäisches Arbeitsrecht,
Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht
Universität Bremen, Bremen

Frank Doods (ab 19.02.2013)

Staatssekretär des Nieder-
sächsischen Finanzministeriums,
Hannover

Dr. Gunter Dunkel

Vorsitzender des Vorstandes der
NORD/LB Norddeutsche Landesbank
– Girozentrale –, Hannover

Martin Grapentin

Vorsitzender des Vorstandes der
Landessparkasse zu Oldenburg,
Oldenburg

Martin Günthner

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
der Freien Hansestadt Bremen,
Bremen

Cora Hermenau (bis 18.02.2013)

Staatssekretärin des Niedersächsischen
Finanzministeriums, Hannover

Dr. Olaf Joachim

Staatsrat
Senatskanzlei der Freien Hansestadt
Bremen, Bremen

Andreas Klarmann

Bankkaufmann
Bremer Landesbank,
Bremen

Hartmut Möllring (bis 18.02.2013)

Niedersächsischer Minister für Finanzen,
Hannover

Bernhard Reuter

Landrat des Landkreises Göttingen,
Göttingen

Dr. Johannes-Jörg Riegler

Stellv. Vorsitzender des Vorstandes der
NORD/LB Norddeutsche Landesbank
– Girozentrale –, Hannover

Michael Schlüter

Bankkaufmann
Bremer Landesbank,
Bremen

Peter-Jürgen Schneider (ab 19.02.2013)

Niedersächsischer Minister für Finanzen,
Hannover

Jörg Walde

Bankkaufmann
Bremer Landesbank,
Bremen

Doris Wesjohann

Vorstandsmitglied der
Lohmann & Co. AG, Visbek

Eike Westermann

Volljurist
Bremer Landesbank,
Bremen

Markus Westermann

Gewerkschaftssekretär
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
ver.di, Bremen

4.3. Mandate gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Zum 31. Dezember 2013 wurden folgende Mandate gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB von Angehörigen der Bremer Landesbank wahrgenommen. Dabei wurden Kreditinstitute großen Kapitalgesellschaften gleichgestellt.

Vorstandsmitglieder der Bremer Landesbank	Gesellschaft/Firma
Dr. Stephan-Andreas Kaulvers	NORD Holding Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Hannover (bis 15.05.2013)
	DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen (bis 17.05.2013)
	EUROGATE Geschäftsführungs-GmbH & Co. KGaA, Bremen
	BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT -Aktiengesellschaft von 1877- , Bremen
	EWE Aktiengesellschaft, Oldenburg
Heinrich Engelken	BREBAU GmbH, Bremen
	GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen, Bremen
	GSG Oldenburg Bau- und Wohngesellschaft, Oldenburg
Dr. Guido Brune	BREBAU GmbH, Bremen
	DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen
	LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Hannover
Mitarbeiter der Bremer Landesbank	Gesellschaft/Firma
Mathias Barghoorn	GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft, Oldenburg
Harald Groppe	GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft, Oldenburg

4.4 Mutterunternehmen

Die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, Hannover/Braunschweig/Magdeburg, stellt als Mutterunternehmen der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – einen Konzernabschluss für den größten Kreis auf, in den der Jahresabschluss der Bank einbezogen ist. Daneben erstellt die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – einen eigenen Konzernabschluss. Die Konzernabschlüsse werden im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Bremen, 18. März 2014

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – Vorstand



Dr. Stephan-Andreas Kaulvers



Heinrich Engelken



Dr. Guido Brune

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.“

Bremen, 18. März 2014

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – Vorstand



Dr. Stephan-Andreas Kaulvers



Heinrich Engelken



Dr. Guido Brune

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen, (Bremer Landesbank) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Bremer Landesbank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Bremer Landesbank sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bremer Landesbank. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Bremer Landesbank und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Hannover, 20. März 2014

KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Leitz

Wirtschaftsprüfer



Mahr

Wirtschaftsprüfer

Erläuterung der Bremer Landesbank zum Corporate Governance Kodex

Erläuterung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Der Deutsche Corporate Governance Kodex wurde in 2002 durch eine von der Bundesministerin für Justiz eingesetzte Regierungskommission verabschiedet. Die derzeit gültige Fassung datiert vom 13. Mai 2013. Der Kodex verfolgt das Ziel, die in Deutschland geltenden Regeln für die Unternehmensleitung und deren Kontrolle transparent zu machen. Er enthält national und international anerkannte Standards guter und vertrauensvoller Unternehmensführung, insbesondere hinsichtlich der Leitung und Organisation eines Unternehmens, zu Kontrollmechanismen sowie zur Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat.

Der Corporate Governance Kodex ist auf kapitalmarktorientierte Aktiengesellschaften ausgerichtet und somit für Kreditinstitute in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts rechtlich nicht verpflichtend. Der Bremer Landesbank und ihrem Vorstand ist es jedoch ein wichtiges Anliegen, sich als verlässlicher Partner zu positionieren und das Vertrauen der Anleger, der Kunden, der Mitarbeiter und der Öffentlichkeit durch Transparenz zu fördern. Aus diesem Grund hat sich die Bank dazu entschieden, sich im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung an den Grundsätzen des Kodex zu orientieren und ihr Corporate-Governance-System offen zu legen.

Allgemeines

Die Bremer Landesbank ist eine von der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen errichtete rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist öffentliche Kredit- und Pfandbriefanstalt. Die Bremer Landesbank hat ihren Sitz in Bremen. Sie unterhält Niederlassungen in Bremen und Oldenburg.

Die Organe der Bank sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Trägerversammlung. Während der Vorstand die Geschäfte der Bank führt, ist es Aufgabe des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse (Allgemeiner Arbeits- und Kreditausschuss, Prüfungsausschuss und Förderausschuss), den Vorstand zu bestellen, zu beraten und zu überwachen. Der Trägerversammlung obliegen insbesondere Entscheidungen von Grundsatzfragen. Bedingt durch das am 01.01.2014 in Kraft getretene CRD IV Umsetzungsgesetz gibt es neue Anforderungen an die vom Aufsichtsrat einzurichtenden Ausschüsse. In der Folge hat der Aufsichtsrat mit Wirkung vom 01.01.2014 zusätzlich einen Nominierungsausschuss sowie einen Vergütungskontrollausschuss eingerichtet sowie die Umbenennung des Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschusses in Risikoausschuss vorgenommen.

Vorstand

Der Vorstand führt die Geschäfte der Bank unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, der Satzung der Bank und der vom Aufsichtsrat und der Trägerversammlung beschlossenen Richtlinien und Grundsätze für die Geschäfte der Bank sowie seiner Geschäftsordnung in eigener Verantwortung. Er ist dabei an das Interesse der Bank gebunden und der Steigerung des nachhaltigen Unternehmenswertes verpflichtet.

Der Vorstand hat insbesondere dafür Sorge zu tragen, wirksame Risikomanagementsysteme einzurichten, um Entwicklungen, die den Fortbestand der Bank gefährden könnten, früh zu erkennen. Das Risikomanagement muss dabei den jeweiligen aufsichtsrechtlichen Anforderungen des KWG sowie der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht entsprechen. Ferner muss das Risikomanagement der Bank in das von der Trägerin Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – als übergeordnetem Kreditinstitut einzurichtende jeweilige gruppenübergreifende Risikomanagement- und Kreditrisikoüberwachungssystem überleitbar sein.

Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, falls dieser bestellt ist, und weiteren ordentlichen oder stellvertretenden Mitgliedern. Der Vorstandsvorsitzende regelt die Geschäftsverteilung im Einvernehmen mit den übrigen Mitgliedern des Vorstandes. Der Aufsichtsrat ist über die Geschäftsverteilung zu unterrichten. Jedem Vorstandsmitglied ist mindestens ein abgegrenzter Geschäftsbereich zuzuweisen, in dem es über Angelegenheiten des laufenden Geschäfts innerhalb der festgelegten Kompetenzen selbstständig entscheidet und einzelne seiner Entscheidungsbefugnisse auf Angestellte delegieren kann. Der Vorstand kann für bestimmte Geschäfte seine Entscheidungsbefugnisse auf ein Vorstandsmitglied übertragen oder für diesen Fall die Beteiligung eines weiteren Vorstandsmitgliedes, in der Regel des Vertreters, vorsehen.

Der Vorstand tritt regelmäßig einmal wöchentlich zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Der Vorstandsvorsitzende kann Sondersitzungen anberaumen; er ist dazu verpflichtet, wenn ein Vorstandsmitglied dies unter Angabe der Gründe verlangt. Die Sitzungen werden protokolliert, soweit der Vorstand dies im Interesse einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung für erforderlich hält.

Der Vorstand erörtert die strategische Ausrichtung der Bank mit dem Aufsichtsrat und dessen Ausschüssen und berichtet ihm in regelmäßigen Abständen den Stand der Strategieumsetzung. Er berichtet zudem auf der Grundlage im Einzelnen festgelegter Informations- und Berichtspflichten regelmäßig über wesentliche Angelegenheiten der Bank, insbesondere über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, die Rentabilität der Bank und insbesondere des Eigenkapitals, den Geschäftsgang, die Lage der Bank, über Geschäfte, die für die Rentabilität und die Liquidität der Bank sowie ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von erheblicher Bedeutung sein können, die Risikosituation der Bank und ihre Vergütungssysteme sowie über Maßnahmen der Konzernsteuerung durch die NORD/LB als übergeordnetes Institut. Darüber hinaus berichtet der Vorstand dem Aufsichtsrat – insbesondere unter Risikogesichtspunkten – unverzüglich aus wichtigem Anlass, wenn dies für die Lage der Bank von besonderer Bedeutung ist, und bindet ihn bei grundlegenden Entscheidungen entsprechend ein.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wird vom Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss des Aufsichtsrates festgelegt. Die Bezüge umfassen feste und variable Bestandteile und werden regelmäßig überprüft.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Vorstand zu beraten und dessen Geschäftsführung zu überwachen. Er beschließt über die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes, die allgemeinen Richtlinien für die Geschäfte der Bank, den Vorschlag zur Unternehmensplanung an die Trägerversammlung, die Geschäftsordnung für den Vorstand, die Grundsätze für die Anstellungsverhältnisse der Angestellten, die Bestimmung und Beauftragung des Abschlussprüfers, die Feststellung des Jahresabschlusses, den Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen im Sinne des § 271 HGB sowie die Errichtung und Auflösung von Niederlassungen und Filialen. Der Aufsichtsrat kann beschließen, dass weitere Geschäfte und Maßnahmen, die für die Bank von besonderer Bedeutung sind, seiner Zustimmung bedürfen.

Der Aufsichtsrat besteht aus 18 Mitgliedern, von denen zwölf Vertreter der Träger und sechs Vertreter der Arbeitnehmer sind, die nach den Vorschriften des Bremischen Personalvertretungsgesetzes von der Belegschaft der Bank unmittelbar gewählt werden. Die Amtszeit beträgt vier Jahre. Den Vorsitz des Aufsichtsrates führt der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen. Den stellvertretenden Vorsitz führen jeweils im Wechsel von zwei Jahren der Niedersächsische Finanzminister und der Verbandsvorsteher des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes.

Zur Unterstützung des Aufsichtsrates wurden der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss, der Prüfungsausschuss und der Förderausschuss (sowie ab 01.01.2014 der Nominierungsausschuss und der Vergütungskontrollausschuss) gebildet.

Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss besteht aus zehn Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Vorsitzende des Vorstandes der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale –. Dem Ausschuss gehören ferner zwei weitere Mitglieder für die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, die Senatorin/der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen, zwei weitere Mitglieder für die Freie Hansestadt Bremen, der Präsident des Sparkassenverbandes Niedersachsen und drei Arbeitnehmervertreter an. Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss hat in regelmäßig stattfindenden Sitzungen insbesondere den Vorstand in der laufenden Geschäftsführung nach den Weisungen des Aufsichtsrates zu überwachen und die Sitzungen des Aufsichtsrates vorzubereiten. Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss ist auch zuständig für die Festsetzung der Anstellungsbedingungen für den Vorstand im Einzelnen.

Der Prüfungsausschuss besteht aus sechs Mitgliedern, und zwar aus je zwei Vertretern der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale – und der Freien Hansestadt Bremen, dem Präsidenten des Sparkassenverbandes Niedersachsen sowie einem dem Aufsichtsrat angehörenden Beschäftigten der Bank, der auf Vorschlag der Vertreter der Beschäftigten im Aufsichtsrat von diesem gewählt wird. Mindestens ein Mitglied des Prüfungsausschusses muss unabhängig sein und

über Sachverstand auf den Gebieten der Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses ist nicht zugleich Aufsichtsratsvorsitzender. Der Prüfungsausschuss berichtet dem Aufsichtsrat auf der Grundlage der Berichte der Abschlussprüfer über das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses. Dem Prüfungsausschuss obliegen außerdem die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses und der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des internen Revisionssystems und des Risikomanagementsystems, die Überwachung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses, die Überprüfung und Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der von diesem für die Bank erbrachten zusätzlichen Leistungen.

Dem Förderausschuss gehören der Vorsitzende des Aufsichtsrates, ein vom Aufsichtsrat aus seiner Mitte zu wählendes Mitglied aus dem Geschäftsgebiet der Bank sowie ein vom Vorsitzenden des Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschusses zu benennendes Mitglied an. Er berät den Vorstand in dem diesem von der Trägerversammlung zugewiesenen Rahmen über die Fördertätigkeit der Bank durch Spenden und Sponsoring.

Trägerversammlung

Träger der Bremer Landesbank sind zu 54,8343 % die NORD/LB Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, zu 41,2 % das Land Bremen und zu 3,9657 % der Sparkassenverband Niedersachsen. Jeder Träger kann bis zu drei Vertreter in die Trägerversammlung entsenden. Das Stimmrecht richtet sich nach den Kapitalanteilen der Träger. Die Vertreter jedes Trägers können ihre Stimme nur einheitlich abgeben.

Die Trägerversammlung entscheidet über die allgemeinen Grundsätze der Geschäftspolitik, die Änderung der Satzung, die Festsetzung und Änderung des Stammkapitals, die Änderung des Beteiligungsverhältnisses, die Aufnahme sowie die Festsetzung der Höhe und der Bedingungen sonstigen haftenden Eigenkapitals, den Abschluss, die Änderung und die Aufhebung von Gewinnabführungs- und Beherrschungsverträgen, die Entlastung des Vorstandes, die Zustimmung zur Errichtung von Niederlassungen und Filialen, die Unternehmensplanung für das jeweils folgende Geschäftsjahr und die Mehrjahresplanung, die Festsetzung der Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrates, der Ausschüsse und Beiräte sowie über alle sonstigen Angelegenheiten, die ihr in der Satzung zugewiesen sind.

Interessenkonflikte

Die Vorstandsmitglieder unterliegen während ihrer Tätigkeit für die Bank einem umfassenden Wettbewerbsverbot.

Es ist die Aufgabe der Aufsichtsratsmitglieder, den Vorstand zu beraten und zu überwachen. Die Aufsichtsratsmitglieder sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

Organmitglieder und Mitarbeiter dürfen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit weder für sich noch für andere Personen von Dritten Zuwendungen oder sonstige Vorteile fordern oder annehmen oder

Dritten ungerechtfertigte Vorteile gewähren. Ferner darf kein Organmitglied bei seinen Entscheidungen persönliche Interessen verfolgen und Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen. Mögliche Interessenkonflikte sind dem Aufsichtsrat gegenüber unverzüglich offenzulegen.

Alle Geschäfte zwischen dem Unternehmen einerseits und dem Vorstand und dem Aufsichtsrat sowie dessen Ausschüssen sowie ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmungen andererseits haben branchenüblichen Standards zu entsprechen.

Die Übernahme von Nebentätigkeiten durch Vorstandsmitglieder, insbesondere der Eintritt in Organe oder Beiräte anderer Unternehmen, bedarf der Einwilligung des Gesamtvorstandes. Die Übernahme eines Mandats bei einem Unternehmen, an dem die Bank nicht direkt oder indirekt beteiligt ist, bedarf zusätzlich der Zustimmung des Aufsichtsrates. Zudem unterrichtet der Vorstand den Risikoausschuss einmal jährlich über die Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder.

Berater- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge eines Aufsichtsratsmitglieds mit der Bank bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die Vorstandsmitglieder haben bei ihrer Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters anzuwenden. Verletzen die Vorstandsmitglieder ihre Pflichten, sind sie der Bank zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Für die Sorgfaltspflicht und die Verantwortlichkeit der Mitglieder des Aufsichtsrats gilt dies entsprechend.

Impressum

Herausgeber

Bremer Landesbank
Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –

Konzept, Text, Gestaltung

Bremer Landesbank
Gestalt und Form, Bremen

Stand: April 2014